

„Den demografischen Wandel gestalten“

Berichterstattung an den
Landtag Sachsen-Anhalt

- Demografiebericht -

März 2013

Verantwortlich:

Stabsstelle für demografische Entwicklung und Prognosen des Ministeriums
für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt



Vorwort	4
1 Die demografische Entwicklung Sachsen-Anhalts im Vergleich.....	5
1.1 Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalts nach Kreisen und Gemeindetypen.....	7
1.2 Geburtenrate.....	13
1.3 Wanderungen	22
1.4 Pendlerverflechtungen	31
1.5 Gemeinden mit besonderen demografischen Entwicklungs- und Strukturschwächen	36
2 Instrumente zur Gestaltung des demografischen Wandels	40
2.1 Die Stabsstelle für Demografische Entwicklungen und Prognosen.....	40
2.2 Der Demografie-Beirat Sachsen-Anhalt.....	41
2.3 Die Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt	43
2.4 Die Expertenplattform Demografischer Wandel	47
2.5 Die Allianz ländlicher Raum	48
2.6 Der Fachkräftesicherungspakt	49
2.6.1 Rahmenbedingungen.....	49
2.6.2 Mitglieder, Ziele, Grundsätze und Arbeitsweise	51
2.6.3 Aktivitäten und Ergebnisse im Fachkräftesicherungspakt.....	54
2.6.4 Zusammenfassendes Fazit sowie zukünftige Herausforderungen für den Fachkräftesicherungspakt aus Sicht der Staatskanzlei.....	68
2.7 Das Förderprogramm Demografie	70
2.8 Städtebauförderung	72
2.9 Dorferneuerung und Dorfentwicklung	73
2.10 Der Demografie-TÜV	73
2.11 Fortschreibung der Regionalisierten Bevölkerungsprognose.....	75
3 Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes	76
3.1 Von der Prognose zu handlungsorientierten Konzepten.....	76
3.2 Nachhaltige Finanzpolitik demografiefest gemacht.....	76
3.3 Den wirtschaftlichen Aufbau im demografischen Wandel gestalten.....	79
3.4 Qualität der Bildung dauerhaft sichern.....	91
3.4.1 Qualitative Stärkung der Kindertageseinrichtungen (frühkindliche Bildung).....	91
3.4.2 Ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Schulnetz sichern	92
3.4.3 Hochschulen - Anziehungspunkt für junge Menschen	93
3.5 Familienfreundliches Sachsen-Anhalt.....	102

3.6	Die Potenziale der Älteren nutzen und ihre Versorgung sichern.....	105
3.7	Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft.....	107
3.8	Die Daseinsvorsorge demografiefest gestalten.....	109
3.8.1	Trinkwasserversorgung demografiefest machen	112
3.8.2	Medizinische Versorgung.....	113
3.8.3	Barrierefreie Umwelt gestalten – Stärkere Erschließung des Potenzials von Menschen mit Behinderungen	116
3.8.4	Brand- und Katastrophenschutz.....	119
3.8.5	Breitbandausbau und Geodateninfrastruktur	120
4	Länderübergreifende Zusammenarbeit.....	123
4.1	Zusammenarbeit auf Bundesebene	123
4.2	Der Mitteldeutsche Demografie-Dialog	125
5	Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.....	130
5.1	Das Projekt YURA	131
5.2	Das Projekt SEMIGRA.....	132
5.3	Das Projekt WOMEN	133
5.4	Das Projekt Re-Turn	134
5.5	Das Projekt CE-Ageing	135
6	Schlussfolgerungen.....	137
	Literaturverzeichnis	143

Vorwort

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat im Dezember 2011 einen Beschluss (6/481 und 6/657) zum demografischen Wandel gefasst, den die Landesregierung nunmehr mit dem ersten Demografiebericht in Sachsen-Anhalt umfassend beantwortet.

Der erste Teil des Berichtes gliedert sich in einen analytischen Teil mit einer empirisch fundierte Datengrundlage einschließlich einem europäischen Vergleich, der in enger Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig (IfL) entstanden ist.

Im zweiten Kapitel werden die verschiedenen Instrumente und ihr Zusammenwirken bei der Gestaltung des demografischen Wandels vorgestellt und erläutert. Im dritten Kapitel wird ein Abgleich des Handlungskonzeptes für eine nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt 2010 mit den seither erfolgten Aktivitäten durchgeführt.

In Abstimmung mit den anderen Fachressorts und der Staatskanzlei werden zahlreiche Initiativen erläutert und vorgestellt. Viele der aufgezeigten Maßnahmen, Projekte und Instrumente befinden sich in einem stetigen Prozess der Abstimmung und Weiterentwicklung. Ein wichtiges Anliegen ist es aufzuzeigen, dass die Gestaltung des demografischen Wandels nur gemeinsam mit vielen Akteuren vor Ort in den Kommunen, aber auch Verwaltungen, Institutionen und Unternehmen gelingen kann. Vor allem neue und andere Herangehensweisen, neue Sicht- und Denkweisen haben den Gestaltungsprozess befördert, die Menschen motiviert und zur Mitarbeit angeregt. Beispielgebend dafür stehen die Demografie-Allianz, der Fachkräftesicherungspakt und der Newsletter „DEMOGRAF“, in dem viele Akteure aus den Regionen zu Wort kommen.

Im Schlusskapitel wird die vielfältige Zusammenarbeit Sachsens-Anhalts mit den anderen Bundesländern, dem Bund und europäische Aktivitäten mit demografischem Bezug vorgestellt.

Nicht nur der Informationsaustausch zwischen den einzelnen Ebenen, sondern vor allem das Erreichen von gemeinsamen Zielen über verschiedene Gestaltungsfelder hinweg trägt wesentlich zur Vertrauensbildung in Politik und Verwaltung bei. Mit verlässlichen und nachhaltig aufgestellten Instrumenten, Maßnahmen und Zielen können soziale Beziehungen zwischen den Feldern Familie, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik gestärkt werden.

1 Die demografische Entwicklung Sachsen-Anhalts im Vergleich

Die demografische Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern ist auch mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch vergleichsweise einheitlich und unterscheidet sich deutlich von den Trends in den westdeutschen Flächenländern. In Brandenburg und Sachsen ist die demografische Entwicklung etwas weniger ungünstig, während in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bei den meisten Indikatoren sich negativere Entwicklungstrends zeigen. Die Landesdurchschnittswerte verdecken allerdings in Brandenburg und Sachsen erhebliche regionale Unterschiede. Dresden, Leipzig, Potsdam und das Berliner Umland stellen demografische Wachstumsinseln dar, während der demografische Wandel im ländlichen Raum Sachsens und den Berlin-fernen Gebieten Brandenburgs mit gleicher Intensität abläuft wie in Sachsen-Anhalt.

Die Entwicklung der Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts wird durch drei Einflussfaktoren gesteuert:

- den Saldo von Geburten und Sterbefällen (natürlicher Saldo),
- den Saldo von Zu- und Fortzügen (Binnenwanderungssaldo) und
- den Saldo von Ein- und Auswanderung (internationaler Wanderungssaldo).

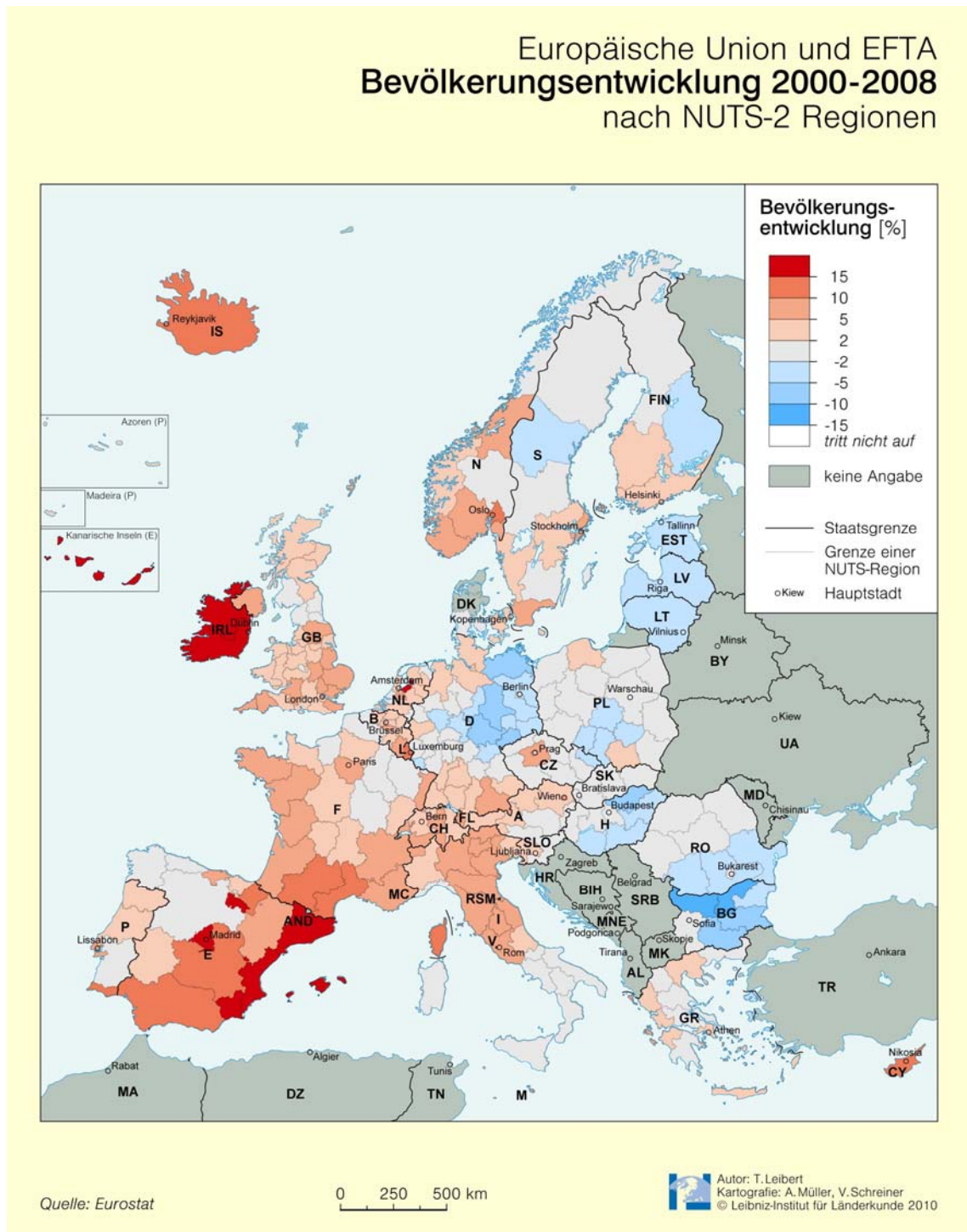
Diese drei Faktoren wirken nicht isoliert, sondern beeinflussen sich gegenseitig.

Seit der Wiedervereinigung sind zwei der drei Einflussfaktoren auf die Bevölkerungsentwicklung durchgehend negativ: der natürliche und der Binnenwanderungssaldo. Die Zahl der Sterbefälle übersteigt die Zahl der Geburten in Sachsen-Anhalt seit 1972 in jedem Jahr. Seit 1997 liegt der jährliche Einwohnerverlust durch Sterbeüberschüsse recht konstant zwischen 11.500 und 13.500 Personen. Auch die Wanderungsbilanz des Landes mit den anderen Bundesländern ist negativ, das heißt die Zahl der Fortzüge aus Sachsen-Anhalt übersteigt die Zahl der Zuzüge deutlich. Der Beitrag von Sterbeüberschüssen und Abwanderung zur Schrumpfung ist etwa gleich groß. Der Verlust von mehr als 555.000 Einwohnern, den Sachsen-Anhalt zwischen dem 03.10.1990 und dem 31.12.2010 verkraften musste, ist zu 48 Prozent auf Abwanderung und zu 52 Prozent auf eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Allein der internationale Wanderungssaldo war zwischen 1990 und 2010 in den

meisten Jahren positiv; das Volumen der Zuzüge aus dem Ausland ist aber bei weitem zu gering, um die natürliche Schrumpfung und die Binnenwanderungsverluste auszugleichen (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2011b,c).

Parallel zu den Bevölkerungsverlusten vollzieht sich eine Verschiebung der Altersstruktur. Zwischen 2000 und 2008 ist die Zahl der unter 20-Jährigen um über 30 Prozent zurückgegangen, während die Zahl der über 65-Jährigen trotz des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs um 25 Prozent gestiegen ist. Durch diese Kombination von Überalterung und „Unterjüngung“ ist bereits heute in der Bevölkerungsstruktur „vorprogrammiert“, dass Sachsen-Anhalt bei der Fortsetzung des Trends auch in Zukunft zu den am stärksten schrumpfenden Regionen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gehören wird (Karte 1).

Karte 1: Bevölkerung der NUTS-2 Regionen 2000 bis 2008



1.1 Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalts nach Kreisen und Gemeindetypen

Zwischen dem 03.10.1990 und dem 30.06.2011 hat Sachsen-Anhalt fast ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren; dies entspricht einem durchschnittlichen

jährlichem Rückgang um 0,9 Prozent. In den letzten Jahren hat sich der Einwohnerschwund durch geringere Binnenwanderungsverluste etwas abgeschwächt. Seit dem 31.12.2007 ist die Zahl der Einwohner um knapp 4 Prozent zurückgegangen; dies entspricht einem durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang von 0,7 Prozent. Vergleicht man die Bevölkerungsentwicklung im Gesamtzeitraum mit den Trends der letzten viereinhalb Jahre, so lassen sich bemerkenswerte Verschiebungen feststellen (Tabelle 1). Dies betrifft insbesondere die Oberzentren, die über den Gesamtzeitraum betrachtet überdurchschnittlich stark von Einwohnerrückgängen betroffen waren, in jüngster Zeit dagegen der Gemeindetyp mit der stabilsten Einwohnerzahl sind.

Spiegelbildlich ist die Bevölkerungsentwicklung der Umlandgemeinden verlaufen, die nach einem beträchtlichen Einwohnerzuwachs in den 1990er Jahren in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre in eine Schrumpfungsphase eingetreten sind. In einer aktuellen Studie zu Wohnstandortentscheidungen in der Region Halle/Leipzig (Haunstein et al. 2012) wird deutlich, dass sich das Wohnstandortverhalten privater Haushalte durch den Wandel der Haushalts- und Lebensformen, die zunehmende Mobilität sowie neue Kommunikationsmöglichkeiten gewandelt hat.

Angesichts der im Vergleich zum Umland günstigeren Bevölkerungsentwicklung vieler deutscher Stadtregionen sprechen verschiedene Autoren bereits von einer Reurbanisierung, einer Renaissance des Wohnens in der Stadt. Die Trägergruppen sind insbesondere nicht-familiale Haushalte, aber auch Familien, die sich bewusst für ein Leben in der (Innen-)Stadt entscheiden. Auch Studenten und Auszubildende mit geringem Einkommen, Berufseinsteiger mit hoher Bildung und geringem bis mittlerem Einkommen sowie hoch gebildete Angehörige der Mittel- und Oberschicht entscheiden sich vermehrt für einen Zuzug in die Stadt oder einen Verbleib in den innerstädtischen Quartieren. Besonders beliebt sind dabei Gründerzeitviertel. Die Aufwertungs- und Wachstumsprozesse sind allerdings häufig lokal eng begrenzt, oft liegen Aufschwung und Niedergang in direkter Nachbarschaft (Kabisch et al. 2012).

Tabelle 1: Mittlere jährliche Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Gemeindetypen¹

Gemeindetyp	Absolute Bevölkerungsentwicklung in %		Mittlere jährl. Bevölkerungsentwicklung in %	
	1990-2011	2007-2011	1990-2011	2007-2011
Oberzentren	-21.9	-0.8	-1.0	-0.2
Mittelzentren mit Teilfunktionen eines Oberzentrums	-21.7	-3.6	-1.0	-0.7
Mittelzentren	-24.2	-4.4	-1.2	-0.9
Grundzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums	-21.8	-5.1	-1.0	-1.0
Grundzentren mit besonderer Bedeutung für die Versorgung im ländlichen Raum	-21.7	-5.0	-1.0	-1.0
übrige Gemeinden	-12.4	-4.8	-0.6	-1.0
darunter: „Speckgürtel“ von Halle und Magdeburg (1)	13.1	-3.6	0.6	-0.7
darunter: Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden	-17.3	-5.2	-0.8	-1.0
Sachsen-Anhalt	-19.2	-3.7	-0.9	-0.7
(1) an Halle (Saale) und Magdeburg angrenzende Gemeinden ohne das Mittelzentrum Schönebeck (Elbe)				

1990-2011 und 2007-2011. Eigene Berechnungen. Datenquelle: STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012) & STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2009)

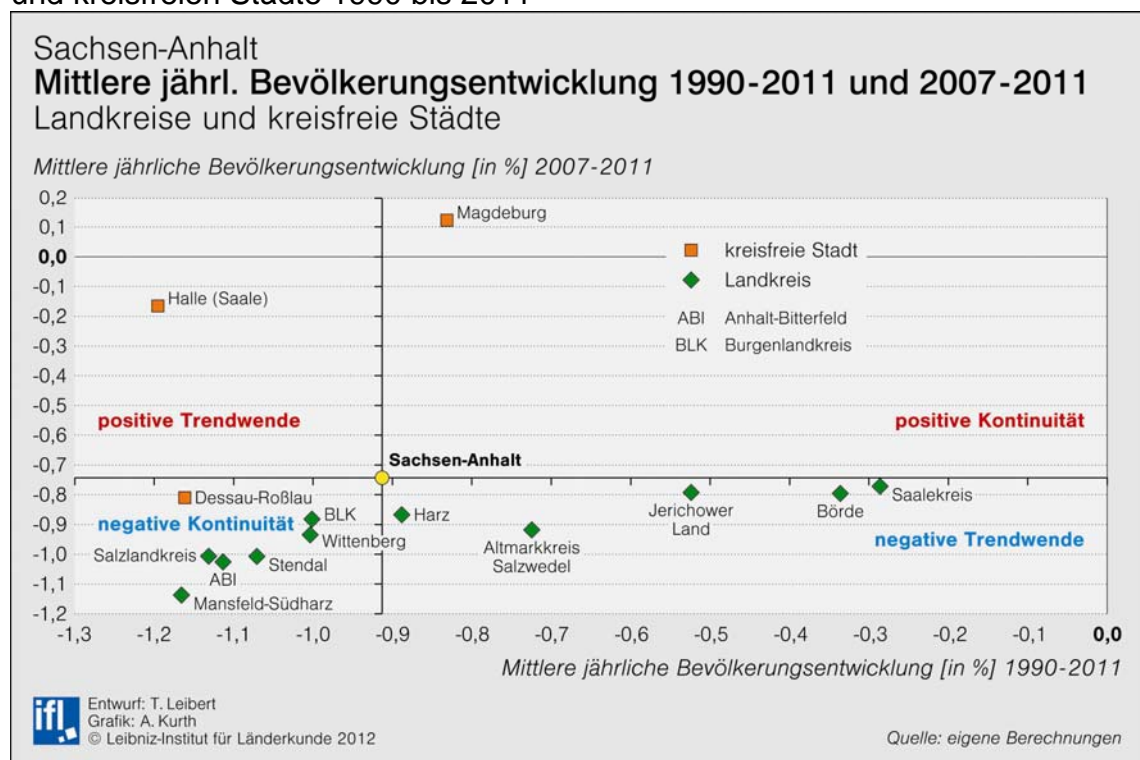
Wenig ermutigend ist die Bevölkerungsentwicklung in den Mittel- und Grundzentren verlaufen. Seit der Wiedervereinigung haben die Mittelzentren fast ein Viertel ihrer Bevölkerung verloren. Auch die Grundzentren waren überdurchschnittlich stark von Schrumpfung betroffen. Im Gegensatz zu den Oberzentren ist in der Bevölkerungsentwicklung dieser Städte keine nachhaltige Trendwende erkennbar. In den Mittelzentren hat sich die Schrumpfung zwar wie in Sachsen-Anhalt insgesamt leicht abgeschwächt, der mittlere jährliche Einwohnerrückgang liegt allerdings noch immer über dem Landesdurchschnitt. In den Grundzentren ist kein Trend erkennbar, dass sich die Schrumpfung abschwächen würde. In den nicht Zentralen Orten hat sich der Einwohnerrückgang in jüngster Zeit sogar beschleunigt. Zwischen 2007 und 2011 waren die Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden der am stärksten schrumpfende Gemeindetyp in Sachsen-Anhalt. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgungsinfrastruktur im ländlichen Raum eine immer größere Herausforderung für die Landespolitik wird. Angesichts des andauernden demografischen Substanzverlusts der für die Versorgung im ländlichen Raum unverzichtbaren Grundzentren besteht die Gefahr, dass die Einwohnerzahl unter die für einen wirtschaftlichen Betrieb von Läden, Schulen oder Krankenhäusern notwendige Tragfähigkeitsgrenze sinkt.

In den folgenden Abbildungen ist die Bevölkerungsentwicklung der Kreise und kreisfreien Städte, der Zentralen Orte und der übrigen Gemeinden für zwei Zeitabschnitte dargestellt: dem Zeitraum zwischen dem 03.10.1990 und 30.06.2011 und den Zeitraum zwischen dem 31.12.2007 und dem 30.06.2011. Vergleicht

¹ Zentrale Orte gemäß Landesentwicklungsplan 2010. Zum „Speckgürtel von Halle (Saale) werden folgende Gemeinden gezählt: Kabelsketal, Landsberg, Petersberg, Salztal, Schkopau, Teutschenthal und Wettin-Löbejün (alle Saalekreis). Zum „Speckgürtel“ von Magdeburg werden folgende Gemeinden gezählt: Barleben, Hohe Börde, Niedere Börde, Sülzetal, Wanzleben-Börde, Wolmirstedt (Lkr. Börde); Biederitz, Gommern, Möser (Jerichower Land) sowie Bördeland (Salzlandkreis)

man die Bevölkerungsentwicklung der Kreise, Städte und Gemeinden mit der Entwicklung der Einwohnerzahl von Sachsen-Anhalt insgesamt in den fraglichen Zeiträumen, so lassen sich vier Typen der Bevölkerungsentwicklung unterscheiden. Von einer positiven Kontinuität kann man sprechen, wenn sowohl die länger- als auch die kurzfristige Bevölkerungsentwicklung in einem Kreis oder einer Gemeinde günstiger ist als im Landesdurchschnitt. Eine negative Kontinuität liegt vor, wenn eine Gebietseinheit sowohl über den Gesamtzeitraum als auch zwischen 2007 und 2011 von überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten betroffen ist. Wenn sich der Bevölkerungsrückgang in den letzten viereinhalb Jahren im Vergleich zum Gesamtzeitraum abgeschwächt hat, sprechen wir von einer positiven Trendwende. Bei einer negativen Trendwende war die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1990 und 2011 günstiger als im Landesdurchschnitt. Seit 2007 sind die entsprechenden Kreise, Städte und Gemeinden dagegen stärker geschrumpft als Sachsen-Anhalt insgesamt.

Abbildung 1: Mittlere und jährliche Bevölkerungsentwicklung der Landkreise und kreisfreien Städte 1990 bis 2011

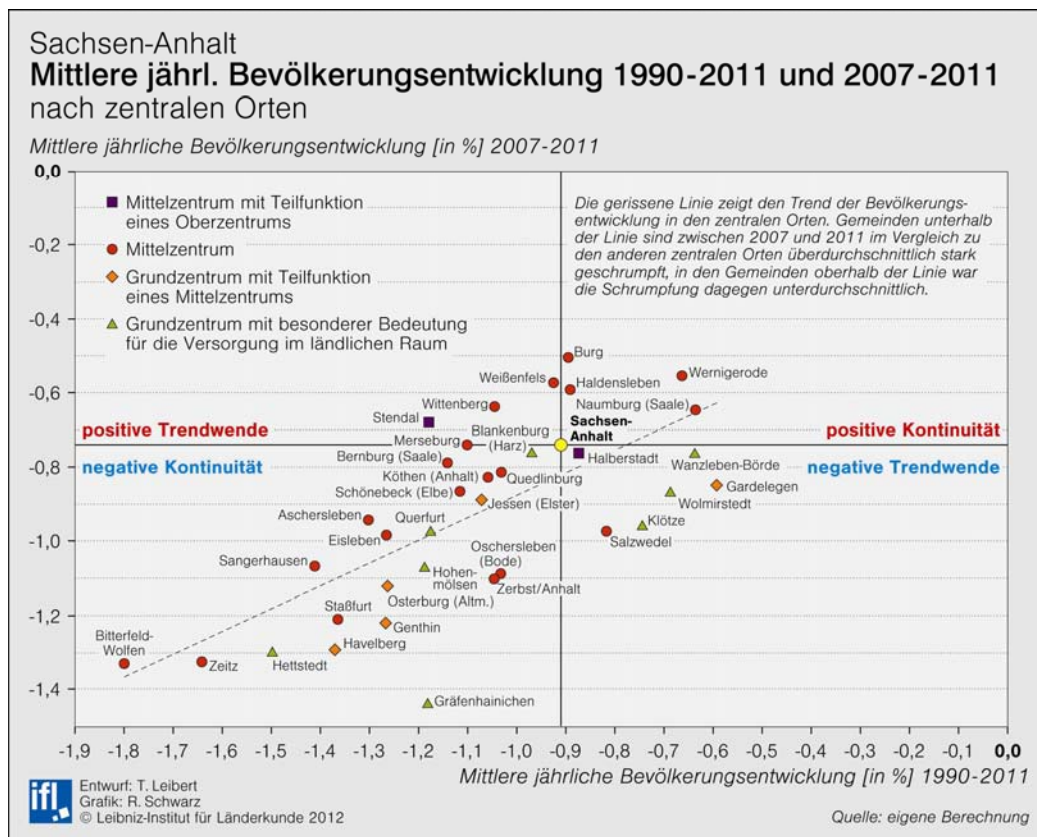


Quelle: Berechnungen des IfL; STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012) & STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2009)

Aus Abbildung 1 geht hervor, dass die Bevölkerungsentwicklung der kreisfreien Städte und der Landkreise in den letzten Jahren in unterschiedliche Richtungen verlaufen ist. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist die einzige kreisfreie Stadt in

Sachsen-Anhalt, bei der man von einer positiven Kontinuität sprechen kann und die in den letzten Jahren gewachsen ist. Halle (Saale) hat zwar gegenüber 1990 kräftig an Einwohnern verloren, im Zeitraum 2007-2011 hat sich die Schrumpfung aber deutlich abgeschwächt, so dass man von einer positiven Trendwende sprechen kann. Die Landkreise Börde, Jerichower Land und der Saalekreis, die in den 1990er Jahren durch Abwanderung aus den benachbarten Oberzentren nur unterdurchschnittliche Einwohnerverluste zu verzeichnen hatten, waren dagegen in den letzten viereinhalb Jahren überdurchschnittlich stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen, so dass hier von einer negativen Trendwende gesprochen werden muss. Der Altmarkkreis Salzwedel und der Landkreis Harz, deren Bevölkerungszahl sich seit der Wiedervereinigung etwas günstiger entwickelt hat als in den übrigen Landkreisen außerhalb des direkten Einflussbereichs von Halle (Saale) und Magdeburg fallen ebenfalls in diese Gruppe.

Abbildung 2: Mittlere jährliche Bevölkerungsentwicklung der Mittel- und Grundzentren 1990-2011 und 2007-2011

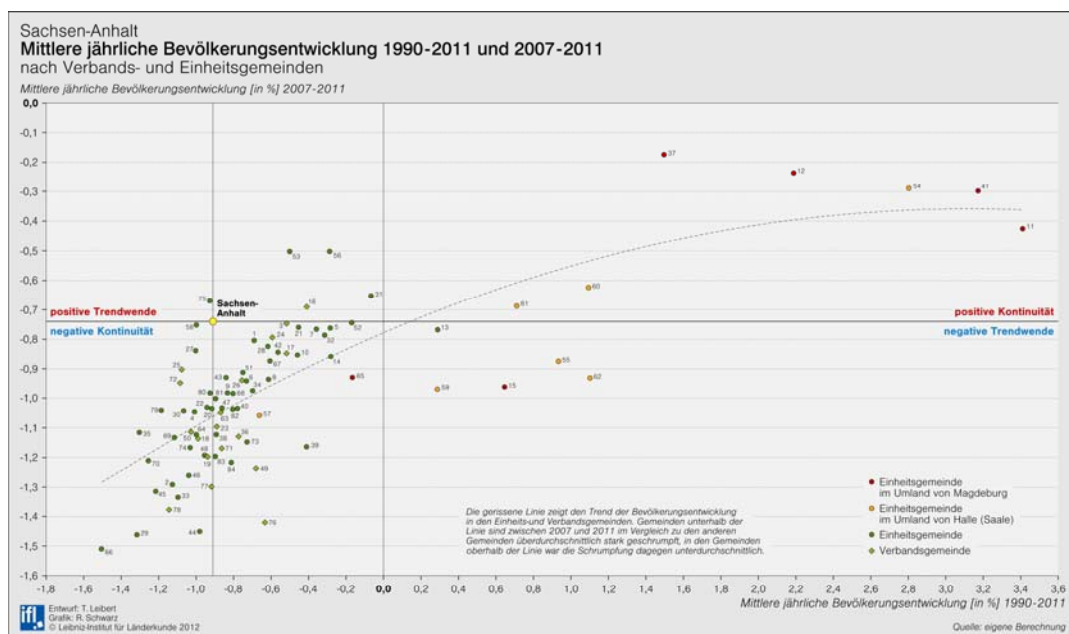


Quelle: Berechnungen des Ifl; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012) & Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2009)

In Abbildung 2 ist die Bevölkerungsentwicklung der zentralen Orte dargestellt. Zusätzlich zu den oben beschriebenen vier Typen ist noch die durchschnittliche Entwicklung der Einwohnerzahl aller Zentralen Orte in Sachsen-Anhalt abgetragen. Die ungünstigste Bevölkerungsentwicklung haben die Städte unterhalb der gestrichelten Linie durchlaufen. Sie sind nicht nur über den Gesamtzeitraum und/oder in den letzten viereinhalb Jahren stärker geschrumpft als Sachsen-Anhalt insgesamt, sie sind auch stärker geschrumpft als die Zentralen Orte insgesamt, deren Bevölkerungsentwicklung ohnehin ungünstiger ist als die der übrigen Gemeindetypen.

In Lutherstadt Wittenberg, Stendal und Weißenfels kann eine positive Trendwende – wenn auch auf niedrigem Niveau – festgestellt werden. Burg, Haldensleben, Naumburg (Saale) und Wernigerode haben sich sowohl über den Gesamtzeitraum betrachtet als auch zwischen 2007 und 2011 günstiger entwickelt als Sachsen-Anhalt insgesamt. Die Bevölkerungsentwicklung von Halberstadt entspricht weitgehend dem Landestrend. In der Abbildung wird auch die oben erwähnte besonders ungünstige Bevölkerungsentwicklung der Grundzentren deutlich. Alle sind im Vergleich zum Landesdurchschnitt stärker geschrumpft; von Blankenburg (Harz), Jessen (Elster) und Querfurt abgesehen, war der Entwicklungstrend auch im Vergleich zu den anderen Zentralen Orten ausgesprochen ungünstig, insbesondere in Gräfenhainichen.

Abbildung 3: Mittlere jährliche Bevölkerungsentwicklung der nicht Zentralen Orte 1990-2011 und 2007-2011



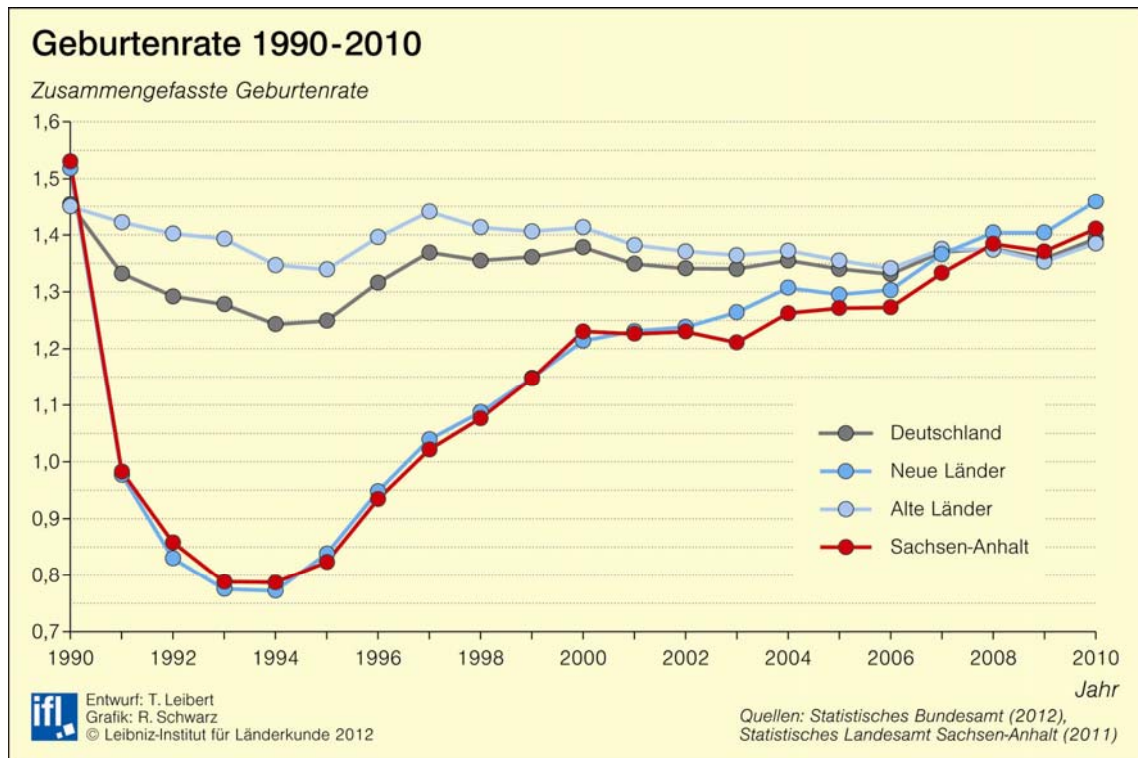
Quelle: Berechnungen des Ifl; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012)

Bei den nicht Zentralen Gemeinden fällt die große Zahl von Kommunen auf, bei deren Bevölkerungsentwicklung eine negative Trendwende stattgefunden hat (Abbildung 3). Darunter sind neben einem Großteil der Verbandsgemeinden auch Gemeinden im „Speckgürtel“ von Halle (Saale) und Magdeburg. Das Gros der Umlandgemeinden hat sich allerdings auch nach dem Übergang von einer Wachstums- in eine Schrumpfungsperiode noch günstiger entwickelt als Sachsen-Anhalt insgesamt. Tendenziell schrumpfen die Magdeburger Umlandgemeinden etwas schwächer als die an Halle (Saale) angrenzenden Orte. Eine (wenn auch sehr schwach ausgeprägte) positive Trendwende der Bevölkerungsentwicklung hat im Zeitraum 2007-2011 lediglich in Tangermünde (SDL) stattgefunden. Die Gemeinden mit der am stärksten rückläufigen Einwohnerzahl sind in beiden Zeiträumen Calbe (Saale) im Salzlandkreis und Harzgerode im Landkreis Harz.

1.2 Geburtenrate

Nach der Wiedervereinigung ist die zusammengefasste Geburtenrate (TFR-Total Fertility Rate), die häufig als die „Zahl der Kinder pro Frau“ bezeichnet wird, in den Neuen Ländern spektakulär eingebrochen (Abbildung 4). Nach einem gemessenen Tiefstand von 0,79 in den Jahren 1993 und 1994 begann ein kontinuierlicher Fruchtbarkeitsanstieg. 2008 lag die zusammengefasste Geburtenrate in den Neuen Ländern und in Sachsen-Anhalt zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wieder höher als in den alten Bundesländern. Bis 2003 zeigen sich kaum Unterschiede in der Entwicklung der Geburtenrate in Sachsen-Anhalt und den Neuen Ländern insgesamt; seit 2003 ist die TFR im Land durchgängig etwas niedriger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Die in den 1990er Jahren in der wissenschaftlichen Literatur und der öffentlichen Diskussion verbreitete Ansicht, dass sich Ostdeutschland in einer tiefen Fertilitätskrise befinde, hat sich nicht nur angesichts der Erholung der zusammengefassten Geburtenrate als zu voreilig erwiesen.

Abbildung 4: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenrate in Sachsen-Anhalt, Ost- und Westdeutschland 1990 bis 2010



Quelle: Berechnungen des Ifl; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012) & Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2009)

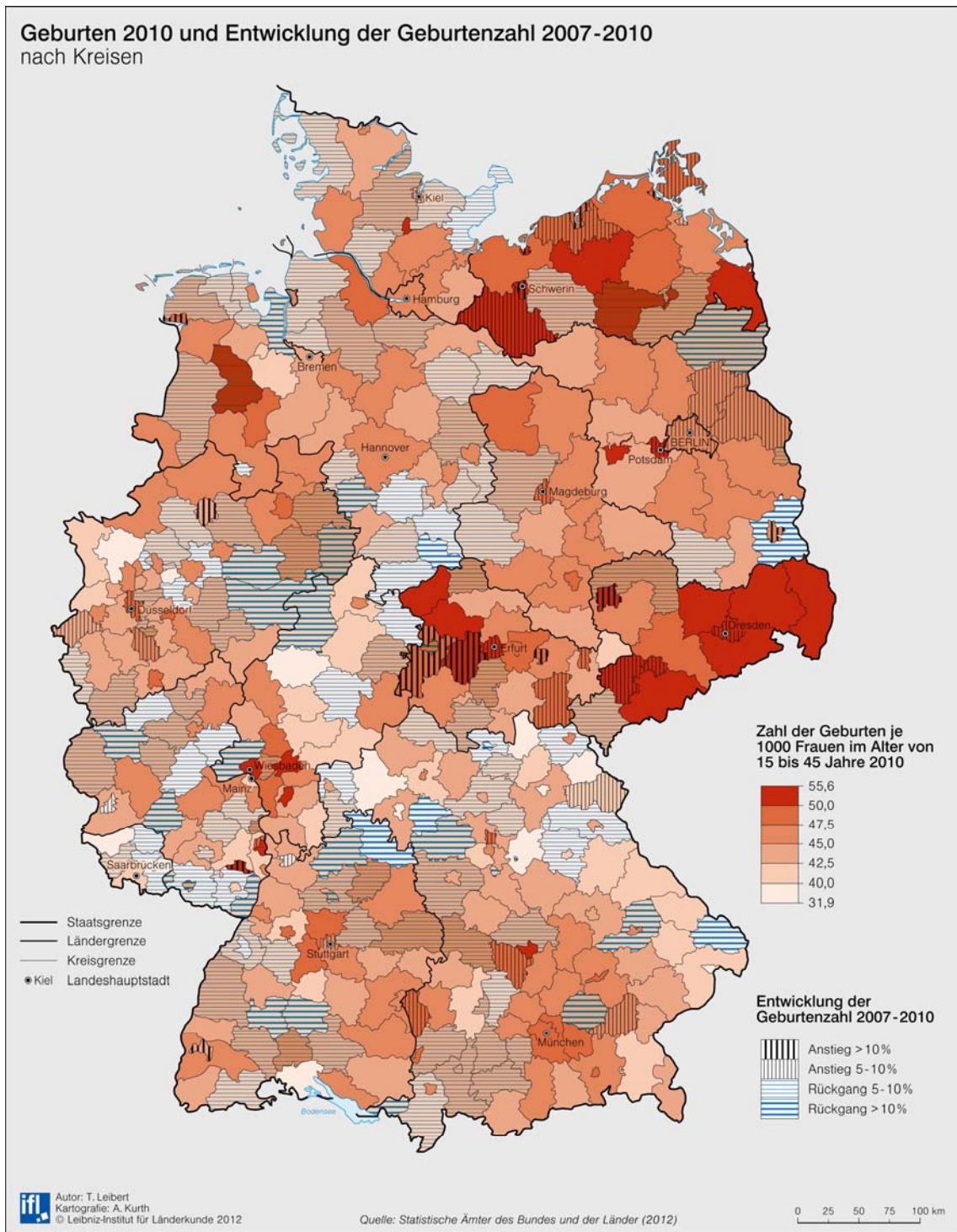
Auch das Maß „zusammengefasste Geburtenrate“ selbst hat eine entscheidende Schwäche, die dazu beigetragen hat, dass die Entwicklung in den Neuen Ländern noch dramatischer schien als sie tatsächlich war. Schuld daran sind die so genannten „Tempoeffekte“, die auftreten, wenn das durchschnittliche Alter der Mütter bei Geburt in einem Zeitraum von wenigen Jahren deutlich ansteigt oder sinkt. Bei der zusammengefassten Geburtenrate handelt es sich um ein hypothetisches Maß, das die mittlere Zahl der Kinder angibt, die eine Frau im Laufe ihrer fruchtbaren Lebensphase bekommen würde, wenn die im Analysejahr herrschenden altersspezifischen Geburtenraten über diesen Zeitraum konstant blieben. Die TFR gibt jedoch nicht die tatsächliche durchschnittliche Kinderzahl pro Frau an (BONGAARTS 2008). Eine realistische Schätzung der durchschnittlichen Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, liefert die TFR nur dann, wenn sich die Verteilung der Geburten im Lebenslauf nicht wesentlich ändert. Ein steigendes Durchschnittsalter führt zu einer Unterschätzung der TFR.

Die unkritische Verwendung der TFR zur Beschreibung demografischer Trends kann angesichts der Anfälligkeit dieses Maßes für Tempoeffekte zu Fehlinterpretationen führen. Ein Beispiel für einen zu unkritischen Umgang mit der zu-

sammengefassten Geburtenrate ist die Diskussion um die „Fertilitätskrise“ in Ostdeutschland. Die Anfang der 1990er Jahre gemessenen extrem niedrigen Werte der TFR haben in der öffentlichen Wahrnehmung den Eindruck erweckt, ostdeutsche Frauen hätten im Durchschnitt erheblich weniger Kinder als westdeutsche Frauen. Nach wissenschaftlichen Berechnungen (KONIETZKA und KRYENFELD 2007) liegt jedoch die tatsächliche Kinderzahl der zwischen 1965 und 1974 geborenen Ostdeutschen geringfügig *über* der gleichaltriger westdeutscher Frauen. Es gibt statistische Verfahren, um die zusammengefasste Geburtenrate um die Tempoeffekte zu bereinigen, so dass das tatsächliche Fertilitätsniveau besser abgeschätzt werden kann. Diesen Berechnungen zufolge dürfte die Zahl der Kinder pro Frau in den 2000er Jahren in beiden Landesteilen zwischen 1,5 und 1,7 liegen (Goldstein & Kreyenfeld 2011, Luy & Pötzsch 2010). Es muss jedoch unbedingt darauf hingewiesen werden, dass auch die bereinigte zusammengefasste Geburtenrate nur ein hypothetisches Maß der Fruchtbarkeit darstellt und nur eine Schätzung der endgültigen Kinderzahl pro Frau ist. Aus diesem Grund sollte die zusammengefasste Geburtenrate für Planungs- und Prognosezwecke nicht unkritisch genutzt werden.

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheidet sich das Familienbildungsverhalten in Ost- und Westdeutschland noch immer deutlich. Ostdeutsche Frauen sind bei der Geburt ihres ersten Kindes etwa ein Jahr jünger als Frauen in den Alten Ländern. Sie sind deutlich seltener kinderlos, allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, ein drittes Kind zu bekommen, im Osten bis heute wesentlich niedriger als im Westen. Eine Trendwende zeichnet sich beim zweiten Kind ab. In der Vergangenheit zeichnete sich das Familienbildungsmuster in Ostdeutschland durch einen Trend zur Ein-Kind-Familie bei relativ niedriger Kinderlosigkeit aus. In den letzten Jahren hat sich jedoch die Wahrscheinlichkeit, ein zweites Kind zu bekommen, an die westdeutschen Werte angepasst. Die aktuelle Angleichung der zusammengefassten Geburtenraten in Ost- und Westdeutschland ist zum großen Teil auf diesen „Trend zum zweiten Kind“ zurückzuführen (Goldstein & Kreyenfeld 2011).

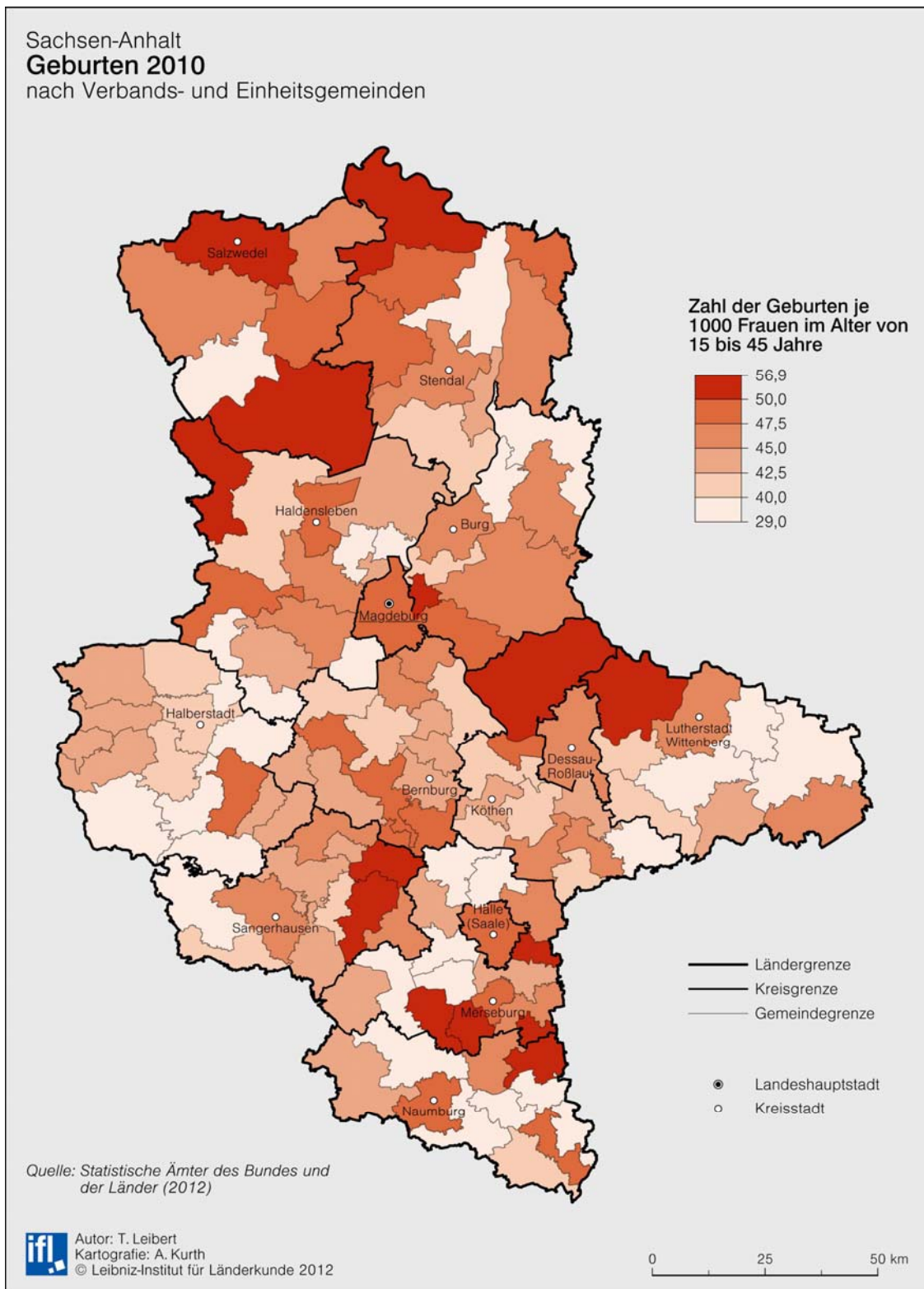
Karte 2: Allgemeine Geburtenrate 2010 und Entwicklung der Geburtenzahl 2007 bis 2010 nach Kreisen



Auch in den Familienbildungsmustern zeigen sich erhebliche Ost-West-Unterschiede. Ostdeutsche Mütter sind bei der Geburt ihres ersten Kindes seltener verheiratet als westdeutsche Mütter. Ein großer Prozentsatz lebt mit dem Kindsvater in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zusammen, allerdings

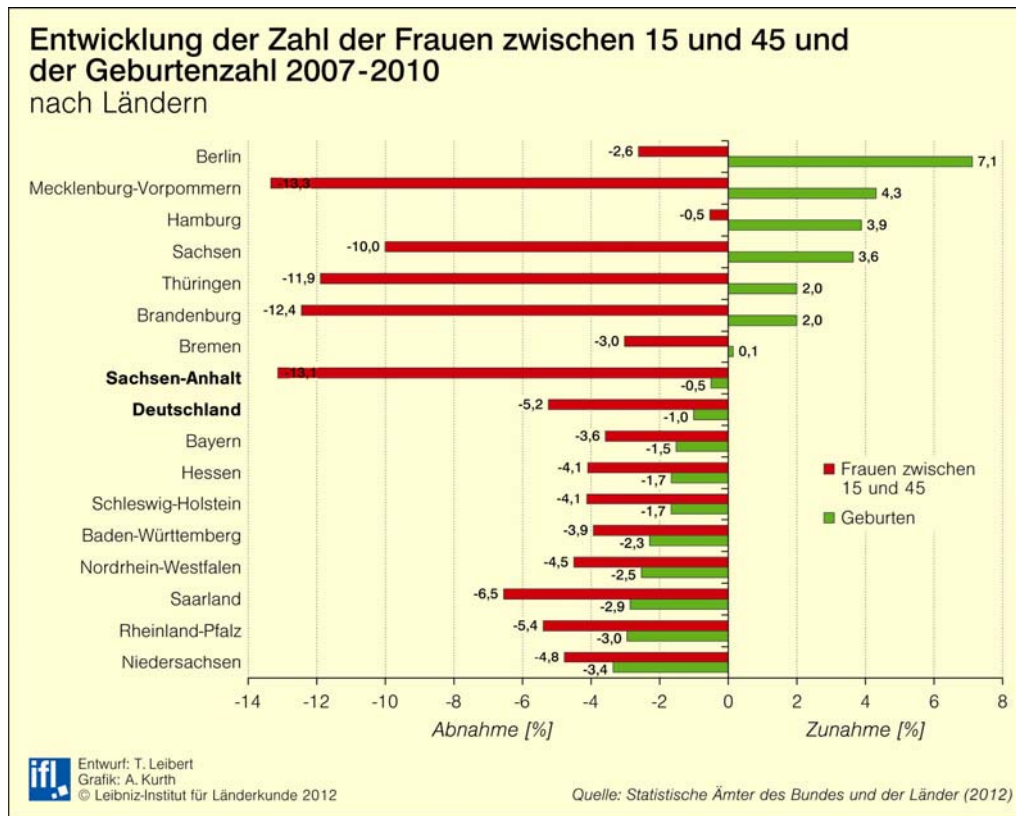
ist im Osten auch der Anteil der Mütter, die sich zum Zeitpunkt der Geburt bereits vom Vater des Kindes getrennt haben, höher als in Westdeutschland. Im Ost-West-Vergleich ist auch das Scheidungsrisiko in den Neuen Ländern höher. Im Gegensatz dazu sind allerdings nichteheliche Lebensgemeinschaften deutlich stabiler als in den Alten Ländern (BASTIN et al 2012).

Karte 3: Geburten 2010 nach Verbands- und Einheitsgemeinden in Sachsen-Anhalt (Gebietsstand: 31.12.2010)



Der traditionelle Gegensatz zwischen „kinderarmen“ Städten und „kinderreichen“ ländlichen Räumen kehrt sich ebenso wie der Gegensatz zwischen dem „kinderarmen“ Osten und dem „kinderreicheren“ Westen langsam um. 2010 war die Zahl der Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter in einem Streifen vom Westharz über Nordhessen und Oberfranken bis nach Niederbayern am niedrigsten. In vielen kreisfreien Städten, insbesondere in Ostdeutschland, sowie in ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Nordwestthüringen lag die Geburtenrate dagegen zum Teil deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 44,9 Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter (Karte 2). In Sachsen-Anhalt zeichnen sich Halle, Magdeburg und der Altmarkkreis Salzwedel durch überdurchschnittliche Geburtenraten aus, der Landkreis Harz gehört dagegen zu den geburtenärmsten Kreisen Deutschlands. Auf der lokalen Ebene liegen Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Geburtenraten oft in direkter Nachbarschaft (Karte 3). Mit mehr als 55 Geburten pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter waren 2010 Salzwedel (56,9), Gerbstedt (MSH, 56,2), Kabelsketal (SK, 55,8) und Oebisfelde-Weferlingen (BK, 55,3) die „geburtenreichsten“ Gemeinden im Land. Die „geburtenärmsten“ Kommunen waren die Verbandsgemeinde Vorharz (HZ, 29,0), die Gemeinden Sülzetal (29,7) und Niedere Börde (29,8) im Landkreis Börde sowie die Stadt Jerichow (JL, 29,8).

Abbildung 5: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenrate in Sachsen-Anhalt, Ost- und Westdeutschland 1990 bis 2010



Quelle: Berechnungen des Ifl; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012) & Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2009)

Zwischen 2007 und 2010 ist die Zahl der Geburten in Ostdeutschland um durchschnittlich 2,4 Prozent gestiegen, während in den Alten Bundesländern ein Rückgang von durchschnittlich 1,6 Prozent zu verzeichnen war (Abbildung 5). Bemerkenswert ist, dass in den Neuen Ländern parallel die Zahl der potentiellen Mütter um fast 12 Prozent gesunken ist (West: -4 Prozent). Dass trotz dieses massiven Rückgangs mehr Kinder geboren wurden, zeigt, dass die Zahl der Kinder pro Frau deutlich gestiegen ist.

Bei der Geburtenentwicklung wird ein Stadt-Land-Gegensatz deutlich (Karte 2). Die Geburtenzahl ist zwischen 2007 und 2010 in allen ostdeutschen Städten außer Eisenach, Frankfurt (Oder) und Neubrandenburg gestiegen, besonders deutlich in Wismar (+23,1 Prozent), Cottbus (+16,2 Prozent) und Stralsund (+15,3 Prozent). In Magdeburg wurden 2010 knapp 10 Prozent mehr Kinder geboren als 2007. In Halle (+4,7 Prozent) und Dessau-Roßlau (+0,3 Prozent) war der Anstieg der Geburtenzahl geringer. In der überwiegenden Mehrzahl der westdeutschen Landkreise ist die Zahl der Neugeborenen zum Teil deutlich zurückgegangen. In Ostdeutschland übersteigt dagegen die Zahl der Landkreise, in denen 2010 mehr Kinder zur Welt gekommen sind als 2007 oder die Zahl der

Neugeborenen zumindest konstant geblieben ist, die Zahl der Kreise mit einer negativen Geburtenentwicklung. In Sachsen-Anhalt ist die Situation allerdings etwas ungünstiger. Die Zahl der Geburten ist im Landkreis Harz (-9,8 Prozent) und im Landkreis Börde (-8,3 Prozent) deutlich zurückgegangen. Verluste auf niedrigerem Niveau sind im Salzland- (-3,8 Prozent), Saale- (-2,7 Prozent) und im Burgenlandkreis (-2,0 Prozent) zu verzeichnen. Einen nennenswerten Anstieg der Geburtenzahlen gab es im betrachteten Zeitraum lediglich im Kreis Mansfeld-Südharz (+4,1 Prozent) und im Altmarkkreis Salzwedel (+2,3 Prozent).

Zu den Ursachen des Anstiegs der Geburtenzahl in Ostdeutschland liegen bisher keine Untersuchungen vor. Die Zahlen deuten allerdings darauf hin, dass die familienpolitischen Reformen der vergangenen Jahre junge Frauen und Männer in Ostdeutschland und den Stadtstaaten ermutigt haben, vorhandene Kinderwünsche zu realisieren. Frauen in Ostdeutschland sind einerseits durch das vorbildlich dichte Netz an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen besser in der Lage, Familie und Beruf zu vereinbaren als Frauen in den alten Ländern. Darüber hinaus ist das soziale Klima gegenüber berufstätigen Müttern positiver. Ein weiterer Aspekt sind die egalitäreren Geschlechterrollenbilder, wodurch sich die Partner mehr in die Kindererziehung einbringen, was sich beispielsweise darin zeigt, dass ein höherer Prozentsatz der Väter die „Vatermonate“ beim Elterngeld nutzt (Geisler & Kreyenfeld 2012).

Abbildung 5 deutet an, dass das zentrale Problem der ostdeutschen Bundesländer im Bereich der Fruchtbarkeit weniger die Zahl der Kinder pro Frau ist – auch wenn diese deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau liegt – sondern der durch eine überproportionale Abwanderung junger Frauen ausgelöste Mangel an potentiellen Müttern. Dieser fast flächendeckende „Frauenmangel“ bei den jungen Erwachsenen ist eine ostdeutsche Besonderheit. Es gibt zwar auch in anderen europäischen Staaten Regionen mit unausgewogenen Geschlechterproportionen, es handelt sich dabei aber in den meisten Fällen um ein räumlich begrenztes Phänomen in dünn besiedelten, wirtschaftsschwachen Regionen mit ungünstiger Erreichbarkeit. In Ostdeutschland sind dagegen in der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen ausnahmslos alle Landkreise von einem zum Teil massiven „Frauenmangel“ betroffen (LEIBERT 2011). In Sachsen-Anhalt kamen 2010 im Altmarkkreis Salzwedel und im Kreis Jerichower Land weniger als 80 Frauen auf 100 Männer. Einen „Frauenüberschuss“ konnte allein Halle als Universitätsstandort mit einem breiten Fächerangebot verzeichnen.

Regionale Frauen- oder Männer-„Überschüsse“ sind vorrangig auf selektive Wanderungsprozesse zurückzuführen, die sich dadurch ergeben, dass junge Frauen häufiger ein Studium aufnehmen als gleichaltrige Männer und größere Schwierigkeiten haben, auf ländlichen Arbeitsmärkten Fuß zu fassen. Unausgewogene Geschlechterproportionen sind folglich ein Spiegelbild regionaler Strukturen des Arbeitsmarkts und des Bildungsangebots. Eine wichtige Rolle spielen auch territoriale Besonderheiten, Erreichbarkeiten sowie regionale Subkulturen und Lebensstile. Der Einfluss der verschiedenen Faktoren auf das Wanderungsverhalten verändert sich im Lebensverlauf (LEIBERT 2011). Die Ursache für die höhere Mobilität der Ostdeutschen ist in einer besonderen soziodemografischen Situation in den Neuen Bundesländern in den Jahren nach der Wende zu sehen.

Ein „Geburtenberg“ (geburtenstarken Jahrgänge der 1970er und 1980er Jahre) traf auf ein „Beschäftigungstal“ durch den massiven Arbeitsplatzabbau im Zuge des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die vorhandenen Arbeitsplätze waren durch die Elterngeneration besetzt, es kam zu einem „blockierten Generationenaustausch im ostdeutschen Beschäftigungssystem“ (KETZMERICK 2009). Vielen jungen Menschen blieb in dieser Situation nur die Wahl zwischen Abwanderung und Arbeitslosigkeit. Dies gilt vor allem für junge Frauen, die bis heute nicht nur geringere Chancen haben, vom Ausbildungsbetrieb übernommen zu werden, sondern auch häufig unattraktivere Beschäftigungsverhältnisse angeboten bekommen. Ein weiterer Erklärungsansatz, warum überproportional viele junge Frauen den ländlichen Raum Sachsen-Anhalts verlassen, ist die traditionell hohe Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen in Verbindung mit einer ausgeprägten Mobilitätsbereitschaft, wegen einer entsprechenden Arbeitsstelle auch nach Westdeutschland oder ins Ausland zu ziehen (LEIBERT 2011).

1.3 Wanderungen

Wanderungen sind der dynamischste Teilprozess der Bevölkerungsentwicklung. Insbesondere Wanderungen über größere Distanzen sind häufig auf berufliche Gründe oder die Aufnahme bzw. Beendigung einer Ausbildung zurückzuführen. Aus diesem Grund können die Wanderungsraten im Zeitverlauf stark schwanken. In Tabelle 2 ist der Binnenwanderungssaldo der Bundesländer für ausgewählte Jahre im Zeitraum zwischen 1991 und 2010 dargestellt. Die Abwanderung aus Ostdeutschland ist eine der Konstanten im Wanderungsgeschehen in Deutschland. Die Wanderungsverluste der Neuen Länder sind zwar in den letzten Jahren rückläufig, eine Trendwende ist jedoch nicht in Sicht. Die

Abwanderung aus Sachsen-Anhalt ist im Bundesländervergleich in den 2000er Jahren am stärksten. Eine Folge des rückläufigen Volumens der Ost-West-Wanderung ist, dass der Binnenwanderungssaldo der meisten westdeutschen Flächenländer seit etwa 2007 negativ ist. Natürlich stellen die Binnenwanderungen nur einen Teil des Wanderungsgeschehens dar. Traditionell spielt die Außenwanderung für die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle, da ein Einwohnerzuwachs in Deutschland angesichts der anhaltenden Sterbeüberschüsse nur durch Zuwanderung aus dem Ausland möglich ist. Für die Bevölkerungsbilanz von Sachsen-Anhalt spielt die Einwanderung dagegen eine sehr untergeordnete Rolle. 2010 konnte Sachsen-Anhalt gegenüber dem Ausland einen Wanderungsgewinn von etwa 2.000 Personen verbuchen. Diese Zahl ist nicht annähernd ausreichend, um die Binnenwanderungsverluste von fast 10.000 Personen auszugleichen (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2011b).

Tabelle 2: Binnenwanderungssalden der Bundesländer 1991 bis 2011

Bundesland/ Jahr	Binnenwanderungssaldo pro 1000 Einwohner zur Jahresmitte					
	1991	2000	2005	2007	2009	2010
Baden-Württemberg	3.86	2.53	1.43	0.93	0.10	-0.15
Bayern	4.44	4.28	2.36	2.52	1.25	0.86
Berlin	0.29	-1.72	-1.28	2.17	5.35	5.22
Brandenburg	-11.85	2.09	-0.20	-1.58	-0.86	-0.61
Bremen	-0.79	-3.80	1.22	-0.44	2.41	1.12
Hamburg	2.85	3.20	2.67	6.44	4.17	3.72
Hessen	3.88	1.72	0.23	0.58	0.58	0.43
Mecklenburg-Vorpommern	-14.03	-6.88	-4.66	-6.02	-4.21	-3.04
Niedersachsen	-0.09	-7.46	-3.90	-0.73	-0.35	-0.31
Nordrhein-Westfalen	2.75	0.86	0.56	-0.47	-0.59	-0.57
Rheinland-Pfalz	6.96	2.41	2.22	-0.18	-0.85	-0.71
Saarland	-0.38	-1.18	-1.05	-1.79	-2.35	-1.77
Sachsen	-10.85	-4.70	-2.02	-2.64	-1.58	-0.95
Sachsen-Anhalt	-12.88	-8.97	-5.47	-7.19	-5.25	-4.20
Schleswig-Holstein	-6.76	4.26	3.06	3.37	3.00	2.84
Thüringen	-10.51	-4.75	-5.12	-5.80	-3.85	-3.37

Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2011b) & STATISTISCHES BUNDESAMT (2012d)

Die Wahrscheinlichkeit einer Wanderung und die Ziel- und Quellgebiete der Binnenwanderung sind stark vom Alter abhängig. Die in der deutschen Wanderungsstatistik übliche Abgrenzung der Altersgruppen orientiert sich an einem idealisierten Lebenslauf. Die 18- bis 24-Jährigen können als „Ausbildungsplatzwanderer“ charakterisiert werden. Nach dem Auszug aus dem Elternhaus ziehen Jugendliche an den Studien- oder Ausbildungsort. Ländliche Räume sind in dieser Altersgruppe tendenziell die Abwanderungsregionen während die kreisfreien Städte Wanderungsgewinne verbuchen können.

Der Lebensabschnitt zwischen 25 und 29 Jahren fällt häufig mit dem Einstieg ins Berufsleben und der ersten beruflichen Etablierung zusammen. Diese Altersgruppe kann folglich als „Arbeitsplatzwanderer“ bezeichnet werden. Das räumliche Muster der Arbeitsplatzwanderung ist weniger eindeutig als das der Ausbildungsplatzwanderung. In den kreisfreien Städten sind die Rahmenbedingungen für Berufseinsteiger zwar häufig günstiger als im ländlichen Raum, gerade in Universitätsstädten kann der Arbeitsmarkt jedoch nicht alle potentiellen Bewerber aufnehmen, so dass ein Teil der Kernstädte einen negativen Wanderungssaldo aufweist. Andererseits sind Wirtschaftsmetropolen wie Frankfurt (Main), Hamburg oder München für diese Altersgruppe wichtige Zielgebiete. Durch Rückkehr in ländliche Heimatregionen oder einen Umzug ins Umland werden einige Landkreise zu Zielgebieten von Binnenwanderungen, während strukturschwache Kreise mit einer ungünstigen Arbeitsmarktsituation und einem niedrigen Einkommensniveau Abwanderungsregionen bleiben.

In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen und der unter 18-Jährigen („Familienwanderer“) wird überwiegend aus familiären Motiven gewandert. Es dominieren kleinräumige Wohnungs- und Wohnumfeldwanderungen, etwa der Umzug aus einer Mietwohnung in der Kernstadt in ein Einfamilienhaus im Umland. Auch Wanderungen aus beruflichen Motiven spielen eine wichtige Rolle. Im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen ist der mobile Bevölkerungsanteil allerdings deutlich geringer. Bei den „Älteren Wanderern“ (Altersgruppe 50-64) und den „Ruhestandswanderern“ treten familiäre und persönliche Mobilitätsmotive in den Vordergrund, beispielsweise der Umzug in eine kleinere Wohnung, nachdem die Kinder das Haus verlassen haben oder die Notwendigkeit nach einer Scheidung oder Verwitwung ein neues Domizil suchen zu müssen. Einige Senioren ziehen nach der Verrentung in landschaftlich attraktive Regionen im In- oder Ausland, in denen sie eine höhere Lebensqualität erwarten. Häufig suchen sich ältere Menschen eine Wohnung in der Nähe ihrer erwachsenen Kinder, um mehr Zeit mit den Enkeln verbringen zu können. In einem höheren Lebensalter kann schließlich ein Umzug in ein Alten- und Pflegeheim notwendig werden.

Auch bei den Ausbildungswanderern hat Sachsen-Anhalt einen negativen Wanderungssaldo. Hier überlagern sich jedoch zwei unterschiedliche Wanderungsströme. Halle (Saale) und Magdeburg sind durchaus attraktive Wanderungsziele für die 18- bis 24-Jährigen. Die Wanderungsgewinne der Oberzentren reichen aber bei weitem nicht aus, um die Abwanderung aus dem ländlichen Raum auszugleichen (Tabelle 3). Auffällig ist die starke Geschlechtsselektivität der Ausbildungsplatzwanderung im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts.

Abgesehen vom Landkreis Stendal, wo die Abwanderungsrate bei beiden Geschlechtern etwa gleich hoch ist, ziehen aus den Landkreisen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen deutlich mehr Frauen als Männer weg. Besonders ausgeprägt ist der „Frauenüberschuss“ bei den Abwanderern im Altmarkkreis Salzwedel, im Kreis Mansfeld-Südharz, im Kreis Jerichower Land sowie im Burgenlandkreis.

Tabelle 3: Altersspezifische Wanderungssalden pro 1.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt nach Kreisen 2010

Kreis/ Altersgruppe	unter 18 Jahre	18 bis 24 Jahre		25 bis 29 Jahre		30 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 65 Jahre
	gesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	gesamt	gesamt	gesamt
Dessau-Roßlau	-5.77	1.49	-8.93	-7.85	-12.43	-5.09	-2.50	0.86
Halle (Saale)	-7.58	82.42	104.59	2.02	-22.99	-7.96	-0.22	1.43
Magdeburg	1.12	73.58	66.40	-3.00	-23.31	1.09	2.36	1.80
Altmarkkreis Salzwedel	0.87	-35.60	-64.48	-20.92	-9.25	-2.67	-1.51	-1.72
Anhalt-Bitterfeld	-4.83	-26.92	-46.24	-29.80	-35.21	-5.62	-1.56	-3.53
Börde	1.78	-41.85	-55.10	-26.24	-3.63	-1.52	-0.90	-2.41
Burgenlandkreis	-0.68	-28.94	-51.17	-3.88	-17.25	0.58	-0.34	-1.23
Harz	2.52	-26.70	-36.12	-15.63	-22.92	-1.08	-0.42	1.49
Jerichower Land	3.59	-40.54	-66.10	-35.90	-7.71	0.44	-1.22	2.14
Mansfeld-Südharz	0.22	-39.92	-66.27	-26.89	-21.74	-4.80	-0.93	-3.57
Saalekreis	1.30	-37.52	-44.52	-25.91	-22.72	-0.25	-1.41	-5.78
Salzlandkreis	-4.70	-33.34	-43.54	-21.66	-15.63	-5.97	-1.80	-2.36
Stendal	-3.60	-52.16	-52.12	-35.30	-28.49	-5.86	-0.11	-1.60
Wittenberg	-0.54	-39.87	-49.89	-37.18	-25.43	-5.04	-1.71	-1.80

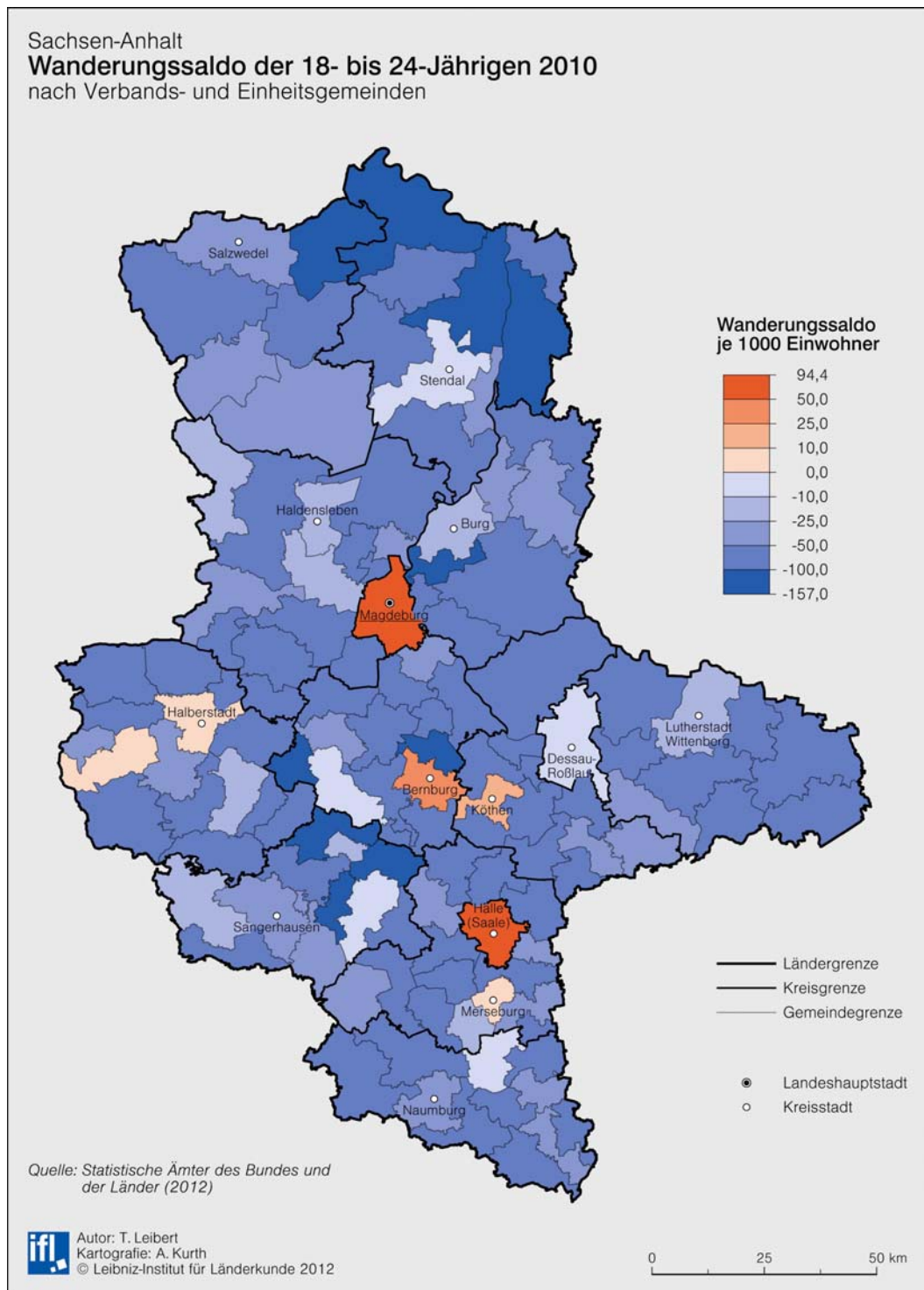
Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012) & STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2011b)

Deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind auch bei den Arbeitsplatzwanderern festzustellen. Für diese Altersgruppe ist Sachsen-Anhalt als Ganzes wenig attraktiv, lediglich Halle kann bei den männlichen Arbeitsplatzwanderern leichte Wanderungsgewinne verbuchen. In den Landkreisen kehrt sich bei den 25- bis 29-jährigen Wanderern tendenziell die Geschlechtsselektivität um, das heißt in der Regel ist die Abwanderung bei den Männern ausgeprägter als bei den Frauen. Zwei Erklärungsansätze für diese Entwicklung sind denkbar. Einerseits ist durch die starke Abwanderung in der jüngeren Altersgruppe bereits ein Großteil der mobilitätsbereiten Frauen weggezogen, so dass die noch vorhandene weibliche Bevölkerung überwiegend aus in ihrer Heimat verwurzelten Frauen besteht. Andererseits haben die Männer Berufserfahrung gesammelt und sind damit für Arbeitgeber außerhalb Sachsens-Anhalts attraktiv, die höhere Löhne zahlen und bessere Karrieremöglichkeiten bieten. Die erwähnte Umkehr der Geschlechtsselektivität der Abwanderung bleibt allerdings in den Kreisen Anhalt-Bitterfeld und Harz sowie im Burgenlandkreis aus.

Für Familien mit minderjährigen Kindern sind die Kreise Jerichower Land, Harz und Börde, der Saalekreis sowie die Landeshauptstadt Magdeburg am attraktivsten. Angesichts des ausgesprochen negativen Wanderungssaldos bei den

unter 18- und den 30- bis 49-Jährigen steht die Kommunalpolitik in Halle (Saale) vor der Aufgabe, die Familienfreundlichkeit der Stadt deutlich zu verbessern. Das Beispiel Magdeburg zeigt, dass Großstädte von Familien nicht per se als unattraktive Wohnstandorte wahrgenommen werden. Der Wanderungssaldo der Familienwanderer ist auch in Dessau-Roßlau, den Kreisen Anhalt-Bitterfeld und Stendal sowie in Salzlandkreis deutlich negativer als im Landesdurchschnitt.

Karte 4: Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen 2010 nach Verbands- und Einheitsgemeinden

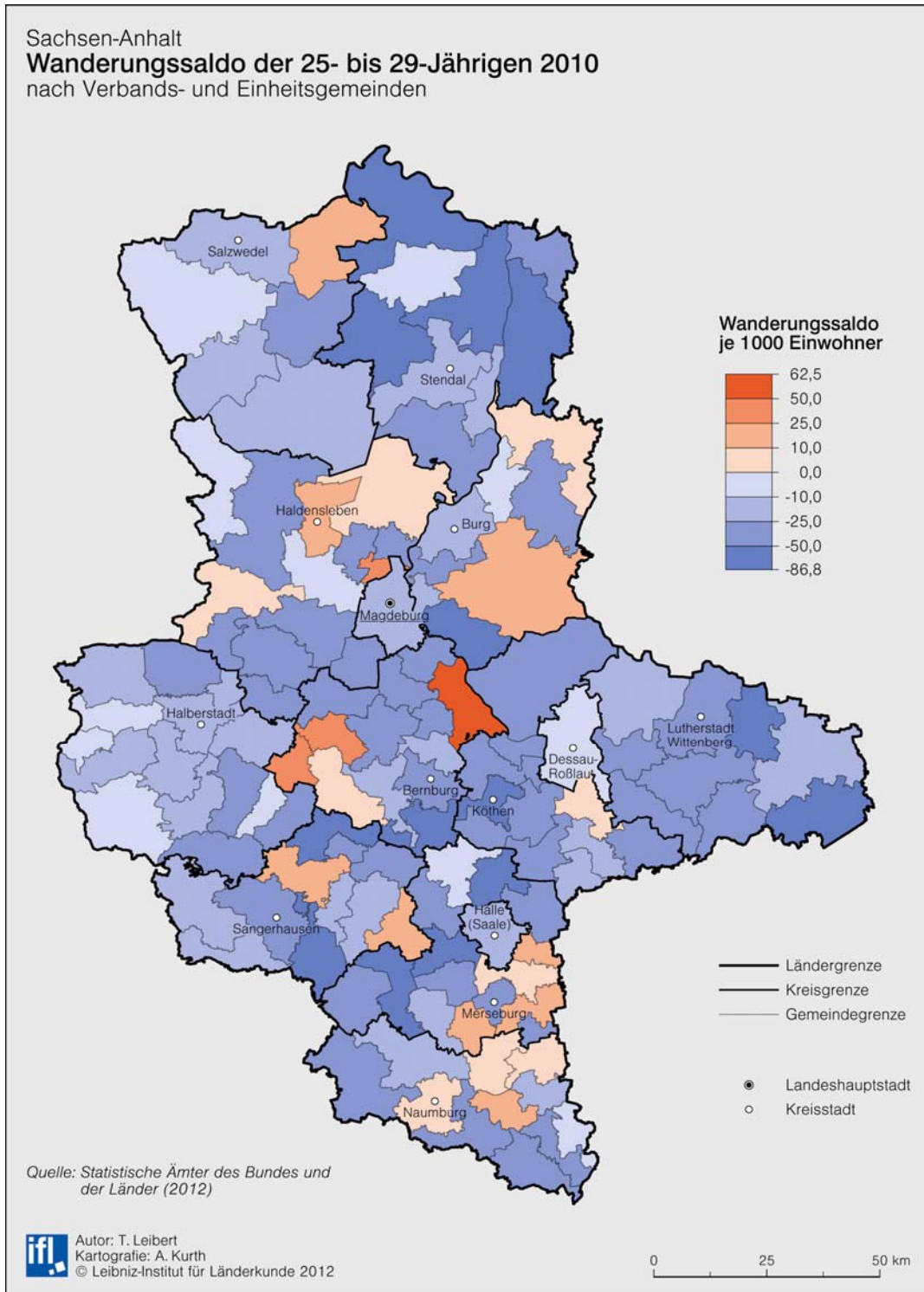


Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012)

Auf der lokalen Ebene wird die Fixierung der Ausbildungsplatzwanderer auf Halle (Saale) und Magdeburg deutlich (Karte 4). Außerdem verzeichnen noch die Mittelzentren Bernburg (Saale), Köthen (Anhalt), Merseburg, Wernigerode

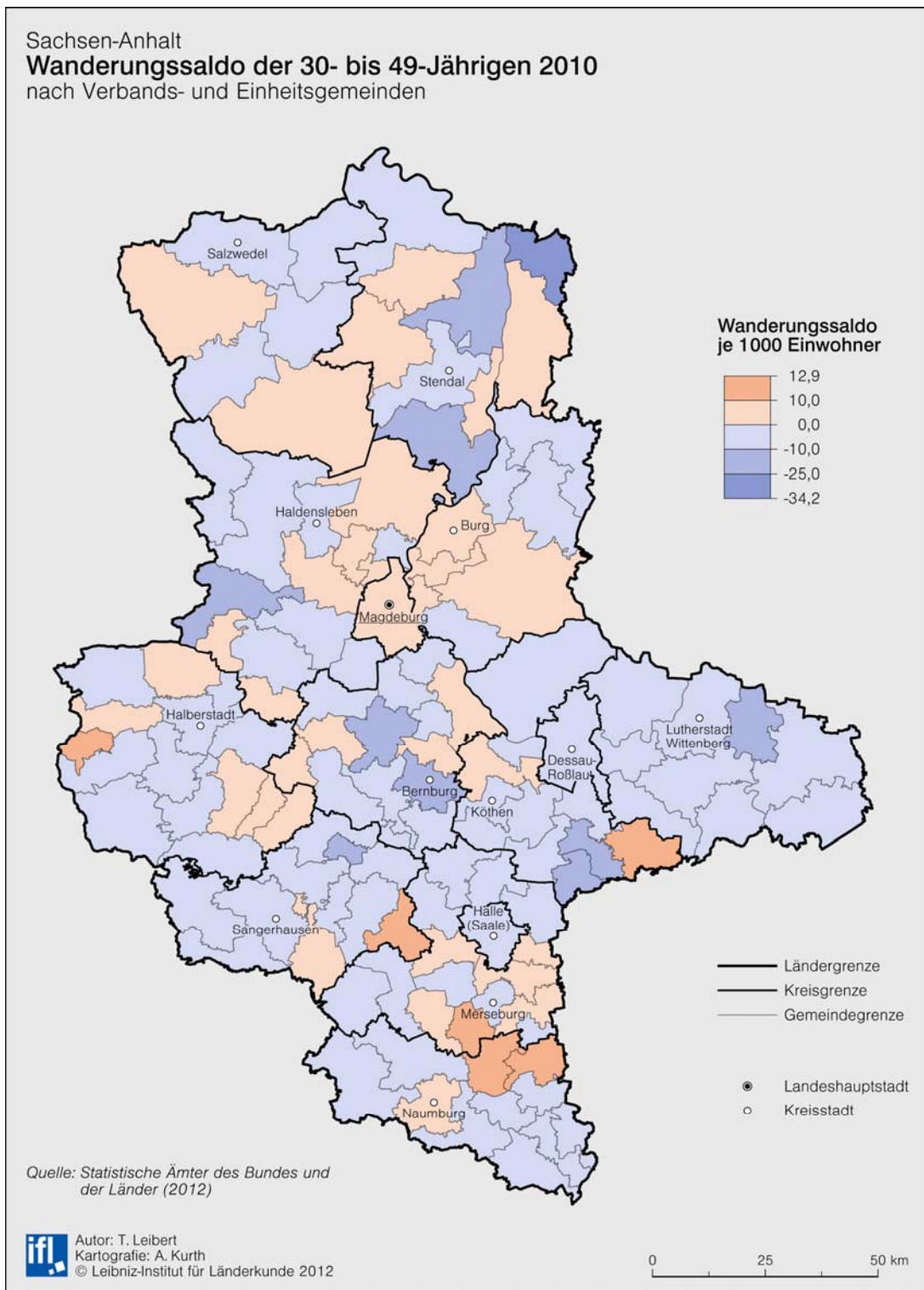
und Halberstadt Wanderungsgewinne in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Der Wanderungssaldo von Stendal ist ausgeglichen. Alle anderen Städte und Gemeinden weisen in dieser Altersgruppe einen negativen Wanderungssaldo auf. Besonders ausgeprägt ist die Abwanderung in der nördlichen Altmark, insbesondere in der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck (SDL), aus der 2010 fast jeder sechste junge Erwachsene fortgezogen ist. Von überproportionaler Abwanderung sind auch die Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) und die Stadt Arnstein (MSH) betroffen.

Karte 5: Wanderungssaldo der 25- bis 29-Jährigen 2010 nach Verbands- und Einheitsgemeinden



Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012)

Karte 6: Wanderungssaldo der 30- bis 49-Jährigen 2010 nach Verbands- und Einheitsgemeinden



Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012)

Bei den 25- bis 29-Jährigen sind die Wanderungsmuster auf der Gemeindeebene weniger eindeutig (Karte 5). Als bedeutende Bildungsstandorte weisen

Halle (Saale) und Magdeburg in dieser Altersgruppe einen negativen Wanderungssaldo auf. Einerseits kann der lokale Arbeitsmarkt nicht alle Absolventen aufnehmen, andererseits ist der Ausbildungsort für viele junge Erwachsene ohnehin nur eine Heimat auf Zeit, in der man nicht vorhat, dauerhaft Wurzeln zu schlagen. Einen positiven Wanderungssaldo haben vorrangig nicht Zentrale Orte, allen voran Barby (SLK), Barleben (BK) und Hecklingen (SLK). Mit Aschersleben, Haldensleben, Naumburg (Saale) und Weißenfels sind allerdings auch einige Mittelzentren Zielgebiete der Arbeitsplatzwanderung. Die Kommunen mit den größten Wanderungsverlusten waren 2010 Gommern (JL), die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land (SDL) und Zahna-Elster (WB), aus denen jeweils knapp 8 Prozent der 25- bis 30-Jährigen weggezogen sind.

In der Altersgruppe 30 bis 49 ist die Zahl der Wanderer pro 1000 Einwohner deutlich geringer als in den jüngeren Altersgruppen (Karte 6). Zuzugsgebiete für Familien sind neben der Landeshauptstadt und ihrem Umland insbesondere die Altmark und die Region südlich von Halle (Saale). Die größten Wanderungsgewinne bei den Familienwanderern können Weißenfels, Lützen (BLK) und Ilsenburg (Harz) verbuchen. Aus Havelberg (SDL), Staßfurt und Sandersdorf-Brehna (ABI) ziehen dagegen überdurchschnittlich viele Frauen und Männer zwischen 30 und 49 weg.

1.4 Pendlerverflechtungen

Eine Alternative zur Abwanderung kann das Pendeln zum Arbeitsplatz darstellen, insbesondere für Personen, die über Wohneigentum verfügen, deren Partner einen sicheren Arbeitsplatz haben oder die aus anderen Gründen sehr stark in Sachsen-Anhalt verwurzelt sind. Fast jeder Sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt arbeitet in einem anderen Bundesland. Im Altmarkkreis Salzwedel und im Burgenlandkreis ist der Anteil noch deutlich höher. Von den Beschäftigten, die im Salzlandkreis, in Dessau-Roßlau oder in Magdeburg leben, arbeitet dagegen nur ein vergleichsweise geringer Prozentsatz außerhalb von Sachsen-Anhalt. Die Mehrzahl derjenigen, die über die Landesgrenze pendeln, arbeitet in den benachbarten Bundesländern, insbesondere in Niedersachsen und Sachsen (Tabelle 5). Dabei dürfte es sich zumeist um Tagespendler handeln. Bei einem bedeutenden Anteil der Pendler ist allerdings die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort so groß, dass tägliches Pendeln an den Arbeitsplatz nicht möglich ist. Es handelt sich dabei um Wochenpendler oder um Beschäftigte, die von zuhause aus arbeiten. Der Anteil der Fernpendler ist im Salzlandkreis und im Landkreis Mansfeld-Südharz besonders hoch.

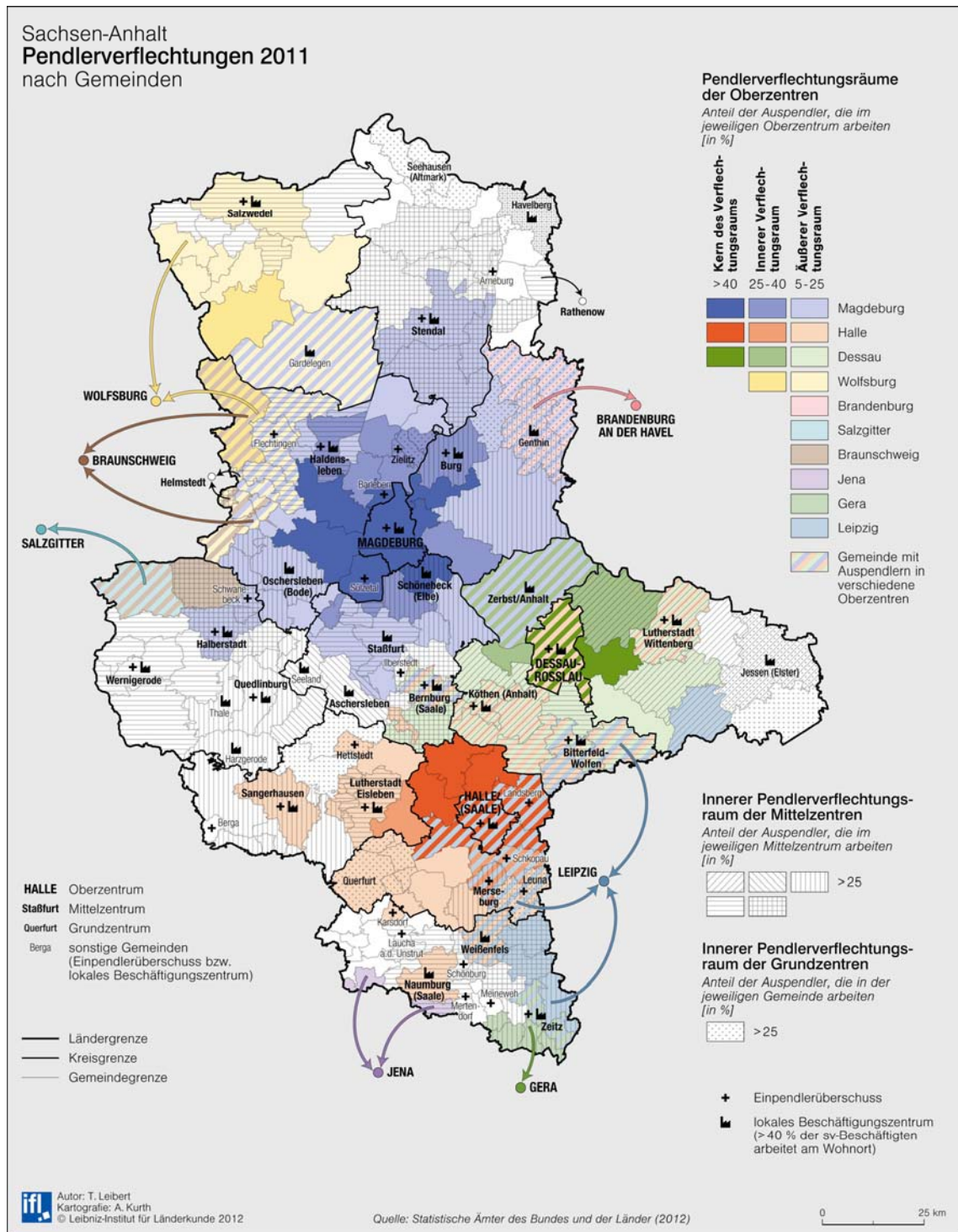
Tabelle 5: Pendlerverflechtungen zwischen Sachsen-Anhalt und den übrigen Bundesländern 2011

Kreis/ Bundesland	Anteil der Auspendler mit Arbeitsplatz in...								Anteil der Auspendler in andere BL
	Niedersachsen, Bremen	Sachsen	Berlin, Brandenburg	Süddeutschland (1)	Thüringen	Nordrhein-Westfalen	Südwestdeutschland (2)	Norddeutschland (3)	
Dessau-Roßlau	8.4%	35.3%	16.5%	16.5%	4.2%	9.1%	5.5%	4.4%	10.5%
Halle (Saale)	5.1%	52.4%	9.5%	12.8%	5.7%	6.7%	5.3%	2.5%	15.0%
Magdeburg	34.5%	12.2%	16.1%	9.9%	4.4%	10.2%	5.8%	6.9%	10.6%
Altmarkkreis Salzwedel	81.8%	1.1%	5.1%	2.4%	0.5%	2.8%	1.5%	4.8%	28.6%
Anhalt-Bitterfeld	8.5%	42.5%	11.0%	15.5%	4.1%	9.2%	5.5%	3.7%	12.8%
Börde	72.4%	3.5%	5.6%	4.4%	2.2%	5.4%	2.5%	4.0%	19.8%
Burgenlandkreis	3.7%	28.9%	3.6%	13.8%	37.2%	5.1%	5.4%	2.3%	23.8%
Harz	72.0%	3.6%	3.7%	4.9%	3.3%	5.9%	3.5%	3.0%	18.5%
Jerichower Land	21.7%	6.9%	38.5%	7.2%	2.3%	11.0%	4.0%	8.2%	14.2%
Mansfeld-Südharz	12.1%	13.4%	4.8%	16.1%	32.3%	9.6%	8.3%	3.4%	16.1%
Saalekreis	5.7%	52.6%	6.8%	13.5%	6.2%	6.8%	5.8%	2.5%	18.4%
Salzlandkreis	27.0%	15.8%	10.6%	15.6%	4.3%	13.3%	7.2%	6.1%	9.2%
Stendal	31.7%	4.5%	34.6%	6.8%	1.4%	7.1%	4.2%	9.7%	17.3%
Wittenberg	5.6%	31.3%	30.6%	13.4%	3.3%	7.1%	5.0%	3.7%	16.1%
Sachsen-Anhalt	31.2%	22.0%	11.2%	10.3%	9.2%	7.1%	4.8%	4.1%	16.3%

(1) Baden-Württemberg, Bayern; (2) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland; (3) Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein

Quelle: Berechnungen des Ifl; STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2012b)

Karte 7: Pendlerverflechtungen Sachsen-Anhalt nach Gemeinden 2011



Quelle: Berechnungen des Ifl

Quantitativ bedeutender als die Pendlerströme in andere Bundesländer ist das tägliche Pendeln zum Arbeitsplatz innerhalb von Sachsen-Anhalt. Die Mehrzahl der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter lebt nicht in der Gemeinde, in der sie arbeiten. Die wichtigsten Pendelziele sind die Oberzentren, die alle-

samt einen positiven Pendlersaldo aufweisen, während aus den Landkreisen mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus- als einpendeln (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2012b). In Karte 7 sind die Pendlereinzugsbereiche der Ober- und Mittelzentren sowie die lokalen Beschäftigungszentren dargestellt.

Bei den Pendlerverflechtungsräumen der Oberzentren unterscheiden wir drei Typen:

- Kern des Verflechtungsraums: Das Oberzentrum selbst und Gemeinden, aus denen mehr als 40 Prozent der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ins Oberzentrum pendeln;
- Innerer Verflechtungsraum: Gemeinden, aus denen zwischen 25 Prozent und 40 Prozent der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ins Oberzentrum pendeln;
- Äußerer Verflechtungsraum: Gemeinden, aus denen zwischen 5 Prozent und 25 Prozent der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ins Oberzentrum pendeln.

In Bernburg (Saale) überlappen sich die Einzugsbereiche der drei Oberzentren. Ansonsten sind insbesondere die Einzugsbereiche von Halle (Saale) und Magdeburg klar definiert (Karte 7). Den flächenmäßig größten Pendlereinzugsbereich hat die Landeshauptstadt Magdeburg, was teilweise auch darauf zurückzuführen ist, dass die Entfernung zu den konkurrierenden Oberzentren Brandenburg an der Havel, Braunschweig und Wolfsburg relativ groß ist, während sich die Einzugsgebiete von Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Leipzig stark überlagern. Im Pendlereinzugsbereich von Halle fallen außerdem die „Außenposten“ auf, die außerhalb des zusammenhängenden Einzugsgebiets liegen. Dabei handelt es sich um die Mittelzentren Lutherstadt Wittenberg und Naumburg (Saale), von denen aus direkte ICE-Verbindungen nach Halle (Saale) bestehen.

Neben den sachsen-anhaltischen Oberzentren sind Braunschweig, Leipzig und Wolfsburg wichtige Zielorte für Pendler. Das Einzugsgebiet von Wolfsburg reicht bis weit nach Sachsen-Anhalt hinein, insbesondere im Altmarkkreis Salzwedel. Pendlerverflechtungen nach Leipzig bestehen in den Gemeinden entlang der Grenze zu Sachsen von Zeitz im Süden über Teutschenthal im Westen bis Kemberg im Nordosten. Der Pendlereinzugsbereich von Braunschweig

reicht bis in den westlichen Börde- und den nördlichen Harzkreis. Von den genannten Städten abgesehen spielen Oberzentren in benachbarten Bundesländern als Arbeitsorte für die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter nur eine untergeordnete Rolle. So reicht der Einzugsbereich von Brandenburg an der Havel bis in den Raum Genthin und der von Gera bis in den Raum Zeitz. Jena und Salzgitter sind nur sehr lokal als Arbeitsmärkte von Bedeutung. Die nördliche Altmark und der Harz sowie Teile des Burgenlandkreises und des Kreises Wittenberg liegen außerhalb der Einzugsbereiche der umliegenden Oberzentren. Die periphere Lage ist eine Erklärung für die starke Abwanderung junger Erwachsener, insbesondere junger Frauen, aus zahlreichen Gemeinden in diesen Regionen. Für gut qualifizierte junge Frauen sind fehlende Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich ein wichtiger Wegzugsgrund. Solche Arbeitsplätze sind vor allem in den Oberzentren, in geringerem Maß auch in den Mittelzentren zu finden. Der westliche Teil der Altmark liegt zwar im Einzugsbereich des Oberzentrums Wolfsburg, das allerdings angesichts der großen Bedeutung des produzierenden Gewerbes auch ein tendenziell „männerorientierter“ Arbeitsmarkt ist.

Bei der Abgrenzung der Pendlereinzugsbereiche der Mittel- und Grundzentren sowie der nicht Zentralen Orte wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit ein Schwellenwert von 25 Prozent wie beim inneren Verflechtungsraum der Oberzentren zugrunde gelegt. Mit dieser Definition lassen sich die Pendlereinzugsbereiche der Mittelzentren überschneidungsfrei abgrenzen. Die Zentralität der Mittelzentren als Arbeitsort beschränkt sich in der Regel auf die Landkreise in denen sie liegen. Ein Kreisgrenzen überschreitendes Einzugsgebiet hat allein Aschersleben. Ein weiterer Sonderfall ist Zerbst (Anhalt) als einziges Mittelzentrum ohne Pendlerverflechtungsraum. Die Mittelzentren sind nicht nur wichtige Arbeitsorte für die Bewohner der umliegenden Gemeinden, sondern – abgesehen von Merseburg – auch lokale Beschäftigungszentren, das heißt mindestens 40 Prozent, in den meisten Fällen sogar eine klare Mehrheit, der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet vor Ort. Im Gegensatz zu den Oberzentren ist die Pendlerbilanz allerdings nicht für alle Mittelzentren positiv. Mittelzentren, die im Einflussbereich eines oder mehrerer Oberzentren liegen, wie etwa Schönebeck (Elbe), Weißenfels oder Zerbst (Anhalt), haben einen negativen Pendlersaldo.

Die Mittelzentren der benachbarten Bundesländer spielen als Arbeitsort für die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter nur eine Nebenrolle. In der hier verwendeten Abgrenzung der mittelzentralen Einpendlerbereiche reicht lediglich der Einzugsbereich von Helmstedt und Rathenow nach Sachsen-Anhalt hinein.

Die Pendlerverflechtungen zwischen Nordhausen (Mittelzentrum mit oberzentralen Teilfunktionen) und dem westlichen Teil des Kreises Mansfeld-Südharz sind erstaunlich schwach, obwohl die Gemeinde Südharz und die Verbandsgemeinde Goldene Aue direkt an Nordhausen angrenzen. Auch die Mittelzentren Goslar und Bad Harzburg haben trotz räumlicher Nähe als Arbeitsort für die Bewohner der Gemeinden Ilsenburg, Nordharz und Osterwieck nur eine untergeordnete Bedeutung.

Neben den Ober- und Mittelzentren haben auch einige Grundzentren, beispielsweise Genthin und Hettstedt, und nicht Zentrale Orte ein – räumlich zu meist begrenztes – Pendlereinzugsgebiet. Das Gros der in Gardelegen, Harzgerode, Seeland und Thale wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet auch vor Ort. Die Bedeutung der genannten Städte als Arbeitsort für ihr Umland ist jedoch gering. Außerdem gibt es auch noch kleinere Gemeinden mit einem Einpendlerüberschuss, die aber nicht als lokale Beschäftigungszentren eingestuft werden können. Es handelt sich dabei häufig um Gemeinden mit einem größeren Arbeitgeber, der aufgrund der Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten den lokalen Arbeitsmarkt nicht dominiert, aber zahlreiche Arbeitnehmer aus den Nachbargemeinden anzieht.

1.5 Gemeinden mit besonderen demografischen Entwicklungs- und Strukturschwächen

Wie bereits dargestellt sind die bedeutendsten demografischen Problemlagen in Sachsen-Anhalt der Bevölkerungsrückgang, die geschlechtsselektive Abwanderung junger Menschen, die zu lokalen „Männerüberschüssen“ führt, sowie die Überalterung. Nicht alle Gemeinden im Land sind von diesen Problemlagen gleichermaßen betroffen. In Karte 8 ist dargestellt, in welchen Kommunen die genannten vier Problemlagen besonders drückend sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Sachsen-Anhalt insgesamt im bundesweiten Vergleich in besonderem Maße von Abwanderung, Schrumpfung, Überalterung und Vermännlichung betroffen ist. Das bedeutet, dass die in der Karte gelb dargestellten Gemeinden nur im sachsen-anhaltischen Vergleich relativ gut dastehen. Im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern würde sich die demografische Entwicklung auch in den meisten dieser Städte und Gemeinden ausgesprochen ungünstig darstellen.

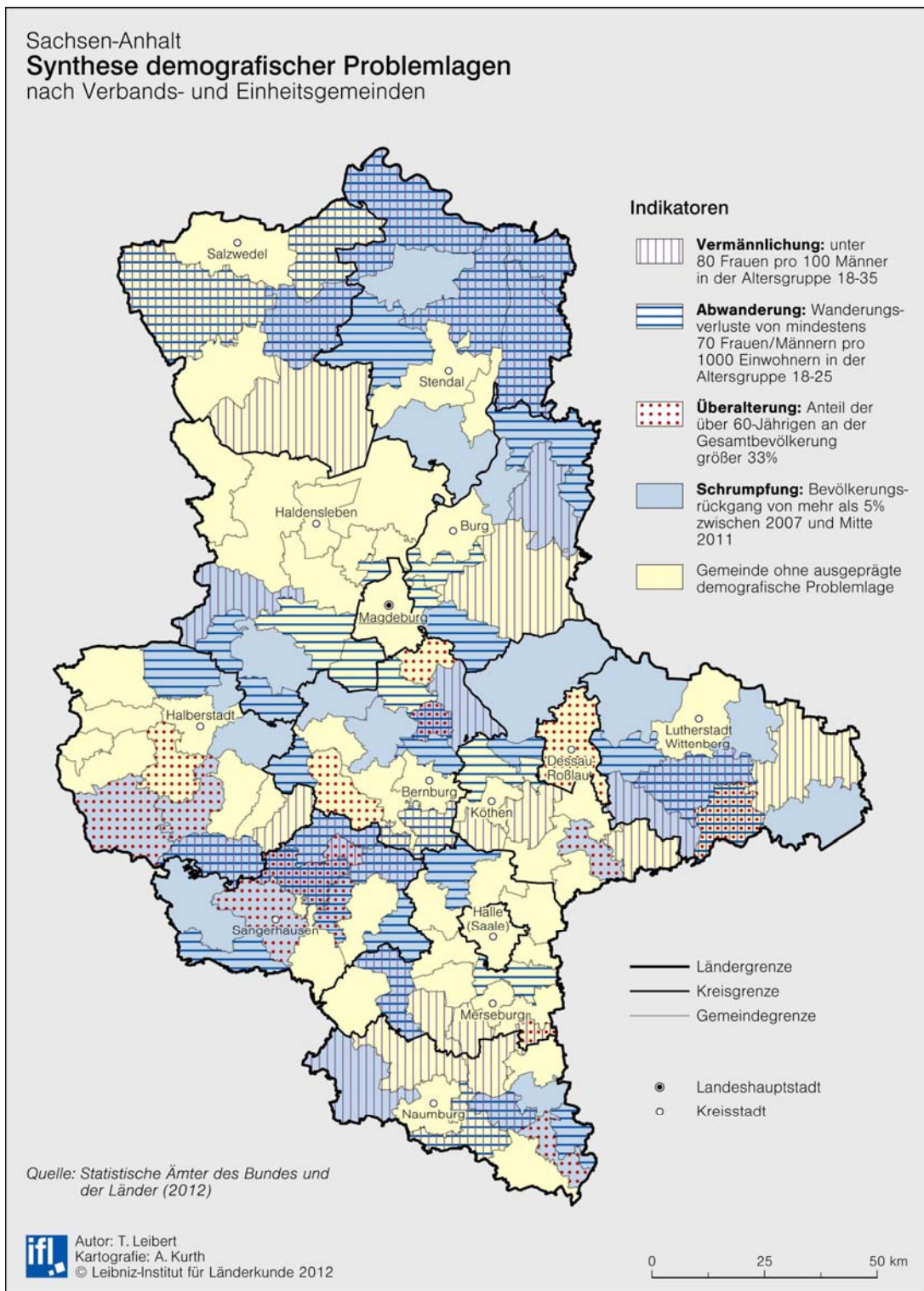
Tendenziell sind die Ober- und Mittelzentren in geringerem Maß von Abwanderung, Schrumpfung, Überalterung und Vermännlichung betroffen als die übrigen Städte und Gemeinden. Der Großteil dieser Städte fällt in die Kategorie „ohne

ausgeprägte demografische Problemlage“. Bei anderen fällt nur eine der Problemlagen besonders ins Gewicht:

- Schrumpfung in Oschersleben (Bode), Staßfurt und Zerbst (Anhalt),
- Überalterung in Aschersleben, Dessau-Roßlau und Schönebeck (Elbe),
- Vermännlichung in Weißenfels.

Lediglich in Bitterfeld-Wolfen, Sangerhausen und Zeitz addieren sich zwei Problemlagen: Schrumpfung und Überalterung.

Karte 8: Synthese demografischer Problemlagen nach Verbands- und Einheitsgemeinden



Quelle: Berechnungen des Ifl

Ungünstiger ist die Situation in den Grundzentren, die – abgesehen von Klötze, Querfurt und Wolmirstedt – alle von mindestens einer Problemlage besonders betroffen sind:

- Abwanderung in Havelberg und Wanzleben-Börde;
- Schrumpfung in Genthin, Gräfenhainichen, Havelberg, Hettstedt, Hohenmölsen und Osterburg (Altmark);
- Überalterung in Blankenburg (Harz) und Hettstedt;
- Vermännlichung in Gardelegen, Genthin, Gräfenhainichen, Havelberg, Hettstedt und Jessen (Elster).

Eine Kombination von Vermännlichung und Abwanderung junger Erwachsener, häufig in Kombination mit überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgängen, ist insbesondere für die nördliche Altmark und das Mansfelder Land charakteristisch. Als besonders überalterte Region fällt der Süden des Landkreises Harz auf. Ganz besonders ungünstig ist die lokale demografische Situation in Calbe (Saale) und Mansfeld. Diese beiden Städte sind von allen vier Problemlagen besonders betroffen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass insgesamt die Neuen Bundesländer in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen sind. Allerdings sind in zahlreichen Kreisen, Städten und Gemeinden in Westdeutschland in den letzten Jahren ebenfalls deutlichere Schrumpfungs- und Alterungstrends festzustellen, das Ausmaß und die Dynamik dieser Teilprozesse des demografischen Wandels in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen-Anhalt sind deutlich größer als in den Alten Ländern. Im Gegensatz dazu ist die Internationalisierung der Bevölkerung vorrangig ein westdeutsches Phänomen, vor allem im Vergleich zu Sachsen-Anhalt, wo der Ausländeranteil im bundesweiten Vergleich am niedrigsten ist.

2 Instrumente zur Gestaltung des demografischen Wandels

Der demografische Wandel ist ein äußerst komplexes und dynamisches Problemfeld mit tiefgreifenden Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat den demografischen Wandel als eines der zentralen mittelfristigen Handlungsfelder benannt. Möglichst exaktes Wissen um die grundsätzlichen Prozessverläufe und ihre sektorale und räumliche Differenzierung sind unabdingbare Grundlage zur Entwicklung angemessener Steuerungsmaßnahmen seitens der Politik.

In Umsetzung des Handlungskonzeptes wurden die demografische Entwicklung und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen mit vielen gesellschaftlichen Akteuren und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in zahlreichen Veranstaltungen, Workshops und Arbeitsgruppen diskutiert. Gleichzeitig wurden auch unterstützende Gremien zur Gestaltung des demografischen Wandels gegründet.

2.1 Die Stabsstelle für Demografische Entwicklungen und Prognosen

Bereits ab Mitte der 1990er Jahre erlangte die Aufgabenstellung der systematischen Befassung mit den Fragen des demografischen Wandels mit der Vorlage der ersten regionalisierten Bevölkerungsprognose eine gewisse Bedeutung innerhalb der Landesregierung Sachsen-Anhalt.

Federführend bei dieser und allen weiteren Bevölkerungsprognosen für Sachsen-Anhalt war der Bereich Raumbewertung. Im April 2009 wurde das Referat „Raumbewertung, Prognosen, Sicherung der Raumordnung“ aus der Abteilung Landesentwicklung, Städtebau, Wohnungswesen herausgelöst und eine neue Stabsstelle „Demografische Entwicklung und Prognosen“ geschaffen, die direkt dem Staatssekretär unterstellt ist. Seit Herbst 2012 bearbeitet die Stabsstelle Demografischer Wandel und Prognosen ausschließlich das Thema Demografie. Damit wird der politische Stellenwert dieser Aufgabe unterstrichen und organisatorisch sichtbar. Die Stabsstelle ist jedoch seit 2003 nicht nur mit der Vorlage und Ressortabstimmung der Bevölkerungsprognosen befasst, sondern durch die Landesregierung aufgefordert, für die Politik der Landesregierung Sachsen-Anhalt relevante Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der

Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung zu ziehen und in die Ressortabstimmung einzubringen. Als Instrument der Koordinierung steht der Stabsstelle ein Interministerieller Arbeitskreis „Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen“ (IMA ROLF) zur Verfügung. Darin sind alle Ressorts sowie die Staatskanzlei Mitglied. Die Federführung liegt beim Leiter der Stabsstelle. Die umfangreichen Rechenoperationen werden durch das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt durchgeführt. Schlussendlich wird die jeweilige Prognose von der Landesregierung für die gesamte Landesverwaltung für verbindlich erklärt.

Aufgrund der Komplexität und Vielzahl demografierelevanter Themenfelder wurden mit Beginn der Legislaturperiode ausgewählte Schwerpunktthemen in der Staatskanzlei und im Ministerium für Arbeit und Soziales verankert. So wird das Thema Fachkräftesicherung seitens der Staatskanzlei und die Politikfelder Gesundheit, Soziales und Familie im Hinblick auf die demografische Entwicklung im Ministerium für Arbeit und Soziales bearbeitet. Unterstützend wirken hier der Fachkräftesicherungspakt bzw. die Demografiewerkstätten, die in nachstehenden Kapiteln näher erläutert werden.

2.2 Der Demografie-Beirat Sachsen-Anhalt

Im März 2010 wurde durch den Minister für Landesentwicklung und Verkehr ein Beirat für Demografie mit 21 Personen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gegründet. Der Beirat unterstützt die Landesregierung bei allen relevanten politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen des demografischen Wandels. Insbesondere zu aktuellen Entwicklungen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten – auch auf Bundesebene – ist die Meinungsbildung dieses unabhängigen, beratenden Gremiums ein wichtiger Bestandteil der Demografie-Politik in Sachsen-Anhalt geworden. Auf der Grundlage des Handlungskonzeptes für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt 2010“ hat der Beirat zahlreiche Themen bearbeitet und Vorschläge eingebracht.

Auf Vorschlag des Beirates wurde das Thema **Flexibilisierung von Standards** aufgegriffen. Am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wurde das Thema diskutiert und als Vorschlag für eine Neuregelung in die Koalitionsverhandlungen im Jahr 2011 eingebracht. Unter dem Blick einer abnehmenden Bevölkerungszahl sind insbesondere zur Sicherung der Daseinsvorsorge Überprüfungen von Standards erforderlich. Immer dort, wo Standards aus demografischer Sicht zu einem Nachteil für eine Region führen, sollten flexible,

alternative Lösungen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen möglich sein. Vorschriften sollten Ziele definieren, aber den Verantwortlichen vor Ort Spielräume lassen, wie sie das Ziel erreichen wollen.

Ein weiterer Vorschlag des Beirates war die Prüfung der Möglichkeit, inwieweit bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst auch **Leistungen aus der familiären Arbeit** bei der Beurteilung der Eignung und Befähigung berücksichtigt werden können. Nach Prüfung des Vorschlages, ist eine Bevorzugung von Müttern und Vätern in Stellenausschreibungen nur möglich, wenn diese nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Ähnlich ist dies bei der Berücksichtigung von Fähigkeiten und Erfahrungen aus der familiären oder sozialen Arbeit. Soweit diese spezifischen Erfahrungen für die zu übertragende Aufgabe von Bedeutung sind, kann eine entsprechende Formulierung in der Ausschreibung Anwendung finden.

Ein weiterer Vorschlag, der umgesetzt wurde und täglich wieder auf dem Prüfstand steht, ist die sachgerechte und jugendgerechte Aufbereitung des Themas Demografie über ein entsprechendes **Internetportal**. Dazu wurde Ende 2010 begonnen, das Portal www.demografie.sachsen-anhalt.de bürger- und nutzerfreundlich aufzubauen. Neben der Darstellung von Strategien, Projekten und aktuellen Vorhaben wurde zur Information über aktuelle Zahlen und Daten zur Bevölkerungsentwicklung der Regionalkompass Sachsen-Anhalt entwickelt. Das Raumbewertungssystem „RABE“ und der „Strukturkompass“ des Landes bilden die Grundlage für den „Regionalkompass Sachsen-Anhalt“. Parallel dazu wurde mit der Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) an der Integration des Themas Demografie in das Jugendportal www.das-hier-sind-wir (DHSW) gearbeitet. Das DHSW-Portal war in den Jahren 2009 und 2010 wesentlicher Bestandteil der Kommunikationsstrategie im Rahmen der Landeskampagne und sollte mit dazu beitragen, junge Menschen über Land, Leute und crossmediale Angebote in Sachsen-Anhalt zu informieren.

Der Demografie-Beirat hat sich darüber hinaus mit vielen weiteren Fragestellungen befasst und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wertvolle Empfehlungen und Hinweise gegeben. Eine dieser Empfehlungen war es, zur Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels eine Demografie-Allianz zu gründen, die möglichst viele gesellschaftliche Akteure unter der Federführung der Landesregierung bei der Gestaltung des Wandels mitnimmt.

2.3 Die Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt steht wie kein anderes Bundesland inmitten eines demografischen Umbruchs. Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung werden auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten voraussichtlich noch anhalten. Vor diesem Hintergrund steht Sachsen-Anhalt vor einer historisch beispiellosen Herausforderung, die nur erfolgreich bewältigt werden kann, wenn möglichst viele gesellschaftliche Kräfte an der positiven Gestaltung dieses Wandels mitwirken. Dazu wurden eine Vielzahl landesweiter Behörden, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Kirchen und wichtigen Institutionen angeschrieben, um sie für eine aktive Mitwirkung an der Umsetzung des Handlungskonzepts der Landesregierung und für weitere Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

Auf der Gründungsveranstaltung am 29. September 2011 haben sich 55 Partner mit ihrer Unterschrift für eine Mitarbeit in der Demografie-Allianz entschieden. Im gemeinsamen Gründungspapier einigten sich die Allianzpartner darauf, den demografischen Wandel gemeinsam aktiv zu gestalten, gute Rahmenbedingungen für Kinder zu schaffen, an einer Willkommenskultur mitzuarbeiten und die Potenziale und Lebensentwürfe älterer Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Mittlerweile sind 69 Mitglieder in der Demografie-Allianz vertreten. Über ihr demografie-sensibles Wirken in ihrem Verantwortungsbereich sowie die Initiierung und Umsetzung von Projekten wird regelmäßig in dem neuen Newsletter „DEMOGRAF“ berichtet, der quartalsmäßig durch die Stabsstelle Demografie herausgegeben wird.

Um sich regelmäßig über demografie-relevante Projekte und Aktivitäten auszutauschen, findet jährlich eine Veranstaltung der Demografie-Allianz statt. Im Juni 2012 wurde die Jahresveranstaltung erstmalig in Magdeburg durchgeführt und über wesentliche Projekte berichtet und diskutiert. Auf der Demografie-Plattform www.demografie-sachsen-anhalt.de steht allen Akteuren die Möglichkeit zur Verfügung, ihre Projekte als gute Beispiele zu veröffentlichen.

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessenlagen wurden innerhalb der Allianz drei Arbeitsgruppen zu den Themen

- Wohnen und Daseinsvorsorge,
- Familie und Werte sowie
- Wirtschaft, Arbeit und Bildung

ins Leben gerufen. Innerhalb der Arbeitsgruppen wurden u. a. Themen angesprochen, wo Änderungs- und Unterstützungsbedarf seitens der Landesregierung gesehen wird.

So fand die öffentliche Debatte um die Neufassung des Finanzausgleichgesetzes (FAG) auch in der Demografie-Allianz ihren Widerhall.

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum ist von starken Verlusten und Überalterung gekennzeichnet. Um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen unter diesen Vorzeichen im ländlichen Raum weiter zu gewährleisten, ist die Sicherung der Daseinsvorsorge in allen Teilräumen Sachsen-Anhalts Ziel der Landesentwicklung. Gerade im ländlichen Raum sind die Aufwendungen für den Erhalt der Lebensqualität mit höheren Kosten verbunden als im städtischen Raum. Eine finanzielle Schwächung des ländlichen Raums könnte den Trend der Abwanderung noch weiter verstärken. Die Einführung eines Demografiefaktors bzw. eine demografie-sensible Bewertung im Rahmen des FAG darf nicht zum Nachteil für die Entwicklung des ländlichen Raums führen. Eine Mehrheit der an der Diskussion beteiligten Allianz-Partner positionierten sich für die Stärkung des ländlichen Raums.

Unterstützung bei der Erstellung gemeindlicher Entwicklungskonzepte

Vom Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt - als Mitglied der Demografie-Allianz - wurde die Bitte an das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt herangetragen, die Gemeinden bei der Entwicklung eines Leitbildes für eine nachhaltige Kommunalpolitik aktiv zu unterstützen. Schwerpunkte der Unterstützung sind vor allem,

- den Städten, Gemeinden und Verbandsgemeinden eine Orientierung für die Herausforderungen der Zukunft zu geben,
- Handlungsfelder zu beschreiben, auf denen in den nächsten Jahren wichtige kommunalpolitische Weichenstellungen erforderlich sind, und
- Wege aufzuzeigen, wie die kommunale Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der rückläufigen Finanzzuweisungen erhalten werden kann.

Als Fundament eines funktionierenden Gemeinwesens hängt die Leistungsfähigkeit nicht nur von ihrer Struktur und Standortqualität, sondern vor allem vom

Miteinander der Akteure ab. Mit der Gebietsreform, die mit Wirkung zum 1. Januar 2011 abgeschlossen wurde, hat Sachsen-Anhalt mit 219 Gemeinden² leistungsfähige Strukturen geschaffen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben dauerhaft und sachgerecht, effizient und in hoher Qualität zu erfüllen. Die neu gebildeten Städte müssen sich nun auch Fragen der ländlichen Entwicklung stellen. Dazu sind Gemeinde- bzw. Stadtentwicklungskonzepte notwendig, die neben dem demografischen Wandel nicht nur Infrastrukturen, Klimawandel und andere gesellschaftspolitische Trendthemen in den Blick nehmen, sondern auch veränderte Lebensstile und Wertevorstellungen ihrer Einwohner berücksichtigen. Auch gemeindeübergreifende Kooperationen können dazu beitragen, ländliche Räume, aber auch Stadtteile unter den Bedingungen von Schrumpfung und Alterung funktionsfähig zu gestalten. Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr unterstützt in Abstimmung mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Modellgemeinden bei der Erstellung gemeindlicher Entwicklungskonzepte, um herauszuarbeiten, wie in den neuen politischen Strukturen die aktuellen Herausforderungen effektiv gelöst werden können. Die Förderung erfolgt für die Städte Gardelegen, Hettstedt und Bitterfeld-Wolfen aus der „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels“ über das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr. Für weitere sieben Gemeinden (Mansfelder Grund-Helbra, Hohe Börde, Wethautal, Kemberg, Osterwieck, Nienburg (Saale) und Möckern) erfolgt die Förderung über die „Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt“ (Technische Hilfe ELER) aus dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Eine ressortsübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages sorgt für die Koordinierung des Modellprojektes.

Am Beispiel der Stadt Gardelegen werden die Besonderheiten in Sachsen-Anhalt deutlich. Seit der Eingliederung von 18 ehemals selbständigen Gemeinden zum 1. Januar 2011 ist Gardelegen die flächenmäßig drittgrößte Stadt in Deutschland. Sie besteht aus insgesamt 49 Ortsteilen plus die Stadt Gardelegen mit einer Fläche von 632 km² und einer Bevölkerungsdichte von 37 Einwohner/km². Von den 23.628 Einwohnern wohnen 10.000 im alten Stadtkern. Mit dem Schwerpunkt Demografie bestehen mit den Entwicklungskonzepten der Gemeinde Hohe Börde und der Stadt Bismark, die unter Beteiligung ihrer Einwohner bereits entwickelt wurden, erste gute Vorarbeiten.

Je nach thematischer Betroffenheit bei der Aufstellung der gemeindlichen Entwicklungskonzepte wird den Akteuren in den Gemeinden Hilfe über die Mitglie-

² Mit Urteil des Landesverfassungsgerichtes vom 19.2.2013 bestehen derzeit 222 Gemeinden

der Demografie-Allianz angeboten. Mit einer rechtzeitigen und fachlichen Einbindung in den Prozess der Aufstellung gemeindlicher und regionaler Entwicklungskonzepte, ist eine demografiefeste, integrierte und nachhaltige Infrastruktur- und Regionalentwicklung möglich.

Nutzungsgebühren für Sportstätten

Verschiedene Gemeinden sind an den Landkreistag als Mitglied der Demografie-Allianz herangetreten, um Hilfe für die Erhebung von Nutzungsgebühren bei kommunalen Sportstätten zu ermöglichen. Im Gesetzentwurf des neuen Sportfördergesetzes ist in § 12 geregelt, dass die Überlassung von Sportstätten unentgeltlich erfolgen soll, eine angemessene Beteiligung an den Betriebskosten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen jedoch erfolgen kann.

Im zum 1.1.2013 in Kraft getretenen Sportfördergesetz (SportFG) ist im § 12 die Sportstättennutzung neu geregelt. Demnach sind gemeinnützigen Sportorganisationen, die nicht auf Gewinnerzielung gerichtet sind, die Sportstätten grundsätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Überlassung soll unentgeltlich erfolgen. Weiterhin kann eine angemessene Beteiligung an den Betriebskosten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen.

Neu im Vergleich zur Sportstättensicherungsverordnung ist hierbei § 12 Abs. 1 Satz 3 SportFG.

Danach eröffnet dieser die Erhebung von Gebühren für anfallende Betriebskosten. Die von den Kommunen an den Landkreistag gerichtete Bitte um Hilfe zielt in Richtung der Streichung des § 12 SportFG ab. Der Gesetzgeber hat sich der Thematik gerade aktuell durch die o. g. Öffnung für eine Gebührenerhebung bei anfallenden Betriebskosten angenommen und für einen Ausgleich der Interessen der Kommunen und der Sportvereine gesorgt, indem er weiterhin Nutzungsgebühren ausschließt, aber die Erhebung von Betriebskosten begründet und somit zu einem Teil den organisierten Sport an den Kosten der Bereitstellung von Sportstätten beteiligt.

Im Zuge einer flexibleren Handhabung von Standards und Verwaltungsvorschriften sollte den Gemeinden – so der Landkreistag - in ihrer Selbstverwaltungsaufgabe überlassen bleiben, ob ein Nutzungsentgelt erhoben wird. Dies stärkt auch eine zukunftsorientierte kommunale Sportstättenentwicklungsplanung, wie sie u. a. im Handlungskonzept für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik“ festgeschrieben ist. Im Regelfall fließen die Einnahmen den Vereinen, die

die Sportstätten nutzen, wieder zu. Zu dieser Problematik hat die Meinungsbildung in der Demografie-Allianz erst begonnen.

Darüber hinaus wird das Thema Flexibilisierung von Standards von der Martin-Luther-Universität in Halle im Rahmen des Sonderforschungsprogrammes Demografie wissenschaftlich untersucht. Die Ergebnisse werden in die weitere Meinungsbildung einfließen.

2.4 Die Expertenplattform Demografischer Wandel

Sachsen-Anhalt ist zwar von den Auswirkungen der demografischen Veränderungen das am stärksten betroffene Bundesland, verfügt aber über keine wissenschaftliche Einrichtung im Land, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Im Jahr 2009 hat das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg in Abstimmung mit dem Kultusministerium und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr die „Expertenplattform Demografischer Wandel“ ins Leben gerufen. Sie setzt sich aus Vertretern unterschiedlicher Disziplinen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes mit Bezug zu demografischen Prozessen zusammen. Deren Lenkungsgruppe koordiniert die interdisziplinäre Zusammenarbeit von etwa 30 Wissenschaftlern, die 17 Forschungsprojekte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes bearbeiten. Für die Forschungsprojekte wurden im Rahmen des Programms „Förderung von Forschungsprojekten außerhalb von Forschungsschwerpunkten“ Fördermittel für die Jahre 2009 bis 2013 zur Verfügung gestellt. Gefördert werden Forschungsprojekte zur demografischen Entwicklung und den damit verbundenen sozialen, ökonomischen, politischen und sonstigen Herausforderungen. Diese Projekte befassen sich jeweils mit unterschiedlichen Problemstellungen des demografischen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen und Handlungsoptionen. Behandelt werden u. a. die Themen nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturanpassung, regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Bildungs- und Qualifizierungsstrategien sowie familienfreundliche und alternssensible Wohn- und Lebensbedingungen. Ausgewählte Fallstudien sind in der Publikation „Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe“ veröffentlicht worden. Die Publikation kann auch auf den Seiten des WZW Wissenschaftszentrums Sachsen-Anhalts Lutherstadt Wittenberg unter www.wzw-lsa.de in der Rubrik „Demographischer Wandel“ heruntergeladen werden.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen machen den demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt zu einem privilegierten Gegenstand ihrer Forschung und schließen sich an den überregionalen und internationalen Wissenskreislauf an.

In Umsetzung des Handlungskonzeptes für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt 2010“ fanden mehrere Transferworkshops statt, auf denen die bisherigen Ergebnisse aus den Forschungsprojekten vorgestellt und diskutiert wurden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in die Fortschreibung des Handlungskonzeptes einfließen.

Seit der Gründung der Expertenplattform wurde die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung im Bereich des demografischen Wandels intensiviert. In regelmäßigen Abständen finden Lenkungsgruppensitzungen statt, an denen auch die Teilnahme von Vertretern des Demografiebeirates möglich ist. Auf der anderen Seite ist die Expertenplattform im Demografiebeirat und in der Demografie-Allianz vertreten. In der Jahresveranstaltung 2012 der Demografie-Allianz ist eine gemeinsame Projektbörse zum Austausch zwischen den Projekten aus Wissenschaft und Praxis sowie die Vergabe eines Demografiepreises angeregt worden.

2.5 Die Allianz ländlicher Raum

Ein Schwerpunkt der Gestaltungsaufgabe demografischer Wandel liegt auf der Gestaltung und Entwicklung des ländlichen Raums. Dort ist es besonders dringlich, mit innovativen und tragfähigen Lösungen den Folgen einer abnehmenden und älter werdenden Gesellschaft zu begegnen. Als Beratungs- und Ideenbündelungsgremium mit sektorübergreifendem Ansatz wurde im Jahr 2005 die Allianz ländlicher Raum (ALR) geschaffen. Ziel der Allianz ist, den ländlichen Raum als Wirtschafts-, Arbeits-, Lebens-, Kultur- und Sozialraum sowie als ökologischen Ausgleichsraum zu stärken und zu entwickeln. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Unterstützung der Gemeinden und der Akteure vor Ort. Angesichts knapper werdender Finanzmittel müssen spezielle regionale Lösungen gefunden werden, die den Besonderheiten in jeder Region Rechnung tragen. Hier leistet die Allianz ländlicher Raum einen erheblichen Beitrag. Auch durch die Etablierung der „Arbeitsgemeinschaften Ländlicher Raum“ in den Jahren 2011 und 2012 in den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten wurde die Einbindung der regionalen Akteure in die Fragestellungen des ländlichen Raums verstärkt. Sie tragen vor allem dazu bei, die finanziellen Mittel noch effizienter und nachhaltiger einzusetzen und die Ämter für Landwirtschaft und Flurneuordnung in allen Fragen der ländlichen Entwicklung zu beraten. Eine weitere Aufgabe besteht darin, je nach Verfügbarkeit nicht Leader gebundener Mittel maßnahmebezogen konkrete Projekte vorzuschlagen. Die beratende Tätigkeit bezieht sich sowohl auf das Vorfeld einer Bewilligung als auch auf den Zeitraum nach der Durchführung eines Projektes. Damit erhalten die Kommu-

nen ein stärkeres Gewicht bei der Gestaltung ihrer Region und das kommunale Element wird zusätzlich durch die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften gestärkt.

2.6 Der Fachkräftesicherungspakt

Am 24. Juni 2010 konnte auf Initiative des damaligen Ministers für Wirtschaft und Arbeit und heutigen Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff der Fachkräftesicherungspakt unterzeichnet werden.³ Der Pakt stellt die abgestimmte Strategie der beteiligten Akteure zur Fachkräftesicherung im Land Sachsen-Anhalt dar.

Nach mehr als zwei Jahren der Zusammenarbeit gilt es, das bisher Erreichte herauszustellen und einen Ausblick für die zukünftige Arbeit des Pakts zu geben. Nachdem zunächst zentrale Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung kurz herausgestellt werden und daran anschließend eine knappe Darstellung der Mitglieder sowie der Ziele, Grundsätze und der Arbeitsstruktur erfolgt, werden im Abschnitt 2.6.3. bisher erzielte Aktivitäten und Ergebnisse im Rahmen des Fachkräftesicherungspakts zusammengefasst, bevor im Abschnitt 2.6.4 auf zukünftige Herausforderungen eingegangen und ein Fazit gezogen wird.

2.6.1 Rahmenbedingungen

Dem Fachkräftesicherungspakt ist eine detaillierte „Analyse der Fachkräftesituation im Land Sachsen-Anhalt und (ein) Ausblick bis zum Jahr 2016“ vorausgegangen.⁴ Zentrale Befunde für die gegenwärtige Fachkräftesicherung und die zukünftigen (demografischen) Herausforderungen sind:

- Die Besetzung offener Stellen durch die Wirtschaft ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. So konnte im ersten Halbjahr 2011 fast jeder vierte (24 Prozent) der für Fachkräfte angebotenen Arbeitsplätze nicht besetzt werden (2005: 5 Prozent). Besetzungsprobleme nehmen tendenziell zu, je höher die erforderliche Qualifikation ist und je kleiner die Unternehmen sind.⁵

³ Das Pakt-Dokument ist im Fachkräfteportal des Landes Sachsen-Anhalt abrufbar <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=54916>.

⁴ Die „Analyse der Fachkräftesituation im Land Sachsen-Anhalt und Ausblick bis zum Jahr 2016“ des damaligen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit ist im Fachkräfteportal des Landes Sachsen-Anhalt unter <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=54916> abrufbar.

⁵ Vgl. hierzu SÖSTRA (2012): IAB-Betriebspanel Sachsen-Anhalt. Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, Kapitel 4; zu finden unter <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=30049#c116326>.

- Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Besetzung offener Ausbildungsplätze: In fast jedem dritten (31 Prozent) Betrieb Sachsen-Anhalts gab es im Jahr 2011 unbesetzte Ausbildungsplätze (2005: 11 Prozent). Der Anteil unbesetzt gebliebener Ausbildungsstellen an allen angebotenen Lehrstellen lag im Jahr 2011 bei 23 Prozent (2005: 6 Prozent).⁶ Eine Erklärung für diese Entwicklung kann in den bereits gegenwärtig halbierten Schulabgangszahlen infolge des demografischen Wandels (Schuljahr 10/11: 14.000, Schuljahr 05/06: 31.500) gesehen werden.
- Dabei sind die Auswirkungen des demografischen Wandels mit Blick auf die Zukunft gegenwärtig noch als moderat einzuschätzen: So belief sich die Zahl der im Land lebenden Personen, die im Jahr 2009 dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung standen – sogenannte Erwerbspersonen – auf 1,25 Mio. Menschen und lag damit um 45.000 bzw. 3,5 Prozent unterhalb des Jahres 2005. Gemäß der Fachkräftestudie wird sich das Erwerbspersonenpotential zwischen 2009 und 2016 voraussichtlich um 155.000 bzw. 13 Prozent reduzieren.
- In Anbetracht der weiterhin relativ hohen und noch nicht (vollständig) genutzten Erwerbspersonenpotentiale im Land – beispielsweise jene der Arbeitslosen, Teilzeitbeschäftigten, Älteren oder Personen, die im Land leben, aber in anderen Bundesländern beschäftigt sind (sogenannte Auspendler) – kann gegenwärtig noch von einer Übergangsphase auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden, das heißt vom Überhang an Fachkräften im Land hin zu Fachkräftengpässen.

Eine wesentliche Gefahr ist in der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt darin zu sehen, dass aufgrund von Besetzungsengpässen die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft leiden kann. Dies könnte zu einer demografisch-ökonomischen Abwärtsspirale⁷ führen, d. h. die durch die Besetzungsprobleme gesunkene Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mündet in einem Arbeitsplatzabbau, dieser verstärkt die Abwanderung von Fachkräften und reduziert die Finanzkraft der privaten Haushalte und deren Nachfrage, was wiederum zu Arbeitsplatzabbau und Abwanderung führt usw.. Um dies zu vermeiden ist die Fachkräftesicherung als eine wichtige gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte im Land Sachsen-Anhalt zu sehen.

⁶ Vgl. hierzu SÖSTRA (2012): IAB-Betriebspanel Sachsen-Anhalt. Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, Kapitel 6.2; zu finden unter <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=30049#c116326>.

⁷ Leibert, T., Lentz, S. (2011): Die demografische Entwicklung Sachsen-Anhalts im europäischen Vergleich 2000 2025, Leipzig; S. 16, 22; siehe auch: http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MBV/News/PDFs/2011_05_25_Abschlussbericht.pdf.

Wichtige Zielstellung ist es also mit Blick auf die Fachkräftesicherung in den nächsten Jahren, Rahmenbedingungen zu verbessern bzw. zu etablieren, unter denen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt zu bewältigen sind. Das bezieht die Erschließung bisher ungenutzter Fachkräftepotentiale im Land wie auch die Etablierung einer demografiefesten Unternehmenspolitik ein. Voraussetzung hierfür ist das frühzeitige „Weichenstellen“ in verschiedenen Bereichen und durch verschiedene Akteure. Diesem Anspruch soll der Fachkräftesicherungspakt Rechnung tragen.

2.6.2 Mitglieder, Ziele, Grundsätze und Arbeitsweise

Mitglieder des Fachkräftesicherungspakts

Um die Auswirkungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt im Land Sachsen-Anhalt wirksam begrenzen zu können, ist die abgestimmte Zusammenarbeit verschiedener Akteure notwendig. Dies betrifft konkret bildungs- oder arbeitsmarktpolitische Bereiche wie auch die Wirtschaft selbst. Ein einzelner Akteur hat in der Regel weder die Weitsicht, alle Konsequenzen des Wandels abzusehen noch die Schlagkraft, entsprechende „Weichenstellungen“ vollumfänglich umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Juni 2010 der Fachkräftesicherungspakt unterzeichnet, dessen Steuerung seit April 2011 in der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt durch den Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff erfolgt. Partner im Fachkräftesicherungspakt sind neben der Staatskanzlei die Ministerien für Wissenschaft und Wirtschaft sowie für Arbeit und Soziales, das Kultusministerium, die Bundesagentur für Arbeit, die gewerblichen Kammern, die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V., der Deutsche Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt, Vertreter der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie der Landesverband der freien Berufe.

Anspruch des Fachkräftesicherungspakts ist es, die wichtigen Akteure für die Setzung von übergeordneten Rahmenbedingungen im Sinne der im Pakt verabschiedeten Ziele wie auch jene zentrale Multiplikatoren auf übergeordneter Ebene im Pakt einzubinden. Dieser Anspruch wird als verwirklicht angesehen.

Ziele des Fachkräftesicherungspakts

Als Orientierung und Richtschnur auf dem gemeinsamen Weg zur Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt haben sich die Unterzeichner des Pakts auf ein gemeinsames Zielsystem und auf einen partnerschaftlichen Umgang bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele verpflichtet. Hierbei wurden für diese gemeinsame Strategie zur Fachkräftesicherung drei Oberziele formuliert, die am Ende des Prozesses erreicht sein sollen:

1. Das Bildungssystem ist leistungsfähig und auf die Bedarfe von Fachkräftenachfrage und –angebot abgestimmt.
2. Das bestehende Erwerbspersonenpotential im Land Sachsen-Anhalt ist erkannt und wird genutzt.
3. Die Wirtschaft hat sich auf den demografischen Wandel gut eingestellt.

Diese übergeordneten Ziele werden durch untergeordnete Zielstellungen weiter konkretisiert, aus denen Handlungsfelder abgeleitet sowie mögliche Akteure, die für die Umsetzung dieser Handlungsfelder wichtig sind, benannt werden.

Der Pakt stellt damit Orientierung und Richtschnur für das eigenverantwortliche Handeln der beteiligten Akteure dar. Er bietet eine Plattform für die Partner, sich über relevante Handlungsbedarfe im Bereich der Fachkräftesicherung zu verständigen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die vielfältigen Aktivitäten im Land in diesem Bereich aufeinander abzustimmen sowie durch ein gegenseitiges Zusammenwirken zu verstärken. Ziel des Fachkräftesicherungspakts ist es demzufolge nicht vordergründig, aktionistisch neue Unterstützungsstrukturen im Land zu etablieren, sondern das – einem roten Faden folgend – koordinierte Handeln der beteiligten Akteure unter Nutzung bestehender Strukturen.

Grundsätze der Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt

Die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt fußt auf folgenden Grundsätzen:

Eigenverantwortung und Selbstverpflichtung der Pakt-Partner

Durch den Beitritt zum Fachkräftesicherungspakt hat sich jeder Pakt-Partner bereit erklärt, durch entsprechend strategische Ausrichtung seiner Politik und der Nutzung des gegebenen Gestaltungsspielraums in diesem Bereich eigenverantwortlich an der Erreichung der verabredeten Ziele mitzuwirken. Die Nutzung der individuellen Erfahrungen, Kompetenzen und (Ein-) Wirkungsräume zur Fachkräftesicherung der einzelnen Partner ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

tor, der durch den Pakt keinesfalls begrenzt sondern strukturiert und durch die Unterstützung anderer Partner verstärkt werden kann und soll.

Kooperation der Pakt-Partner und gegenseitige Verzahnung/ Verstärkungen entsprechender Aktivitäten

Der Pakt bietet eine Plattform zur Kooperation der einzelnen Partner. Dies schließt zum einen den regelmäßigen Austausch über relevante Problemlagen sowie die übergreifende Zusammenarbeit bei der Problemlösung ein. Zum anderen erleichtert er eine sinnvolle Abgrenzung der verschiedenen Unterstützungsangebote. Durch die enge Zusammenarbeit können die ergriffenen Aktivitäten in ihrer Wirkung verstärkt werden, zum Beispiel durch die sinnvolle Verzahnung unterschiedlicher Förderangebote, deren Bündelung oder der Nutzung unterschiedlicher Kommunikationskanäle bei der Außendarstellung.

Langfristigkeit der Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt

Der Pakt ist auf eine langfristige Zusammenarbeit angelegt. Dies ist insofern zwingend, da der demografische Wandel in langer Frist auf den Arbeitsmarkt wirken wird. Auch existiert nicht die eine „Patentlösung“ für die erfolgreiche Gestaltung des Wandels, die es zu finden und umzusetzen gilt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der Wandel ein kontinuierliches „Nachsteuern“ hinsichtlich der ergriffenen bzw. der zu ergreifenden Aktivitäten und Maßnahmen voraussetzt. Die partnerschaftliche Nutzung der unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen der einzelnen Akteure und das strategische und langfristig orientierte Zusammenwirken aller Akteure werden für die Gestaltung des Prozesses als zentral angesehen. Diese Perspektive zielt auf ein langfristiges Weichenstellen. Ebenfalls ermöglicht diese langfristige Perspektive die Festigung und Vertiefung der Kooperationsbeziehungen.

Transparenz, Offenheit und Ergebnisorientierung

Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt setzt gegenseitige Offenheit und Sensibilität für die unterschiedlichen Problemlagen und Erfahrungshintergründe der einzelnen Pakt-Partner voraus. Entscheidungen werden auf Basis ergebnisoffener und -orientierter Diskussionen gefällt. Transparenz hinsichtlich (geplanter) Unterstützungsstrukturen und strategischer Überlegungen der einzelnen Partner erleichtert die Erkennung und Erschließung von Kooperationspotentialen.

Arbeitsstruktur des Fachkräftesicherungspakts

Bei der Arbeit des Fachkräftesicherungspakts ist zwischen der Arbeitsebene und der „Präsidiumsebene“ zu unterscheiden (Tabelle 6).

Tabelle 6: Gegenüberstellung der Arbeits- und Präsidiumsebene im Fachkräftesicherungspakt

	Arbeitsebene	Präsidiumsebene
Gremien:	Koordinierungsgruppe unter Leitung der Staatskanzlei (ab 04/2011; davor Abteilung „Arbeit“ des damaligen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit)	Ab 02/2012: Sachsen-Anhalt-Forum unter Leitung des Ministerpräsidenten (davor: Forum für Wirtschaft und Arbeit unter Leitung des damaligen Ministers für Wirtschaft und Arbeit)
Turnus der Treffen:	4 bis 5 mal jährlich	2 mal jährlich
Aufgaben:	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Umsetzung</i> der Beschlüsse der Präsidiumsebene, - <i>Vorbereitung</i> der Sitzungen der Präsidiumsebene, - <i>Plattform</i> des fachlichen Austauschs, - Ableitung und Erschließung von <i>Kooperationspotentialen</i>, - <i>Abstimmung und Koordination</i> der unterschiedlichen Aktivitäten der Partner, - <i>Begleitung der Umsetzung</i> des Pakts auf Arbeitsebene, - <i>Ergebniskontrolle</i>. 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorgabe strategischer Eckpunkte für die Fachkräftesicherung im Land, - Bewertung der bisher erzielten Ergebnisse, - Herstellung von Öffentlichkeitswirksamkeit, - Strategische Weiterentwicklung des Pakts.

Entscheidend hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsstruktur des Pakts und seiner Grundsätze sind aber letztlich die erzielten Ergebnisse.

2.6.3 Aktivitäten und Ergebnisse im Fachkräftesicherungspakt

Fachkräftesicherungspakt schafft Orientierung und Verbindlichkeit

Durch den Fachkräftesicherungspakt konnte Einvernehmen über zentrale Handlungsfelder im Bereich der Fachkräftesicherung hergestellt werden. Durch den Pakt existiert nunmehr im Land eine transparente Strategie zur Fachkräftesicherung, die auch die fachliche und öffentliche Auseinandersetzung mit dem

Thema strukturiert. Die Pakt-Partner haben sich darüber hinaus verbindlich darauf festgelegt, an der Erreichung der Zielvorgaben im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten eigenverantwortlich mitzuwirken.

Mit dem Pakt wurde damit eine transparente und abgestimmte Arbeitsgrundlage für die Ausrichtung der jeweiligen Politiken sowie der Zusammenarbeit im Bereich der Fachkräftesicherung geschaffen. Mit der Koordinierungsgruppe sowie entsprechender Einbindung des Pakts auf übergeordneter Ebene in das Sachsen-Anhalt-Forum konnten Strukturen etabliert werden, die

- die *Verbindlichkeit* in der Zusammenarbeit und im Zusammenwirken „auf gleicher Augenhöhe“ schaffen;
- die *Transparenz* über die jeweiligen Aktivitäten der Pakt-Partner sowie Ansprechpartner in den beteiligten Institutionen erhöhen;
- akteursübergreifende *Abstimmungs- und Diskussionsprozesse* erleichtern;
- die Erschließung von *Kooperationspotentialen* durch sinnvolles Zusammenwirken aber auch die Abgrenzung jeweiliger Unterstützungsstrukturen befördern;
- eine abgestimmte und breite *Außenwirkung* auf verschiedenen Ebenen begünstigen;
- eine inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung der Arbeit des Fachkräftesicherungspakts ermöglichen.

Damit ist durch den Fachkräftesicherungspakt eine wichtige Voraussetzung für eine wirksame Zusammenarbeit im Bereich der Fachkräftesicherung gelegt worden.

Öffentliche Transparenz sowie Sensibilisierung über Herausforderungen und Aktivitäten als notwendige Voraussetzung für die Fachkräftesicherung

Ein wichtiges Ziel des Fachkräftesicherungspakts ist in der Optimierung von Rahmenbedingungen zu sehen, unter denen betroffene Akteure wie Unternehmen, (potentielle) Fachkräfte oder kommunale Vertreter die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen im Bereich der Fachkräftesicherung bewältigen müssen. Die Eigenverantwortung der betroffenen Akteure bei der Bewältigung der Herausforderungen bleibt davon jedoch unberührt.

Um die Eigenverantwortung frühzeitig zu stärken, zielt der Fachkräftesicherungspakt auf eine bessere Transparenz und Sensibilisierung für die (zukünftigen) Herausforderungen aber auch hinsichtlich bestehender Unterstützungsstrukturen und etwaiger Gestaltungsspielräume im Bereich der Fachkräftesicherung. Insbesondere für die Wirtschaft wird es wichtig sein, sich vorausschauend und nicht erst in der konkreten „Mangelsituation“ auf die Auswirkungen des demografischen Wandels einzustellen. Die frühzeitige Sensibilisierung (potentieller) Fachkräfte für die sich weiter verbessernden Chancen auf den Arbeitsmarkt ist ebenfalls sinnvoll, da diese Information zum Beispiel Einfluss auf Entscheidungen oder Pläne hinsichtlich eines Zu- oder Wegzugs haben kann. Auch kommunale Akteure können durch geeignete und regional ausgerichtete Maßnahmen ihren Beitrag zu der Fachkräftesicherung leisten.

In Tabelle 7 finden sich ausgewählte Aktivitäten zur Sensibilisierung und Erhöhung der Transparenz, die im Rahmen des Fachkräftesicherungspakts umgesetzt werden. Weiterführende Informationen zu den herausgestellten und den einzelnen Pakt-Partnern zugeordneten Aktivitäten finden sich in der Anlage 1.

Tabelle 7: Ausgewählte Aktivitäten im Rahmen des Pakts hinsichtlich Verbesserung von Transparenz und Sensibilisierung für die Herausforderungen im Bereich Fachkräftesicherung

Nr.	Aktivität	Beschreibung
1.	Sensibilisierung von Betroffenen im Rahmen bestehender Strukturen der einzelnen Pakt-Partner	<p>Die Pakt-Partner nutzen ihre Kanäle, um ihrer Multiplikatorenfunktion im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung gerecht zu werden. Das betrifft beispielsweise:</p> <p>Nutzung von Informationskanälen wie Verbandszeitschriften, Newslettern und E-Mail-Verteilern,</p> <p>Direkte Sensibilisierung für die Thematik in stattfindenden Beratungsgesprächen,</p> <p>Öffentlichkeitswirksame Initiativen,</p> <p>Beantwortung von (schriftlichen) Anfragen oder Anliegen,</p> <p>Interne Schulungen von Multiplikatoren in den Institutionen für diese Thematik.</p> <p>Die Nutzung bestehender Kanäle der einzelnen Pakt-Partner hat insbesondere den Vorteil, dass über die vielfältigen Kanäle eine große Zahl von betroffenen Unternehmen sowie (potentiellen) Fachkräften effektiv erreicht werden kann.</p>
2.	Fachkräftesicherungsportal (61) ⁸ (http://www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de).	Das Fachkräftesicherungsportal wurde im April 2012 durch die Staatskanzlei online geschaltet und stellt eine Möglichkeit dar, sich über die Herausforderungen sowie etwaige Unterstützungsstrukturen und Aktivitäten im Land zu informieren. Die Pakt-Partner sind entsprechend eingebunden.
3.	Bestandsanalyse bestehender Unterstützungsstrukturen der Pakt-Partner (siehe: http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=54916).	Die Bestandsanalyse fasst die seitens der Pakt-Partner bereitgestellten Unterstützungsstrukturen zur Fachkräftesicherung im Land Sachsen-Anhalt ausgerichtet an den Pakt-Zielen zusammen. Sie schafft damit Transparenz über konkrete Aktivitäten im Land und gibt Orientierung bei der Suche nach konkreten Unterstützungsangeboten.
4.	Rückkehreroffensive des Ministerpräsidenten (62)	Die Rückkehreroffensive des Ministerpräsidenten zielt neben der Sensibilisierung potentieller Rückkehrer für die sich verbessernden Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt durch die hohe Öffentlichkeitswirksamkeit auch auf die Sensibilisierung hiesiger Unternehmen für die Thematik wie auch (potentieller) Fachkräfte im Land wie Studierende oder Ausbildungssuchende.

⁸ Die eingeklammerte Zahl bezieht sich auf die in der Anlage 1 aufgelisteten Aktivitäten.

Aussagen, inwieweit die bisher realisierten Aktivitäten zur Sensibilisierung zu einem stärkeren Umdenken bei den Betroffenen geführt haben, lassen sich gegenwärtig (noch) nicht treffen. Einvernehmen unter den Pakt-Partnern besteht aber darin, dass die Sensibilisierung von durch die Fachkräfteverknappung Betroffenen als ein dauerhafter Prozess anzusehen ist, der keinesfalls als „erfolgreich abgeschlossen“ einzuschätzen ist.

Indikatorensystem als Anhaltspunkt für die Fachkräftesituation im Land und etwaiger Fortschritte im Zeitverlauf

Um einen Anhaltspunkt für die Bewertung der Fachkräftesituation im Land Sachsen-Anhalt zu haben sowie die Entwicklung im Zeitlauf auch im Vergleich zu anderen Bundesländern besser einordnen zu können, hat sich die Koordinierungsgruppe auf ein Indikatorensystem geeinigt. „Erste Ergebnisindikatoren, mit denen eine Zielerreichung abgeprüft werden kann“, sind bereits im Pakt-Dokument aufgeführt.⁹

Dabei ist ein solches Indikatorensystem auch dahingehend sinnvoll, da der Pakt auf übergeordneter Ebene den Anspruch verfolgt, die Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung durch langfristig orientiertes Zusammenwirken zu verbessern. Die Pakt-Partner sind sich darin einig, dass „ein einzelner Akteur [...] weder die Weitsicht [hat], die wesentlichen Konsequenzen des Wandels abzusehen noch die Schlagkraft, entsprechende Maßnahmen eigenständig umzusetzen. Vielmehr muss es gelten, im Rahmen einer konstruktiven Diskussion notwendige Handlungsalternativen gemeinschaftlich zu erarbeiten und in der Konsequenz diese gemeinschaftlich umzusetzen.“¹⁰

Das bedeutet, dass die Wirkungen einzelner Aktivitäten der Pakt-Partner auf übergeordneter Ebene in der Regel nur schwer bezifferbar sein werden. Das koordinierte Zusammenwirken aller Pakt-Partner hat aber das Potential, übergeordnete Rahmenbedingungen zugunsten der Fachkräftesicherung nachhaltig zu verbessern. Dies sollte sich dann auch im Indikatorensystem abbilden lassen.

Vor diesem Hintergrund hat die Koordinierungsgruppe ein Indikatorensystem erarbeitet, welches im Fachkräftesicherungsportal www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de eingestellt ist.

⁹ Fachkräftesicherungspakt des Landes Sachsen-Anhalt (2010), S. 04.

¹⁰ Fachkräftesicherungspakt des Landes Sachsen-Anhalt (2010), S. 02.

Schwerpunkthemen des Fachkräftesicherungspakts im Jahr 2012

Bereits im September 2011 haben sich die Pakt-Partner in der Koordinierungsgruppe auf drei Schwerpunkthemen für das Jahr 2012 verständigt:

- a) „Erwerbsbeteiligung Älterer erhöhen“,
- b) „Erwerbsbeteiligung von Arbeitslosen erhöhen“,
- c) „Qualifizierung steigern“.

Diese Themen wurden seitens der Koordinierungsgruppe auch vor dem Hintergrund der seitens der Bundesagentur für Arbeit vorgenommenen Quantifizierung der Fachkräftepotentiale im Land als besonders relevant eingeschätzt. Die fachliche Auseinandersetzung in der Koordinierungsgruppe mit diesen Themen bot die Möglichkeit, etwaige Aktivitäten der einzelnen Pakt-Partner durch sinnvolles Zusammenwirken zu verstärken, entsprechende Aktivitäten sinnvoll von jenen anderer Pakt-Partner abzugrenzen sowie Schwerpunkte von bisherigen Aktivitäten im Sinne der Zielsetzung zu verlagern. Das heißt auch, dass unabhängig von der Schwerpunktsetzung im Pakt einzelne Aktivitäten durch die Pakt-Partner aufgrund eigener Schwerpunkte umgesetzt worden wären.

Dabei gilt, dass die Umsetzung jener verabredeten Aktivitäten und deren Bewertung hinsichtlich Wirksamkeit im Verantwortungsbereich der jeweiligen Pakt-Partner liegen. Darüber hinaus ist eine Bewertung der Wirksamkeit der nachfolgend herausgestellten Aktivitäten durch die Staatskanzlei nicht möglich, da:

- die Bewertung des Umsetzungserfolgs in der Verantwortung der umsetzenden Akteure liegt,
- entsprechende Realisierung vieler Aktivitäten erst im Jahr 2012 erfolgte, so dass aufgrund des kurzen „Wirkzeitraums“ keine Aussagen zu Wirkungen möglich sind,
- Wirkungen auf übergeordneter Ebene insbesondere durch das sinnvolle Zusammenwirken aller durch die Pakt-Partner realisierten Aktivitäten zu erwarten sind; einzelne Aktivitäten hingegen in ihrer Wirkung nur schwer auf übergeordneter Ebene nachweisbar sind.

Ausführungen zum Schwerpunkt A: „Erwerbsbeteiligung Älterer erhöhen“

Den in der Koordinierungsgruppe am 02. Februar 2012 konkret getroffenen Verabredungen zum Schwerpunkt A (Tabelle 8) sind konkrete Handlungsfelder, die seitens der Pakt-Partner als wesentlich eingeschätzt wurden, vorangestellt. Der gegenwärtige Umsetzungsstand der verabredeten Aktivitäten ist ebenfalls in der rechten Spalte ablesbar, die Nummern verweisen beispielhaft auf konkrete in Anlage 1 aufgeführte Aktivitäten.

Tabelle 8: Handlungsfelder (HF) und Beiträge zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer

Schwerpunkt A: Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren	Übergeordnetes Handlungsfeld		Weitere Handlungsfelder	
	HF	Konkrete Beiträge der Pakt-Partner	Beteiligte Akteure	Umsetzungsstand (30.08.12) (Nr. verweisen beispielhaft auf konkrete Aktivitäten in Anlage 1):
		1. Sensibilisierung für steigende Bedeutung des Erwerbspotentials Älterer für den Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im Land und Schaffung von Transparenz hinsichtlich Fachkräftepotentials Älterer.	2. Stärkere Erschließung des Potentials von arbeitslosen Älteren. 3. Stärkung der Kompetenzen von Älteren durch Qualifizierung. 4. Forcierung einer längerfristigen Personalplanung/ Arbeitsorganisation, die altersgerecht ist.	
1-4	Öffentlichkeitswirksame Sensibilisierung für Schwerpunktthema und entsprechende Unterstützungsstrukturen.	Alle	(☑) (11, 47, 54, 61)	
1-4	Geeignete Beratungsangebote für Unternehmen/ Multiplikatoren zu herausgestellten Handlungsfeldern unter Einbindung relevanter Partner (z. B. Krankenkassen, Berufsgenossenschaften).	AVW, AWSA, BA, DGB, Kammern, MS, MW, weitere relevante Akteure (z. B. Krankenkassen, Berufsgenossenschaften)	(☑) (3, 11, 16, 37, 52, 54)	
1-4	Unterstützung von regionalen Initiativen/ Programmen (z. B. Perspektive 50plus) in diesem Themenfeld.	Kammern	? Noch offen	
1-4	Forcierung von ‚niedrigschwelligen‘ Kooperationen (z. B. Studienarbeiten, themenbezogene Praktika von Studenten) zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (u. a. in diesem Schwerpunktthema).	MW	(☑) (58)	
1-4	Angestrebte Kooperation zwischen BA und Network-KMU zur Verstärkung gegenseitiger Aktivitäten.	BA, MW	☑ (11)	
1-4	Einbindung des Arbeitskreises „Arbeitsschutz“, um etwaige Aktivitäten in diesem Themenfeld zu bündeln.	STK	✗ Nachfrage im MS nicht erfolgreich	
1	Unterstützung der Unternehmen bei längerfristiger Personal- und Organisationsentwicklung durch geeignete Unterstützungsstrukturen.	MS, MW	☑ (8, 11, 52, 54)	
1, 2	Stärkerer Fokus auf Aktivierung des bisherigen Erfahrungsschatzes älterer Arbeitsloser durch geeignete Kompetenzdiagnostik.	BA	☑ (12)	
1, 3	Forcierung und Unterstützung von Qualifizierungen bei Älteren in KMU durch entsprechende Unterstützungsstrukturen (z. B. WeGebAU, Qualifizierungsrichtlinie des MS).	BA, MS	☑ (13, 47, 48, 52)	
1, 3	Gezielte Sensibilisierung von Unternehmen für Weiterbildungspotentiale Älterer mithilfe des etablierten Instruments der Richtlinienförderung des MS.	MS in Kooperation mit Kammern, Arbeitgeberverbänden, BA, MW	(☑) (11, 47)	
1, 3	Beratungsangebote für Ältere hinsichtlich Stärkung/ Nutzung ihrer Kompetenzen (auch Existenzgründung).	BA, Kammern, MW	(☑) (12)	

Legende: ☑ → „umgesetzt“, (☑) → „weitgehend umgesetzt“, ✗ → „nicht umgesetzt“, ? → „keine Information zum Umsetzungsstand“

Quelle: Protokoll der Koordinierungsgruppensitzung vom 02.02.2012 ergänzt um den Umsetzungsstand auf Basis im Juli 2012 abgeforderter Zuarbeiten.

Als grundsätzliche Hemmnisfaktoren bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer wurden seitens der Pakt-Partner folgende Aspekte benannt:

- Personalentwicklungsprozesse insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind oftmals an der aktuellen Situation ausgerichtet und nicht an langfristigen Strategien angelehnt. Damit stellt sich der Zugang zu KMU im Sinne dieses Schwerpunkts als schwierig dar, da die Sensibilisierung für dieses Thema eine längerfristige Perspektive im Personalmanagement voraussetzt, die oftmals nicht gegeben ist.
- Die Ergreifung entsprechender Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer (z. B. Einführung einer altersgerechten Arbeitsorganisation) ist oftmals mit (Implementierungs-) Kosten verbunden sind, welche Unternehmen (kurzfristig) scheuen. Auch ist es insb. KMU oftmals kaum möglich, etwaige „Leistungsabschläge“ z. B. bei körperlichen Anforderungen hinzunehmen bzw. alternative Tätigkeiten für ältere Fachkräfte zu ermöglichen.

Die Sensibilisierung der Wirtschaft ist dahingehend als übergeordnetes Handlungsfeld zwingend, da die erfolgreiche Änderung von Strukturen und Verhaltensweisen im Sinne des Schwerpunktziels durch die Wirtschaft die Akzeptanz der Zielstellung voraussetzt.

Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass einzelne Pakt-Partner strategische Änderungen in ihrer Geschäftspolitik vorgenommen haben, die auf die bessere Nutzung des Erwerbspersonenpotentials Älterer zielen. Dies betrifft beispielsweise den Ausbau der Qualifizierungsberatung der Bundesagentur für Arbeit (siehe Nr. 11 in Anlage 1), die veränderte Beratungskonzeption der Bundesagentur für Arbeit (Nr. 12), die Durchführung von Ideenwettbewerben zu diesem Thema durch das Ministerium für Arbeit und Soziales (Nr. 52) oder die strategische Neuausrichtung des Projekts „Network-KMU“ des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft hinsichtlich der Fachkräftesicherung (Nr. 54).

Ausführungen zum Schwerpunkt B: „Erwerbsbeteiligung von Arbeitslosen erhöhen“

Ebenfalls hat die Koordinierungsgruppe in ihrer Sitzung am 02. Februar 2012 konkrete Verabredungen zu dem Schwerpunktziel B „Erwerbsbeteiligung von Arbeitslosen erhöhen“ getroffen, die in Tabelle 9 neben dem gegenwärtig absehbaren Umsetzungsstand herausgestellt sind.

Als grundsätzliche Hemmnisfaktoren hinsichtlich der Schwerpunktsetzung wurden seitens der Pakt-Partner folgende Aspekte benannt:

- Grundsätzliche Regelungen der Arbeitsmarktpolitik sind durch den Bundesgesetzgeber determiniert und sind als gegeben voranzusetzen (z. B. sinkendes Budget für Eingliederungsleistungen oder Freibetragsregelungen im Rechtskreis des SGB II). Zwar bestehen Freiheitsgrade in der Umsetzung etwaiger Vorgaben, die sind allerdings begrenzt.
- Analog Schwerpunktfeld A gilt, dass die Personalentwicklungsprozesse insbesondere in KMU vornehmlich an der aktuellen Situation ausgerichtet und bisher nicht an langfristigen Strategien angelehnt sind. Damit ist der Zugang zu KMU hin zu dieser Thematik und dem frühzeitigen Weichenstellen im Sinne der Schwerpunktsetzung schwierig. Das impliziert, dass z. B. Aspekte wie die Schaffung einfacher Tätigkeiten (z. B. durch Konzentration dieser auf eine Person und Entlastung der anderen Fachkräfte) oder der Qualifizierung von Arbeitslosen über einen längeren Zeitraum „on the job“ zur Fachkraft oftmals nicht im Fokus der KMU steht.
- Das Schulsystem im Land weist einen relativ hohen Anteil von sogenannten Schulabbrechern auf, was negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsperspektiven der „Fachkräfte von morgen“ hat. Entsprechende Veränderungen im Schulsystem (siehe Nummern 40 bis 45) wirken erst langfristig.

Tabelle 9: Handlungsfelder (HF) und Beiträge zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Arbeitsloser

Schwerpunkt B: Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Arbeitslosen	Übergeordnetes Handlungsfeld		Weitere Handlungsfelder	
	1. Sensibilisierung für steigende Bedeutung des Erwerbspotentials Arbeitsloser für den Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im Land und Forcierung grundsätzlicher Rahmenbedingungen zur besseren Nutzung des Potentials.		2. Herstellung von (marktrelevanter) Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen durch zielgruppenspezifische Aktivierungs- und Unterstützungsangebote mit dem Ziel der Integration Arbeitsloser in Beschäftigung.	
			3. Gezielte Unterstützung von Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitslosen.	
			4. Gutes Matching.	
HF	Konkrete Beiträge der Pakt-Partner	Beteiligte Akteure	Umsetzungsstand (30.08.12) (Nr. verweisen beispielhaft auf konkrete Aktivitäten in Anlage 1):	
1, 3	Beratungs- und Sensibilisierungsangebote für Unternehmen im Sinne der Schwerpunktsetzung (z. B. hins. Auswirkungen des demografischen Wandels, Weiterbildung).	AWSA, BA, Kammern	(☑) (11, 19,47, 54, 61)	
1, 2	Beratungsangebote für Arbeitslose im Sinne der Schwerpunktsetzung (z. B. Weiterbildung).	BA, Kammern	☑ (Standardinstrumente, 12, 16, 54)	
1	Aktivitäten gegen Schwarzarbeit (z. B. Unterstützung von Institutionen, die gegen Schwarzarbeit vorgehen, Rechtsberatung).	Kammern	? Noch offen	
1, 2, 4	Vorbereitung des neuen Programms „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“, welches auf die Integration von arbeitslosen Eltern in Arbeit zielt (z. B. mithilfe von Familienintegrationscoaches).	MS in Kooperation mit Arbeitgeberverbände, BA, Kammern LKT, SGSA	☑ (49)	
1, 2, 4	Vorbereitung innovativer Förderung zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen hinsichtlich sozialer und fachlicher Qualifikation, langfristiger beruflicher Begleitung am Arbeitsplatz sowie sozialpädagogischer und ergotherapeutischer Begleitung.	MS in Abstimmung mit BA	☑ (50)	
1, 2	Umsetzung zielgruppenspezifischer Unterstützungs- und Aktivierungsangebote für Arbeitslose mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeitsmarkt (z. B. Qualifizierung) über die vorangestellte „innovative Förderung“ hinaus.	BA, MS	☑ (13, 47, 51, 52)	
1,3-4	Unterstützung von Unternehmen bei der Eingliederung von Arbeitslosen durch entsprechende Unterstützungsstrukturen (z. B. Personalpoolprojekte, Beratung, Weiterbildung).	BA, Kammern, MS	☑ (Regelinstrumente der Arbeitsverwaltung, 50)	
1, 4	Bereitstellung von Strukturen zur Ermöglichung einer passgenauen Vermittlung von Arbeitslosen auf freie Stellen (Matching).	BA, MS	☑ (12, 48)	

Legende: ☑ → „umgesetzt“, (☑) → „weitgehend umgesetzt“, × → „nicht umgesetzt“, ? → „keine Information zum Umsetzungsstand“

Quelle: Protokoll der Koordinierungsgruppensitzung vom 02.02.2012 ergänzt um den Umsetzungsstand auf Basis im Juli 2012 abgeforderter Zuarbeiten.

Auch mit Bezug zu diesem Schwerpunktfeld haben Akteure des Fachkräftesicherungspakts strategische Weichenstellungen in ihrer Geschäftspolitik vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die im Spätsommer geplante Einführung des Programms „Familien stärken – Perspektiven öffnen“ des Ministeriums für Arbeit und Soziales (Nr. 49), welches durch eine ganzheitliche Unterstützung von durch Arbeitslosigkeit betroffenen Familien u. a. auf die Aktivierung der Eltern für den Arbeitsmarkt zielt. Auch die geplante Etablierung von Unterstützungsstrukturen für behinderte oder gesundheitlich eingeschränkte Menschen zur Unterstützung bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt des Ministeriums für Arbeit und Soziales (Nr. 50) ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben.

Ausführungen zum Schwerpunkt C: „Qualifizierung steigern“

Die Koordinierungsgruppe hat in ihrer Sitzung am 13. April 2012 Verabredungen über den Schwerpunkt C „Qualifizierung steigern“ getroffen, die sich nebst Umsetzungsstand in Tabelle 10 finden.

Tabelle 10: Handlungsfelder (HF) und Beiträge zur „Steigerung der Qualifizierung“

Schwerpunkt C:	Qualifizierung steigern	Übergeordnete Handlungsfelder	Weiteres Handlungsfeld	
		1. Sensibilisierung von Unternehmen für längerfristige und bedarfsgerechte Weiterbildung als Instrument der Fachkräftesicherung sowie der Erwerbspersonen für die Vorteile des "lebenslangen" Lernens.	3. Umsetzung von strategischer Kompetenzentwicklung der Beschäftigten in Unternehmen sowie Forcierung lebenslangen Lernen bei Erwerbspersonen.	
		2. Bereitstellung eines bedarfsgerechten, differenzierten und leicht zugänglichen Weiterbildungsangebots für Unternehmen und Erwerbspersonen.		
HF	Konkrete Beiträge der Pakt-Partner	Beteiligte Akteure	Umsetzungsstand (30.08.12) (Nr. verweisen beispielhaft auf konkrete Aktivitäten in Anlage 1):	
1	Berücksichtigung des Qualifizierungsaspekts bei Tarifverhandlungen	AWSA, DGB	(☑) (15)	
1, 2	Öffentlichkeitswirksame Kommunikation der Weiterbildungsangebote	Kammern, MW	(☑)	
1, 3	Realisierung von entsprechenden Informationsveranstaltungen/ Beratungsangeboten	AWSA, BA, Kammern, MW, Verband der freien Berufe	(☑) (8, 16, 19, 37, 47, 54)	
1, 3	Weiterbildungsberatung für Arbeitnehmer	Kammern, BA	(☑) Standardinstrumente	
2	Förderung des Ausbaus von wissenschaftlichen Weiterbildungsangeboten an Hochschulen	MS, MW	(☑) (57, Projekte gemäß Bestandsanalyse in Ziel 1.3)	
2	Anpassung des Weiterbildungsangebots entsprechend der bestehenden Bedarfe	Kammern, MW (hins. wissenschaftlicher Weiterbildung)	(☑) (Regelaufgabe sowie 55, 57)	
3	Unterstützung der Infrastruktur für (niederschwelliges) Qualifizierungsangebot der Erwachsenenbildung	MK	☑ (46)	
3	(Zielgruppenspezifische) Förderangebote für Weiterbildung für Unternehmen und Erwerbspersonen	BA, MS	☑ (Regelinstrumente der Arbeitsverwaltung, 13, 51, 52, 57)	
3	Unterstützung bei der Erarbeitung von Anforderungsprofilen für Arbeitsplätze	AVW	Noch offen	

Legende: ☑ → „umgesetzt“, (☑) → „weitgehend umgesetzt“, × → „nicht umgesetzt“, ? → „keine Information zum Umsetzungsstand“

Quelle: Protokoll der Koordinierungsgruppensitzung vom 02.02.2012 ergänzt um den Umsetzungsstand auf Basis im Juli 2012 abgeforderter Zuarbeiten.

Weiterführende Aktivitäten im Rahmen des Fachkräftesicherungspakts

Die im Rahmen des Pakts installierten Abstimmungsstrukturen bieten den Pakt-Partnern die Möglichkeit, sich über vielfältige Themen, Probleme aber auch (geplanten) Aktivitäten auszutauschen. Damit können frühzeitig entsprechende

Transparenz hergestellt, im offenen Austausch Impulse gesetzt und Kooperationspotentiale ausgelotet werden.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Pakt wurden in den letzten beiden Jahren beispielsweise folgende Themen diskutiert:

- Vorstellung von verschiedenen Aktivitäten (z. B. Rückkehrer-Offensive des Ministerpräsidenten, Aktivitäten zur Wissenschaftlichen Weiterbildung des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft oder Nachfolger Netzwerk),
- Vorstellung der Perspektive 2020 der Bundesagentur für Arbeit, in der Fachkräftepotentiale im Land quantifiziert wurden und welche Basis für die Ableitung der Schwerpunktthemen im Jahr 2012 war,
- Vorstellung des DGB-Index „Gute Arbeit“ (Nr. 14), der die Perspektive der Fachkräfte auf die Beschäftigungsbedingungen abbildet und kritische Auseinandersetzung.

Darüber hinaus finden sich in Tabelle 11 weitere Themen, die im Rahmen des Fachkräftesicherungspakts diskutiert und gemeinsam bearbeitet wurden.

Tabelle 11: Ausgewählte im Pakt erörterte Themen und entsprechende Ergebnisse

Nr.	Ausgewählte im Pakt erörterte Themen	Ausgewählte Ergebnisse
1.	Stärkung der Inanspruchnahme der Stipendieninitiative der Industrie- und Handelskammern im Land (Sitzung am 30.09.10 und 21.01.11)	<ul style="list-style-type: none"> - Aktivitäten zur Steigerung der Bekanntheit der Stipendieninitiative in Gymnasien, Hochschulen und Transferzentren durch zuständige Ministerien, - Verstärkte Kommunikation der Stipendieninitiative in der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit, - Konkrete Impulse seitens des Pakts zur inhaltlichen Erweiterung entsprechenden Internetauftritts, die seitens der Kammern aufgegriffen wurden. <p>Die zuständigen Kammern haben ihre Aktivitäten zur Stärkung der Initiative (z. B. überarbeitete Internetplattform, Öffentlichkeitsarbeit) ebenfalls verstärkt. Die Inanspruchnahme konnte deutlich gesteigert werden (Nr. 32, 36).</p>
2.	Kritik an Berufsschulpflicht für Dual Studierende seitens der Kammern (Sitzungen am 21.01.11 und 02.02.12))	Das Kultusministerium hat nach Gesprächen mit den Kammern die Flexibilität hinsichtlich des Besuchs einer Berufsschule durch Dual Studierende erhöht. Durch Änderung der Verordnung über die Schulpflicht (Schpfl-VO) können mit Beginn des Schuljahrs 2012/13 dual Studierende eine Befreiung von der Berufsschulpflicht bei ihrer Berufsschule individuell beantragen.
3.	Stärkung der längerfristig ausgerichteten Personal- und Organisationsentwicklung in KMU (Sitzungen am 21.01.11, 31.05.11 und 08.09.11).	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Basis eines Diskussionspapiers der damaligen Abteilung Arbeit im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, in dem Überlegungen zur Etablierung einer entsprechenden Unterstützungsstruktur getätigt wurden, konnten zahlreiche Impulse der Pakt-Partner (z. B. hinsichtlich Anknüpfung an und Abgrenzung zu bestehenden Strukturen der Pakt-Partner) bei der weiteren Planung berücksichtigt werden. <p>Entsprechende Impulse und Umsetzungshinweise wurden bei der im Frühjahr 2012 realisierten Schwerpunktverlagerung des durch das MW realisierten Projekts „Network-KMU“ hin zur Fachkräftesicherung berücksichtigt (Nr. 54). MS flankiert dieses Vorhaben durch weitere Unterstützungsangebote, die eng mit Network-KMU verzahnt sind (Nr. 48).</p>

Quelle: Ergebnisprotokolle der Koordinierungsgruppensitzungen des Fachkräftesicherungspaktes.

2.6.4 Zusammenfassendes Fazit sowie zukünftige Herausforderungen für den Fachkräftesicherungspakt aus Sicht der Staatskanzlei

In den zwei Jahren des Bestehens des Fachkräftesicherungspaktes konnten funktionsfähige Strukturen der Zusammenarbeit etabliert und wichtige Weichenstellungen im Bereich der Fachkräftesicherung im Land Sachsen-Anhalt initiiert werden. Der Grundsatz eines partnerschaftlichen Zusammenwirkens hat sich bewährt und soll im Pakt fortgesetzt werden.

Dennoch: Die zukünftigen Herausforderungen bei der Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt sind enorm. Es wird beispielsweise im Indikatorensystem zum Pakt deutlich, dass in vielen Bereichen weitere Verbesserungen und Fortschritte notwendig sind. Nur so kann ein Fachkräftemangel für die Zukunft mit den sich daran schließenden Konsequenzen für den (Wirtschafts-) Standort Sachsen-Anhalt wirksam verhindert bzw. deutlich abgeschwächt werden.

Um dies zu erreichen, ist die Bewältigung folgender Herausforderungen durch den Pakt zentral:

Konsequente Weiterführung der Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Fachkräftesicherungspakt konnten wichtige Weichen für die Fachkräftesicherung gestellt werden. Es wird darauf ankommen, dass die Pakt-Partner den verabredeten Weg konsequent weitergehen und durch geeignete Entscheidungen auf strategischer Ebene vertiefen. Dies betrifft insbesondere die Nutzung der eigenen Gestaltungsspielräume durch die Pakt-Partner und die konsequente Erschließung weiterer Kooperationspotentiale. Hierfür wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit und Abstimmung notwendig sein.

Erfolgreich sensibilisierte betroffene Akteure sind eine wichtige Voraussetzung für die Fachkräftesicherung/ stärkere Außenwirkung

Das breite Bewusstsein über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt ist eine notwendige Voraussetzung, um diese Auswirkungen überhaupt gestalten zu können. Vor diesem Hintergrund stellt die erfolgreiche Sensibilisierung von Betroffenen einen wichtigen Baustein in der Fachkräftesicherung dar. Entsprechende Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Land wie der Demografie-Allianz oder Akteuren auf kommunaler oder Bundesebene sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zielführend.

Stärkung der Eigenverantwortung der betroffenen Akteure

Auf übergeordneter Ebene können durch den Pakt Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung gesetzt werden. Direkt betroffene Akteure wie Unternehmen aber auch Kommunen besitzen damit auch einen größeren Gestaltungsspielraum, in ihrem Wirkungsbereich die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Fachkräftesituation zu begrenzen. Für Unternehmen kann dies beispielsweise eine längerfristige, den demografischen Wandel berücksichti-

gende Personalplanung- und -rekrutierungspolitik bedeuten. Kommunen können vor Ort durch flankierende Angebote die Abwendung von Fachkräftengpässen unterstützen. Dabei ist die Herausforderung, dass Aktivitäten zur Fachkräftesicherung oftmals zunächst Kosten verursachen. Entsprechende „Erträge“ erhalten die Akteure aber erst in der Zukunft. Diese Eigenverantwortung zur frühzeitigen Gestaltung des demografischen Wandels kann den betroffenen Akteuren aber nicht genommen werden, vielmehr gilt es, sie darin zu bestärken.

2.7 Das Förderprogramm Demografie

Der Zusammenschluss vieler gesellschaftlicher Akteure in verschiedenen Gremien und Netzwerken zeigt das Interesse an dem Thema Demografie und an der Gestaltung ihrer Region. So lautet auch die Hauptbotschaft des Handlungskonzeptes für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik Sachsen-Anhalt 2010“, wenn sich die Landesregierung und alle weiteren Akteure auf die demografische Entwicklung einstellen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, kann Sachsen-Anhalt zu einer lebens- und lebenswerten Region weiterentwickelt werden. Um Neuerungen, Gestaltungs- und Modellvorhaben auszuprobieren, bedarf es allerdings finanzieller Unterstützung. Die zukünftige EU-Strukturfondsperiode bildet dafür eine gute Grundlage. Von Seiten des Landes Sachsen-Anhalt haben die Akteure vor Ort die Möglichkeit, auf das Förderprogramm Demografie zurückzugreifen.

Menschen bleiben dort, wo sie sich angenommen fühlen und wo sie ihr unmittelbares Umfeld mitgestalten können. Sie möchten die Früchte ihrer Arbeit erleben und nutzen können. Daher ist die Möglichkeit, sich engagieren zu können, ein wesentlicher Haltefaktor für Menschen, die ihr Umfeld gestalten wollen und für solche, die von diesem Engagement profitieren. Engagierte Bürger, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Verbände suchen gemeinsam nach Wegen zur Gestaltung des demografischen Wandels, entwickeln Ideen und Strategien und wenden sich den anstehenden Herausforderungen zu, um sie mit Kreativität und Engagement anzunehmen. Das Förderprogramm Demografie bietet dafür Unterstützung.

Im Jahr 2010 wurde erstmals eine „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des demografischen Wandels und zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt“ aufgelegt. Mit Hilfe dieser Richtlinie sollen vor allem kommunale und gesellschaftliche Akteure bei der Durchführung von Projekten zur Gestaltung des demografischen Wandels unterstützt werden. Sie soll Hilfe zur Selbsthilfe sein, bürgerschaftliches Engagement aktivieren und zu

kreativen Projektideen anregen. Das bis 2011 zusammen geführte Förderprogramm für Demografie und Regionalentwicklung wurde im Jahr 2012 getrennt. Für den demografischen Wandel stehen für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 jeweils 1,5 Mio. Euro zur Verfügung. Seit dem Start des Förderprogramms im September 2010 konnten 71 Projekte bewilligt und damit Hilfe zur Selbsthilfe im kreativen Umgang mit dem demografischen Wandel vor Ort geleistet bzw. angeschoben werden.

Beispielgebend unterstützt wurde z. B. die **Strategie zur Anpassung an den demografischen Wandel** der Gemeinde Hohe Börde und der Einheitsgemeinde Stadt Bismark (Altmark).

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr stellte der Gemeinde Hohe Börde 50.000 Euro für die Erarbeitung einer Anpassungsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels zur Verfügung. Damit unterstützte das Land Sachsen-Anhalt die Gemeinde bei ihren Bemühungen, Strategien zu entwickeln, die die Lebensqualität erhalten und die Daseinsvorsorge sichern. Der Rückgang der Einwohnerzahl und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur führen zu veränderter Nutzung nahezu aller infrastrukturellen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Gemeinde. Für diese demografischen Risiken müssen in vergleichsweise kurzer Zeit Lösungsmöglichkeiten gefunden werden. Dazu wurden wesentliche Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Gemeindeebene beleuchtet sowie Angebot und (absehbare) Nachfrage untersucht. Im Ergebnis ist ein Handlungskatalog für die Verantwortlichen entstanden, um rechtzeitig und angemessen auf die anstehenden Veränderungen bspw. in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, ganzheitliche Versorgung, ÖPNV, Wasser, Abwasser, Straßen und Wege reagieren zu können. Mit dem Anpassungskonzept tritt die Gemeinde nunmehr in eine Phase aktiver Gestaltung der Folgewirkungen der demografischen Veränderungen ein.

Bevölkerungsrückgang und zunehmende Alterung der Bevölkerung machen es auch im Bereich des ÖPNV erforderlich, zur **Sicherung der Mobilität**, insbesondere von Jugendlichen und älteren Menschen, Angebote zu entwickeln, die stärker auf deren spezifischen Bedarf ausgerichtet sind. Die Verkehrsunternehmen haben diese Herausforderung mit den Landkreisen bereits Mitte der 1990er Jahre aufgegriffen und ihr Angebot insbesondere unter Ausweitung flexibler Bedienformen kontinuierlich weiterentwickelt. In vielen Landkreisen, vor allem in den Landkreisen Bitterfeld und Wittenberg, konnten beachtliche Erfolge erzielt werden. Aktuell hat der Altmarkkreis Salzwedel als Träger des ÖPNV in enger Zusammenarbeit mit dem örtlichen Verkehrsunternehmen in den Jahren

2010 bis 2011 Maßnahmen entwickelt, um ein nachfrageorientiertes Angebot zu gewährleisten. Eine Maßnahme ist die Verbesserung von Fahrplanaushängen in Schriftgröße und Verständlichkeit, um somit insbesondere den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden.

Im Projekt **VITO-DE** haben sich unter der Leitung der Kardiologie des Universitätsklinikums Magdeburg die Krankenhaus-Chefärzte und leitenden Notärzte der nördlichen Region des Landes Sachsen-Anhalt das Ziel gesetzt, die Herzinfarktsterblichkeit durch die Netzbildung und den Einsatz innovativer telemedizinischer Infrastrukturen zu verringern. Mit finanzieller Unterstützung durch das Förderprogramm konnten in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Automation und Kommunikation (ifak) und dem Lehrstuhl für Medizinische Telematik der Otto-von-Guericke-Universität im Jahr 2011 technische und organisatorische Lösungsvorschläge sowie Strategie- und Handlungskonzepte erarbeitet werden. Diese sollen mittelfristig in eine telemedizinische Infrastruktur eingebettet werden, um eine optimale Kommunikation diagnose-relevanter Informationen wie z.B. Symptome und EKG bei akutem Herzinfarkt zwischen Rettungstransportwagen und Klinik bzw. zwischen zwei Kliniken zu ermöglichen. Der parallele Aufbau eines organisatorischen Netzwerkes als Zusammenschluss aller wichtigen Akteure der Notfall- und Herzinfarktbehandlung soll in der schnellst- und bestmöglichen Behandlung der Patienten mit einem akuten Koronarsyndrom münden und so die Sterblichkeit reduzieren. Im Rahmen des Projektes ist auch eine enge Kooperation mit dem bereits in Sachsen-Anhalt existierenden TASC-Netzwerk zu telemedizinischer Versorgung des akuten Schlaganfalls vorgesehen.

Einerseits ist die Unterstützung der regionalen Akteure bei der Gestaltung des demografischen Wandels sehr wichtig, andererseits müssen Projekte sich einer demografie-sensiblen Prüfung unterziehen, bevor sie förderfähig sind. Weniger Einwohner heißt nicht gleich weniger Kosten. Auch Gestaltungsaufgaben benötigen finanzielle Unterstützungen.

2.8 Städtebauförderung

Seit dem Jahr 2011 fördern der Bund und das Land Maßnahmen zur Anpassung der städtebaulichen Infrastruktur der Daseinsvorsorge mit dem Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Die Kommunen sollen in diesem Rahmen bei der Bündelung ihrer Kräfte und Ressourcen, überörtlicher Kooperation bei Infrastrukturangeboten und in der Zusammenarbeit in Netzwerken unterstützt werden. Förderfähig sind z. B. Entwicklungs- und Handlungskonzepte zur Festlegung von Strategien und Schwerpunkten künftiger Infrastrukturversorgung der öffentlichen

Daseinsvorsorge, Netzwerke zur überörtlichen Kooperation für die gemeinsame Sicherung sozialer Angebote, investitionsbegleitende Maßnahmen zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit sowie Investitionen zur Behebung städtebaulicher Missstände. In Sachsen-Anhalt sind Kommunen, die eine zentralörtliche Einstufung als Mittel- oder Oberzentrum haben, von der Programmteilnahme ausgeschlossen. Unterstützt werden soll vor allem der ländliche, dünn besiedelte Raum.

Im Rahmen der Wohnraumförderung wird seit 2011 in Sachsen-Anhalt der altengerechte Umbau von Wohnraum finanziell unterstützt. Die Förderung erfolgt in Form von Darlehen im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt MODERN“ durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

2.9 Dorferneuerung und Dorfentwicklung

Die Maßnahmen zur Dorferneuerung und Dorfentwicklung sind feste Bestandteile der Förderung zur Entwicklung der ländlichen Räume. Die Dorferneuerung hat seit ihrer Einführung 1991 mehr als 2.200 Orte erreicht. Hauptanliegen ist die Stärkung des ländlichen Raumes, damit dieser seine Aufgaben und Funktionen als Wirtschaftsstandort sowie Arbeits-, Lebens-, Erholungs- und Kulturraum erfüllen kann. Die Dorferneuerung und Dorfentwicklung begleiten den demografischen Wandel und wirken über die Verbesserung der infrastrukturellen und baulichen Verhältnisse in den Dörfern auch der Abwanderung entgegen. Über die Förderung wird in hohem Maß Beschäftigung im örtlichen Handwerk und Baugewerbe gesichert.

Den Schwerpunkt der Förderung bilden kommunale Vorhaben, die insbesondere in den Zentralen Orten bei der Sicherung der Daseinsvorsorge eine entscheidende Bedeutung haben. Die Auswahl der zu fördernden Vorhaben ist maßgeblich durch die lokalen Aktionsgruppen und die bei den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten gebildeten Arbeitsgemeinschaften ländlicher Raum geprägt.

2.10 Der Demografie-TÜV

Die Landesregierung hat im Jahr 2008 die Einführung eines Demografie-TÜV für alle Fördermaßnahmen der Landesverwaltung beschlossen.

Das bedeutet, dass demografie-relevante Kriterien ergänzend zu den jeweiligen fachpolitischen Kriterien in die Auswahl- und Förderentscheidungen einbezogen

werden sollen. Der Demografie-TÜV soll nicht darüber entscheiden, ob bestimmte fachpolitisch sinnvolle Vorhaben gefördert werden. Er soll vielmehr helfen zu beurteilen,

- ob diese Vorhaben an geeigneten Standorten platziert werden,
- ob ihre Dimensionierung eine auch längerfristig hinreichende Auslastung erwarten lässt,
- ob die zu fördernden Einrichtungen hinreichend flexibel sind, um den im demografischen Wandel sich ändernden Ansprüchen unterschiedlicher Nutzergruppen zu genügen, und
- ob die zu erwartenden Folgekosten auch unter den zukünftigen demografischen und fiskalischen Rahmenbedingungen finanziert werden können.

Über das Aus- und Fortbildungsinstitut in Blankenburg wurden den Mitarbeitern aus den Verwaltungen Schulungen zum Thema Demografie und demografie-sensibler Umgang mit Förderprogrammen im Jahr 2010 und 2011 angeboten. Die anfänglich gut besuchten Kurse wurden aufgrund der abnehmenden Teilnehmerzahl wieder abgesetzt. Um den an den Förderentscheidungen Beteiligten eine größere Handlungssicherheit zu bieten, reicht es nach den bisherigen Erfahrungen nicht aus, den Entscheidern „nur“ Schulungen zum Demografie-TÜV anzubieten und Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen. Derzeit wird an der Aufnahme von demografie-sensiblen Kriterien im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Fördermaßnahmen und –vorhaben in den Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 7 LHO gearbeitet. Im Rahmen der Überarbeitung der VV-LHO werden den Fachressorts Kriterien für eine demografie-sensible Prüfung von Maßnahmen und Projekten zur Verfügung gestellt.

Da sich Veränderungen im Infrastrukturbereich unmittelbar auf die Funktionsfähigkeit anderer Netze, Infrastrukturen und Einrichtungen auswirken, ist es erforderlich, Kriterien zu entwickeln, die neben der wirtschaftlichen Betrachtung eines Projektes auch dessen regionalwirtschaftliche Verflechtungen und Wechselwirkungen in den Blick nehmen. Dazu ist u. a. die Entwicklung von Lebensqualität, Standortqualität, Ausrichtung auf Zielgruppen sowie die Flexibilität in der Nutzung den Investitionskosten gegenüberzustellen. So kann u. a. die Effizienz und langfristige Nutzung einer investiven Maßnahme erhöht werden. Darüber hinaus kann eine demografie-sensible Plausibilitätsprüfung einen verant-

wortungsvollen Umgang mit Ressourcen bewirken und damit einen Beitrag für die Zukunftssicherung leisten.

Seit der Einführung des Demografie-TÜV hat sich die Mehrzahl der verantwortlichen Fachbereiche mit einer demografie-sensiblen Bewertung ihrer Fördermaßnahmen vertieft auseinandergesetzt. Der Förderprozess orientiert sich zunehmend an demografischen Handlungsnotwendigkeiten. Besonders die investive Förderung von Kindertageseinrichtungen ist als beispielgebend zu bewerten.

2.11 Fortschreibung der Regionalisierten Bevölkerungsprognose

Die Grundlage für die Fortschreibung des Handlungskonzeptes bildet die 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalts. Die Basis für die nächste Fortschreibung der Bevölkerungsprognose bildet nach dem bisherigen Rhythmus das Jahr 2011. Im Jahr 2011 wurde durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus 2011) nach dem Stand vom 9. Mai 2011 (Zensusstichtag) als Bundesstatistik durchgeführt. Danach werden die Bevölkerungszahlen der einzelnen Bundesländer neu berechnet bzw. an den tatsächlichen Stand angepasst. Auf Empfehlung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt und einem einstimmigen Votum im Interministeriellen Arbeitskreis Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen ist eine Fortschreibung der Prognose mit dem Datenstand vom 31.12.2011 nicht empfehlenswert, da aufgrund des Zensus 2011 voraussichtlich eine nicht unerhebliche Korrektur der tatsächlichen Bevölkerungszahlen stattfinden wird. Derzeit gibt es keine valide Datenbasis für 2011, auf der eine Neuberechnung erfolgen könnte. Daher sollen die Zensusdaten 2011 die Grundlage für die 6. Regionalisierte Bevölkerungsprognose bilden. Bei einer Fortschreibung der Prognose zum jetzigen Zeitpunkt muss davon ausgegangen werden, dass kurz nach Bekanntgabe der ersten Ergebnisse des Zensus eine Korrektur der 6. Prognose stattfinden müsste.

Erste vorläufige Ergebnisse des Zensus liegen Ende 2012 für Sachsen-Anhalt insgesamt vor. Das endgültige Ergebnis wird erst im Juni 2013 erwartet. Die Berechnung der 6. Regionalisierten Bevölkerungsprognose wird anschließend auf der Basis der Zensuszahlen vom 9. Mai 2011 berechnet werden.

3 Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes

3.1 Von der Prognose zu handlungsorientierten Konzepten

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und den daraus resultierenden Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft, hatte die Landesregierung im Oktober 2003 beschlossen, im Jahr 2004 ein Handlungskonzept zur „Nachhaltigen Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ vorzulegen. So wurde in Zusammenarbeit mit allen Ressorts und der Staatskanzlei ein Arbeitspapier erstellt, das Konsequenzen aus der Bevölkerungsprognose, mögliche Maßnahmen zur Anpassung an die prognostizierte Entwicklung sowie Ansatzpunkte für eine Gegenstrategie aufzeigte.

Während bei den ersten beiden Fassungen des Handlungskonzeptes (2005/2007) die Anpassungsstrategie mit dem Schwerpunkt der Daseinsvorsorge im Vordergrund stand, liegt der jetzige Schwerpunkt des Handlungskonzeptes für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt 2010“ bei zentralen Elementen einer Gegenstrategie sowie der Darstellung des ressortübergreifenden Ansatzes bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Das Konzept legt den Schwerpunkt auf jene Bereiche, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes von herausragender Bedeutung sind und vom demografischen Wandel stark beeinflusst werden. Die Prioritäten liegen daher auf strategischen Fragen, den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Finanzpolitik, der Schaffung einer ökonomischen Grundlage des Landes, einer umfassenden Bildung und Ausbildung der jungen Generation, der Stärkung von Familien zur Stabilisierung der Geburtenzahlen, der stärkeren Aktivierung der älteren Menschen sowie der Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise für ehrenamtliches Engagement.

3.2 Nachhaltige Finanzpolitik demografiefest gemacht

Für die öffentlichen Finanzen bedeutet Nachhaltigkeit, die Ausgabenpolitik so zu gestalten, dass eine finanzielle Belastung künftiger Generationen durch heutige politische Entscheidungen vermieden wird. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Ziel der Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes. Dies ist Voraussetzung dafür, dass die bestehende Verschuldung abgebaut und über eine Verrin-

gerung der Zinslast politischer Gestaltungsspielraum wieder gewonnen und für die Zukunft gesichert wird.

Eine nachhaltige Finanzpolitik berücksichtigt dabei bereits heute in der Finanzplanung auch die demografischen Veränderungen infolge der rückläufigen Einwohnerzahl. Gleichzeitig müssen solche Maßnahmen vorangetrieben werden, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranbringen und die Schaffung von Rahmenbedingungen unterstützen, die die Abwanderung insbesondere junger Menschen stoppen.

Die Einnahmen des Landes werden demografisch bedingt auch weiterhin stark zurückgehen, da ein wesentlicher Teil der Einnahmen der Länder einen engen Bezug zur Einwohnerzahl hat. So steht den Ländern nach den Regelungen des Grundgesetzes (Artikel 107) ein Anteil am Umsatzsteueraufkommen nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl sowie der unterproportionalen Steuerkraft zu. Auch der Länderfinanzausgleich im engeren Sinne sowie die Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen haben einen sehr starken Einwohnerbezug. Im Jahr 2011 hatte Sachsen-Anhalt aus den Steuereinnahmen, dem Länderfinanzausgleich und den Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen rd. 5,9 Mrd. EUR erhalten, das sind etwa 2.500 EUR je Einwohner. Dies macht umgekehrt auch die Konsequenzen eines weiteren Einwohnerverlustes deutlich: Sachsen-Anhalt verliert mit jedem Einwohner rd. 2.500 EUR pro Jahr an Einnahmen. Die Verringerung der Einwohnerzahl seit 1990 schlägt sich also unmittelbar in der Finanzkraft des Landes nieder.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen kann durch die Landespolitik kaum direkt beeinflusst werden, so dass sich die Haushaltspolitik auf diese Einnahmeverluste rechtzeitig einstellen und die erforderlichen Anpassungen fortlaufend auf der Ausgabenseite vornehmen muss. Zudem ist mit der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung eine veränderte Nachfrage nach privaten und öffentlichen Leistungen verbunden. Eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik ist daher vorrangiges Ziel der Landesregierung.

Für die Finanzplanung bedeuten die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, dass die langfristig im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums erwarteten steigenden Steuereinnahmen zu einem erheblichen Teil aufgrund des Bevölkerungsrückgangs wieder aufgezehrt werden.

Neben den Steuereinnahmen sind für das Land insbesondere auch die Einnahmen aus dem Solidarpakt (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen - SoBEZ) von Bedeutung.

Diese sind nicht von der zukünftigen Einwohnerentwicklung abhängig. Aufgrund der gesetzlich festgelegten degressiven Ausgestaltung der Leistungen entsteht hier aber ein zusätzlicher Einnahmerückgang: Seit dem Jahr 2005 gehen die Einnahmen jährlich absolut zurück und seit 2009 sind Beträge von jährlich über 100 Mio. EUR zu kompensieren. In Verbindung mit den dargestellten Einbußen bei den Steuereinnahmen werden sich nach den gegenwärtigen Projektionen langfristig Mindereinnahmen von über 1 Mrd. EUR bis zum Jahr 2020 ergeben. Dabei spielt neben dem Auslaufen der Mittel aus dem Solidarpakt II und dem Rückgang der EU-Fördermittel insbesondere auch der Beginn einer Nettotilgung im Landeshaushalt ab 2013 eine Rolle sowie der politisch gewollte Verzicht auf eine künftige Nettoneuverschuldung.

Zudem verlangt die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse, dass die Länder ab dem Jahr 2020 – sofern man sich in einer wirtschaftlichen Normallage befindet – keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Dies ist mit weiteren, erheblichen Konsolidierungsleistungen verbunden. Länder mit schwieriger Haushaltsslage, zu denen auch Sachsen-Anhalt zählt, erhalten dabei Konsolidierungshilfen, die den Übergang zur Einhaltung der neuen Schuldenregel zwar erleichtern sollen, aber auch an die Einhaltung eines strikten Konsolidierungspfad gebunden sind. Ab dem Jahr 2013 plant das Land, strukturell ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Sinkende Einnahmen und die Verpflichtung zur Einhaltung eines strengen Konsolidierungskurses führen dazu, dass, unter Beachtung der demografischen Entwicklung, die Ausgaben den langfristig sinkenden Einnahmen angepasst werden müssen. Mit der solidarischen Unterstützung finanziert Sachsen-Anhalt gegenwärtig ein Ausgabenniveau, das 2009 knapp ein Viertel über dem Niveau des Länderdurchschnitts und um etwa ein Drittel über dem Niveau der finanzschwachen Flächenländer West lag. Auch im Rahmen der Programmierung und der Umsetzung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 wird das Land den Demografieaspekt berücksichtigen. Als eines der bereits vom Kabinett beschlossenen Querschnittsziele ist bei der Ausrichtung aller Förderprogramme die Bewältigung der demografischen Herausforderungen integrativ mitzudenken.

Die enge Verknüpfung von Land und Kommunen bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben macht zudem eine Finanzpolitik erforderlich, die die Situation beider Ebenen gleichermaßen im Blick hat (Konsolidierungspartnerschaft). Es muss daher Ziel sein, in einer Zeit des demografischen Wandels und zurückgehender Finanztransfers staatliche und kommunale Ebene handlungs- und gestaltungsfähig zu halten. Angesichts zurückgehender Leistungen von Bund und EU ste-

hen das Land Sachsen-Anhalt und seine Kommunen vor der Herausforderung, bis 2019 die Anpassung an die finanzpolitische Normalität umzusetzen. Dies kann nur gelingen, wenn es eine langfristige strategische Partnerschaft mit den Kommunen zur Stabilisierung der Haushalte gibt (Bündnis für starke Kommunen). Dabei stehen für beide Ebenen – Land wie Kommunen – der Verzicht der Ausgabenfinanzierung über neue Schulden sowie die Stärkung von Vorsorgeelementen und gleichzeitiges weiteres Investieren in Zukunftsprojekte im Mittelpunkt. Keine der beiden Ebenen – Land und Kommunen – darf bei den eigenen Anstrengungen nachlassen.

Das Land hat sich dabei ausdrücklich zu seiner Verantwortung bekannt und unterstützt die Kommunen bei der Konsolidierung. Das Land hilft den Kommunen bereits heute hinsichtlich ihrer Belastung durch Kreditmarktschulden. Das hierzu aufgelegte Teilentschuldungsprogramm wird unter dem Namen „STARK II“ im Auftrag des Landes von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt abgewickelt. Mit der Konsolidierungspartnerschaft „STARK II“ unterstützt das Land die Kommunen darin, mittel- und langfristig finanzielle Spielräume wieder zu gewinnen, da mit der Teilentschuldung spürbare Entlastungen beim Schuldendienst verbunden sind. Gleichzeitig müssen die Kommunen durch konsequentes Sparen auch selbst weiter zum Schuldenabbau beitragen.

STARK II wird ergänzt durch das Programm STARK III. Mit diesem Programm hat Sachsen-Anhalt eines der zentralen Investitionsvorhaben für die Kommunen und auch für die regionale Wirtschaft in diesem Jahrzehnt begonnen. Geplant ist ein Volumen von rund 600 Mio. EUR, die bis 2019 investiert werden sollen. Alle Schulen und Kindertagesstätten im Land sollen damit energetisch saniert und mit IT modernisiert werden. Voraussetzung ist, dass diese Einrichtungen im Vorfeld den Demografie-Check bestehen.

3.3 Den wirtschaftlichen Aufbau im demografischen Wandel gestalten

Wirtschaftsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt liegen in den auch für die Begleitung des demografischen Wandels bedeutenden Sachgebieten:

- Verbesserung der Wachstumsbedingungen durch gezielte Wirtschaftsförderung und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen der GRW und des EFRE;
- Sicherung der Innovations- und Beschäftigungsfähigkeit durch Innovationsförderung;
- Förderung des Unternehmertums durch die gezielte Unterstützung der Existenzgründerinitiative;
- Abbau von Beschäftigungshemmnissen durch eine gezielte aktive Arbeitsmarktpolitik.

Wirtschaftspolitisch ist darauf abzustellen, die gesamtwirtschaftliche Flexibilität zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum zu stärken. Hierbei kommt der Arbeitsproduktivität eine besondere Bedeutung zu, da deren Erhöhung den Rückgang des Arbeitsangebotes abmildern oder sogar kompensieren kann. Entscheidend sind dafür Investitionen in Human- und Sachkapital sowie in Forschung und Entwicklung.

Herausragende wirtschaftspolitische Bedeutung haben nach wie vor aufgrund ihres regionalpolitischen Ausgleichziels, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-gewerblich und GA-Infrastruktur) und der Einsatz der Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF).

In der Anwendung beider Instrumente auf Landesebene werden wirtschaftspolitisch die Entwicklungen unterstützt, die dabei helfen Auswirkungen des demografischen Wandels zu bewältigen bzw. zu verhindern. Dies sind in erster Linie: Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft, Förderung kommunaler Investitionen zum Aufbau wirtschaftsnaher Infrastrukturen (auch Tourismus), Förderung von KMU, Förderung von nichtinvestiven Maßnahmen von KMU, die deren Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stärken und eine Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der dafür notwendigen Infrastruktur.

Im Ergebnis werden dadurch wesentliche Rahmenbedingungen für die Bewältigung des demografischen Wandels gesichert, nämlich Arbeitsplätze, Innovationen, Unternehmertum, Bildung.

Im Zeitraum 2000 bis 31.10.2012 wurden durch die gewerbliche Investitionsförderung in Höhe von 14,5 Mrd. EUR 144.407 Dauerarbeitsplätze gesichert, davon entfallen 130.725 auf den ländlichen Raum. Betrachtet man die Verteilung

auf Kreisebene, so bestätigen sich die im Landesentwicklungsplan 2010 festgelegten Wachstumsräume im ländlichen Raum. Sowohl der Nordharz als auch Dessau-Roßlau und die Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg sind Schwerpunkte der Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen. Darüber hinaus liegen weitere Schwerpunkte in den Verdichtungsräumen Halle und Magdeburg.

Die Analyse der geförderten Branchen nach Kreisen bestätigt für das Jahr 2011 die Aussagen zu den Wachstumsräumen im ländlichen Raum ebenfalls. Im Nordharz, einem Schwerpunkt des Maschinenbaus und der Metallindustrie, betrug die Investitionssumme 2011 rd. 76 Mio. EUR oder rd. 60 Prozent der Gesamtinvestitionen im Landkreis auf diese beiden Schwerpunktbranchen. Für Dessau-Roßlau/ABI/WB bestätigen die Zahlen für die Schwerpunktbranchen Chemie und Maschinenbau ebenfalls deren Bedeutung für den Wachstumsraum. Zusätzliche Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren der Bereich Dienstleistungen für Unternehmen sowie Maschinenbau. Die Investitionssummen der chemischen Industrie lagen bei rd. 110 Mio. EUR entsprechend 36 Prozent der Gesamtinvestitionen in der Region des Jahres 2011.

Damit wird die im Landesentwicklungsplan 2010 formulierte These, im ländlichen Raum über dynamische und wirtschaftlich aktive Wachstumsräume zu verfügen, gestützt. Sie weisen ein eigenständiges zukunftsfähiges Profil auf und verfügen über dynamische Wirtschaftsstandorte. Sie tragen erheblich zur Schaffung von Einkommen im ländlichen Raum bei, nehmen eine Ausstrahlungsfunktion wahr und sind neben den Verdichtungsräumen Träger der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die mit dieser Dynamik verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung tragen ganz grundsätzlich dazu bei, Menschen in den Regionen zu halten und jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Damit wird den Auswirkungen von Einzelaspekten des demografischen Wandels wie der Abwanderung und Überalterung der Erwerbstätigen entgegen gewirkt.

Der konsequente Aufbau bzw. die Sicherung wirtschaftsnaher Infrastrukturen stabilisiert zusätzlich den wirtschaftlichen Aufbau in den ländlichen Räumen. Zum einen verfügen alle Landkreise über wettbewerbsfähige Gewerbe- und Industrieflächen, zum anderen ist eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung Bestandteil der GRW-Förderung. In die Förderung der wirtschaftsnahen Infrastrukturen fließen seit dem Jahr 2000 rd. 1,142 Mrd. EUR bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,5 Mrd. EUR. Der Anteil der Förderungen in die Erschlie-

ßung und Wiederherrichtung von Industrie- und Gewerbelände lag bei rd. 56 Prozent der Gesamtinvestitionssumme.

Der Aufbau und der Erhalt von wirtschaftsnaher Infrastruktur stellt die wesentliche Grundlage für jegliches Investitionsgeschehen der gewerbliche Wirtschaft dar. In Kombination beider Förderbereiche im Rahmen der GRW werden in allen Räumen des Landes die Voraussetzungen für das Angebot von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Erzielung von Einkommen geschaffen. Damit werden wesentliche Haltefaktoren positiv beeinflusst.

Regionalpolitische Partizipations- und Kooperationsförderungen über die GRW

Regionalpolitische Partizipations- und Kooperationsförderungen tragen auf zwei Ebenen zur regionalen Entwicklung bei. Zum einen werden kritische Massen (Cluster) und thematische Kristallisationspunkte (Regionalbudget, Cluster) ermöglicht, die die Leistungsfähigkeit bestimmter Branchen und Regionen des Landes erhöhen und sowohl nach außen wie nach innen wahrnehmbar machen. Für den Bereich der branchenbezogenen Cluster ist mit einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweils beteiligten Branchen zu rechnen. Regionen können durch verbesserte thematische und organisatorische Zusammenarbeit ihre Position im Standortwettbewerb positiv beeinflussen.

Zum anderen werden über die Partizipations- und Kooperationsförderungen regionale und thematische Identitäten initiiert, die ebenfalls entwicklungsbestimmend wirken. Unternehmen, Verwaltungen und Einwohner lernen über Kooperation und durch Partizipation ihre Regionen besser kennen, können ihre Erwartungen stringenter formulieren und damit als Region wahrnehmbar werden. Diese regionale Identität ist es, die neben der Erfüllung der Anforderungen der Daseinsgrundversorgung die Attraktivität von Lebensräumen positiv beeinflussen und damit als ein wesentlicher Haltefaktor zu werten ist.

Regionalmanagements, Regionalbudgets und Cluster

Im Land Sachsen-Anhalt werden auf der Grundlage des Koordinierungsrahmens der GRW neben Clustermanagements vor allem Regionalmanagements sowie seit 2009 Regionalbudgetmittel bewilligt.

Förderung des Regionalmanagements

Für die fünf laufenden Regionalmanagements des Landes wurden Zuschüsse von insgesamt 4,17 Mio. Euro bewilligt. Per 31.12.2010 wurden Zuschüsse in Höhe von rd. 3,62 Mio. EUR ausgezahlt. Dieses entspricht einer Inanspruchnahme des Zuschussvolumens von 86,8 Prozent.

Tabelle 12: Förderung des Regionalmanagement

Regionalmanagement	Zuschuss	Auszahlung	
		Summe in EUR	Prozent
Magdeburg	779.792,29	779.792,29	100
Altmark	542.521,40	542.621,40	100
Halle	402.246,60	402.246,60	100
Anhalt	1.389.417,12	1.202.006,90	86,5
Harz	1.051.927,19	691.944,56	65,8

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Regionalbudget

Seit 2009 werden regionale Projekte im Rahmen der Inanspruchnahme von Regionalbudgetmitteln gefördert. Das Land hat in den fünf Planungsregionen des Landes Regionalmanagementprojekte gefördert, die als Grundlage für den Einsatz der Mittel des Regionalbudgets dienen sollen.

Tabelle 13: Regionalbudget 2009 - 2011

Region	Projekte	Investvolumen	Zuschuss bewilligt
	Anzahl	EUR	
Altmark	16	743.938	591.209
Harz	9	765.268	611.840
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	16	964.503	765.762
Halle	3	900.000	712.800
Magdeburg	6	394.377	315.137

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Durch die Regionalbudgets wird die regionale Zusammenarbeit in den Regionen weiter intensiviert. Die notwendigen Abstimmungsprozesse für die Antragsvorbereitung und die Projektrealisierung haben zu einer deutlichen Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit und zu einer verbesserten regionalen Identifikation regionaler Akteure geführt. Dies gilt insbesondere für die Region Anhalt, wo künftig die gesamte Region Träger der Wirtschafts- und Tourismusförderung sein wird.

Die Regionen haben die Mittel der Regionalbudgets erneut für die Verstärkung und Fortführung regionaler Entwicklungsansätze bzw. Problemschwerpunkte eingesetzt.

Clusterförderung

Die seit einigen Jahren praktizierte ideelle und finanzielle Förderung von Cluster- und Vernetzungsprozessen durch das Land stellt einen wichtigen Bestandteil der regionalen Wirtschaftsförderung dar. Die dynamische Entwicklung des Landes wird im Wesentlichen von innovativen Unternehmen und unternehmerisch denkenden Menschen getragen. Eine ausgeprägte Clusterlandschaft trägt maßgeblich zum regionalen Wachstum bei. Derzeit werden in Sachsen-Anhalt sieben Clusterprojekte aus Mitteln der GRW gefördert. Insgesamt wurde dafür ein Zuschuss von 5,33 Mio. Euro bewilligt von dem bis zum 31.12.2011 71,1 Prozent bzw. 3,82 Mio. Euro ausgezahlt worden sind.

Tabelle 13: Clusterförderung

Projektträger	Zuschuss	Auszahlung	
	EUR		Prozent
Sachsen-Anhalt Automotive e.V.	869.739	766.374	88
Zentrum für Regenerative Energien e.V. und AT	500.000	404.938	81
tti Magdeburg GmbH	952.651	539.633	57
Marketingpool Ernährungswirtschaft e.V.	814.585	371.908	46
isw Gesellschaft für wissenschaftliche Beratung und Dienst. mbH	900.000	639.043	71
POLYKUM e.V. Fördergemeinschaft	793.500	670.206	85
BIO Mitteldeutschland GmbH	495.200	432.176	87

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Tourismusförderung

Die Tourismuspolitik in Sachsen-Anhalt ist maßgeblich durch kulturtouristische sowie aktiv-/ naturtouristische Schwerpunktthemen geprägt. Die touristischen Schwerpunkte und Themen sind konzeptionell in den Markensäulen („Straße der Romanik“, „Gartenträume - Historische Parks in Sachsen-Anhalt“, „Himmelswege“ und „Blaues Band – Wassertourismus in Sachsen-Anhalt“) und Schwerpunktthemen (Luther 2017 - 500 Jahre Reformation), UNESCO-

Welterbe Sachsen-Anhalt, Musikland Sachsen-Anhalt, Naturfreude – Durchatmen in Sachsen-Anhalt gefasst.

Für die Erhaltung und die Nutzung des kulturellen Erbes Sachsens-Anhalts, Kernthema der Tourismuspolitik des Landes, wurden in Kooperation von Land und Regionen Konzepte für die Vermarktung entwickelt. Im örtlichen Umfeld wurde der Ausbau der touristischen Infrastruktur gefördert und die Schaffung nachfragegerechter touristischer Angebote vorangetrieben.

So sind eine leistungsfähige Infrastruktur, eine moderne Hotellerie und Gastronomie und attraktive Kur-, Bäder- und Erholungsorte mit ihren medizinischen Rehabilitationseinrichtungen entstanden. Ein vielfältiges und attraktives Angebot für Gäste kennzeichnet die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Tourismus im Reiseland Sachsen-Anhalt. Das sind die Voraussetzungen für die Sicherung von Wertschöpfungsketten und Erwerbsmöglichkeiten, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegenen Übernachtungszahlen und damit verbundene Beschäftigungswirkungen des Tourismus - Zeichen des Erfolgs der Tourismuspolitik und des Engagements der Akteure.

Die touristische Nachfrage in Sachsen-Anhalt ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. So hat das Land im Jahr 2011 die Marke von 7 Mio. Übernachtungen überschritten. Das bedeutete einen Zugewinn von über 1 Mio. Übernachtungen in den letzten sechs Jahren.

2011 stieg die Zahl der Ankünfte um 3,9 Prozent (2,89 Mio.) gegen über dem Vorjahr. Die Übernachtungen stiegen um 3,1 Prozent auf 7,07 Mio. Der Gästezuwachs aus Deutschland lag bei 4,6 Prozent (Übernachtungen 3,6 Prozent), die Gästeentwicklung aus dem Ausland lag bei -4,9 Prozent (Übernachtungen bei -3,7 Prozent). Der Anteil der Gäste aus dem Ausland an den gesamten Ankünften lag bei sieben Prozent (Anteil an den Übernachtungen: 6,5 Prozent).

Der Anstieg der Gästezahlen und Übernachtungen wird durch die Entwicklung in allen Reisegebieten getragen. Mit 972.201 Gästeankünften und einem 40 Prozent-Anteil an den Übernachtungen (2,74 Mio.) ist der Harz das wichtigste Reisegebiet in Sachsen-Anhalt. Den größten Zuwachs bei den Ankünften erzielte 2011 die Reiseregion Halle/Saale-Unstrut (7,2 Prozent); den größten Zuwachs bei den Übernachtungen erzielte der Harz (3,9 Prozent).

Tabelle 14: Aufgliederung der Ankünfte und Übernachtungen nach Regionen (2011)

Reisegebiet	Ankünfte	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	insgesamt	Prozent	insgesamt	Prozent
Sachsen-Anhalt	2.885.685	3,9	7.069.738	3,1
Harz, Harzvorland	972.201	4,7	2.740.846	3,9
Halle, Saale-Unstrut	596.144	7,2	1.302.178	3,6
Anhalt-Wittenberg	412.686	2,1	987.930	1,6
Magdeburg, Elbe-Börde-Heide	685.580	1,6	1.482.536	2,7
Altmark	219.074	2,7	556.248	2

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Im Zeitraum von 2006 bis 2011 sind die Zahl der Beherbergungsbetriebe von 1.036 auf 1.064 und die Zahl der Betten von 52.157 auf 61.260 Schlafgelegenheiten gestiegen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag nahezu unverändert bei 2,4 Tagen; die durchschnittliche Bettenauslastung sank von 32,7 Prozent auf 28,7 Prozent. Hier ist die Absenkung der Änderung in der Bettenerfassung geschuldet.

Im Zeitraum von 2006 bis 2011 wurden 81 Infrastrukturvorhaben zur Verbesserung der touristischen Erschließung mit einer Investitionssumme von rund 55 Mio. EUR, davon etwa 43 Mio. EUR Fördersumme, realisiert. Im Zeitraum 2006 bis 2011 wurden insgesamt 34 privat-gewerbliche Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 84 Mio. EUR, davon Investitionszuschuss 34 Mio. EUR, realisiert. Durch diese Vorhaben wurden rund 860 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Sachsen-Anhalt ist ein attraktives Reiseziel mit langfristig guten Wachstumsaussichten. Die weitere Positionsbestimmung ist von den Entwicklungen in den Quellmärkten abhängig. Dabei gilt es weiterhin wichtige Trends bei den Reiseentscheidungen der Kunden zu beachten: Spontane Buchungen nehmen zu, die Aufenthalte verkürzen sich, die Lebensstile und damit auch die Nachfrage differenzieren sich weiter aus und die Preissensibilität der Kunden nimmt zu. Sachsen-Anhalt wird weiter mit den Themen Kultur & Städte, verstärkt auch mit den Themen Aktiv und Natur seine touristischen Ziele verfolgen. In der Quellmarkt-

bearbeitung müssen der Deutschlandtourismus gepflegt und ausländische Quellmärkte verstärkt erschlossen werden. In den aggressiv umkämpften Märkten kommen dem Thema Qualität und der Herausstellung von Alleinstellungsmerkmalen hohe Bedeutungen zu.

Förderung von Existenzgründungen

Im Rahmen der Existenzgründungsoffensive ego. fördert das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft seit mehreren Jahren verschiedene Projekte aus Mitteln des Landes und der Europäischen Strukturfonds (EFRE und ESF), die zu einer nachhaltigen Verbesserung des Klimas für unternehmerisches Handeln führen sollen und um Menschen zur Gründung eines Unternehmens als Existenzgrundlage zu motivieren. Seit 2007 ist die Förderung noch stärker auf die wirtschaftspolitisch erfolgversprechenden innovativen und wachstumsorientierten Unternehmensgründungen insbesondere aus Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ausgerichtet.

Startpunkt der Fokussierung auf innovative, wissens- und technologiebasierte Gründungen in Sachsen-Anhalt war die Einrichtung und Förderung von Hochschul-Gründernetzwerken an den Universitäten in Halle (Saale) und Magdeburg. Daneben stehen mit den Programmen ego.-START, ego.-PROTOTYPEN und ego.-PLUS zusätzliche finanzielle Unterstützungsinstrumente für junge Existenzgründer mit innovativen Konzepten zur Verfügung. Insgesamt wurden in der Förderperiode 2007 – 2013 zur Umsetzung der verschiedenen Förderprogramme 44 Mio. Euro bereitgestellt.

In einem Zeitraum zwischen 2004 und 2010 wurden so an den Hochschulen im Land insgesamt 884 Startups hervorgebracht und dadurch insgesamt 2.890 Arbeitsplätze geschaffen. Einen wesentlichen Anteil an diesem Erfolg haben die vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft geförderten Hochschulgründernetzwerke.

Damit Gründungen aus Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen besser unterstützt werden können, hat das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft im Jahr 2010 das Förderprogramm ego.-INKUBATOR neu aufgelegt.

ego.-INKUBATOR dient dazu, frühzeitig in einem praxisnahen Umfeld unternehmerisches Denken in den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt zu entwickeln, neue Lösungsansätze zu erforschen und Startups zu unterstützen. Im Vordergrund steht der praxisorientierte Ansatz, die Generierung von Geschäftsideen in den jeweiligen Fachbereichen.

Die Hochschulen werden in diesem Programm bei der Finanzierung der Einrichtung von Inkubatoren, z. B. mit gründungsbezogener Infrastruktur und Ausstattung für Gründerräume, Werkstätten, Labore, kleinere Pilot- /Versuchsanlagen unterstützt. Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Absolventen aus Hochschulen können so ihre innovativen Geschäftsideen am besten in einem praxisnahen Umfeld entwickeln und erproben.

Seit dem Inkrafttreten des neuen Förderprogramms ego.-INKUBATOR im August 2010 konnten bisher für 10 Vorhaben Fördermittel mit einem Volumen von rd. 3,5 Mio. Euro gewährt werden. Insgesamt stehen rd. 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Neben dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt das Ministerium für Justiz und Gleichstellung im Rahmen von ESF-Maßnahmen die „Förderung von Chancengleichheit von Frauen in Beruf und Bildung – Aufstiegschancen für Frauen“. Mit den Projekten „MovE“ und „Gender-Univations“, die an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Martin-Luther-Universität Halle durchgeführt wurden, sollten die Studentinnen bereits während des Studiums für die Unternehmensgründung sensibilisiert werden und dabei Schlüsselqualifikationen für eine Selbständigkeit erlernen, eine eigene Selbständigkeit erproben und besser vernetzt (Wissenschaft, Wirtschaft und Kapital) werden.

Mit der Durchführung dieser Projekte setzte das Land Sachsen-Anhalt im Rahmen seiner Maßnahme zur „Förderung von Chancengleichheit/Förderung von Frauen in Beruf und Bildung – Aufstiegschancen für Frauen“ erstmals verstärkt auf die Sensibilisierung zur Unternehmensgründung in der Richtung social Entrepreneurships. Diese neue Unternehmenskultur soll zeigen, dass sich Gewinn und gesellschaftliches Engagement nicht ausschließen müssen.

Netzwerkförderung

Leistungsfähige Netzwerke der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt sind:

- Das Netzwerk für Neurowissenschaften zwischen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Center for Behavioral Brain Sciences – CBBS) und dem Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN) Magdeburg;
- Das Netzwerk für komplexe dynamische Systeme zwischen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und dem Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg;

- Das Netzwerk Materialwissenschaften/Photovoltaik zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Hochschule Anhalt, dem Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik Halle, dem Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik Halle und diversen Wirtschaftspartnern;
- Der Wissenschaftscampus „Pflanzenbasierte Bioökonomie“ zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie Halle, dem Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie dem Agrochemischen Institut Piesteritz in Wittenberg;
- Das Kompetenzzentrum für angewandte und transferorientierte Forschung (KAT) unter Federführung der vier Fachhochschulen und unter zunehmender Beteiligung der Universitäten;
- Das Kunststoffkompetenzzentrum zwischen der Hochschule Merseburg, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und verschiedenen Wirtschaftspartnern.

Nachwuchsförderung

An den Max-Planck-Instituten konnten „Internationale Max-Planck-Research-Schools“ (IMPRS) zu bestimmten Schwerpunkten etabliert werden, mit der die internationale Nachwuchsförderung gemeinsam mit den Universitäten Magdeburg und Halle eine neue Qualität erreicht. Diese Form der Nachwuchsförderung wird auch durch Mittel des Paktes für Forschung und Innovation unterstützt. Darüber hinaus ist das MPI in Magdeburg in der Bundesinitiative FOR-SYS eingebunden.

Mit dem BMBF-Programm InnoProfile werden wirtschaftsorientierte Nachwuchsforschergruppen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen gefördert. Durch die Kooperation von regionaler Nachwuchsforschung und wirtschaftlichen Kompetenzträgern wird die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft in den ostdeutschen Regionen systematisch gestärkt. Bisher waren fünf Projekte aus Sachsen-Anhalt auf den Gebieten Mikrosystemtechnik, Biowissenschaften, Solar-, Umwelt- und Verfahrenstechnik sowie Medizintechnik erfolgreich.

Darüber hinaus wurden an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Martin-Luther-Universität Halle je ein Mentoringprogramm für Absolventinnen und Nachwuchswissenschaftlerinnen im Rahmen der ESF-Maßnahme „Unterstützung wissenschaftlicher Karrieren von Frauen“ angeboten.

Berufsorientierung

Im Rahmen der ESF-Maßnahme „Berufsorientierung in zukunftsträchtigen Berufen“ hat das Ministerium für Justiz und Gleichstellung drei Projekte gefördert. Projektträger waren die Deutsche Angestellten Akademie, Außenstelle Magdeburg, die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und die Hochschule Merseburg. Zwei Projekte sind zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen. Ein Projekt wurde kostenneutral verlängert.

Im Rahmen der Projekte wurde ab der 6. Klasse Berufsorientierung zum Beispiel in Form von Girls-Technik-Clubs sowie Praktika für Gymnasiastinnen ab der 11. Klasse an den Universitäten und Hochschulen des Landes angeboten. Es ist vorgesehen, auch in der künftigen Förderperiode 2014-2020 Projekte zu fördern, die das stereotype Berufs- und Studienwahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen aufbrechen. Aufgrund von vielen bestehenden berufsorientierenden Maßnahmen setzte das Ministerium für Justiz und Gleichstellung zuletzt bei der Förderung von Projekten zur „Berufsorientierung in zukunftsträchtigen Berufen“ zukünftig auf die Durchführung von Praktika für junge Frauen mit Hochschulzugangsvoraussetzungen, um die Zahl weiblicher Studierender in den Studienrichtungen zu erhöhen, wo Frauen unterrepräsentiert sind. Dies gilt vor allem für die sogenannten MINT-Berufe (**M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften und **T**echnik). Es ist vorgesehen, auch in der künftigen Förderperiode 2014 bis 2020 Projekte zu fördern, die das stereotype Berufs- und Studienwahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen aufbrechen.

Ausbildung Alleinerziehender

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Fachkräftesicherung ist die stärkere Erschließung des Potentials von Alleinerziehenden.

Alleinerziehende sind überdurchschnittlich stark von Armut betroffen, deren Ursache oftmals im Zusammenhang mit fehlender Berufsausbildung steht. Bildung und Ausbildung spielen daher eine zentrale Rolle zur Vermeidung von Armut.

Sachsen-Anhalt unterstützt junge alleinerziehende Frauen auf ihrem Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Mit der EU-Maßnahme „Ausbildung Alleinerziehender“ werden alleinerziehende junge Mütter unter 27 Jahren ohne Berufsausbildung dazu ermutigt und befähigt, eine betriebliche Erstausbildung zu absolvieren.

Im Förderzeitraum wurden vom MJ insgesamt 5 Projekte jeweils über eine Laufzeit von drei Jahren gefördert. Träger der Maßnahmen sind der Ausbil-

dungsverbund der Wirtschaftsregion Braunschweig/Magdeburg, die Deutsche Angestellten Akademie GmbH und das Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt e. V. Zwei Projekte konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Wahl der Ausbildungsberufe erstreckt sich über die Branchen Dienstleistung, Pflege, Handel und Lagerwirtschaft sowie den kaufmännischen Bereich. Die Projekte sollen individuelle Organisationsformen und Zeitmodelle für junge Mütter in der Ausbildungsphase entwickeln. Gleichzeitig wird gezielte Beratung, psychosoziale Begleitung und Unterstützung angeboten, um Ausbildungsabbrüche, die im Zusammenhang mit der Bewältigung des Alltags und der spezifischen Lebenssituation stehen, zu vermeiden.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der Suche nach dem geeigneten Ausbildungsplatz unter Berücksichtigung der individuellen Eignungsfeststellung für einen Ausbildungsberuf und die Erstellung anspruchsvoller Bewerbungsunterlagen. Darüber hinaus werden die Teilnehmerinnen in Praktika auf die Ausbildung vorbereitet. Auch wird dem Knüpfen sozialer Kontakte unter den Teilnehmerinnen und den Projektbetreuerinnen große Bedeutung beigemessen.

3.4 Qualität der Bildung dauerhaft sichern

3.4.1 Qualitative Stärkung der Kindertageseinrichtungen (frühkindliche Bildung)

Mit einer Qualitätsoffensive sollen die Chancen der Kinder und Jugendlichen für ein gutes und gesundes Aufwachsen in Sachsen-Anhalt erhöht werden, denn die Kinder sind die Zukunft unseres Landes.

Die hervorragende quantitative Ausstattung mit Kindertageseinrichtungen als Standortfaktor wird durch eine qualitative Stärkung weiterentwickelt. Seit dem Jahr 2008 wurden vom Land bereits über 100 Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau von Kindertageseinrichtungen investiert. Mit dem Programm STARK III sollen weitere Kindertageseinrichtungen folgen, um flächendeckend eine nachhaltige Bildungslandschaft zu sichern.

An der Hochschule Magdeburg – Stendal (FH) wurde der erste Jahrgang des Bachelorstudienganges "Bildung, Erziehung und Betreuung im Kindesalter - Leitung von Kindertageseinrichtungen" erfolgreich absolviert. Der Einsatz der gut ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen trägt nun zur Qualitätsverbesserung in den Kindertageseinrichtungen bei.

Das Projekt „Verbesserung der vorschulischen Bildung durch Qualifizierung des Betreuungspersonals“ mit 750 teilnehmenden Kindertageseinrichtungen und 6.000 teilnehmenden pädagogischen Fachkräften ist ein weiterer Schritt zur Qualitätssteigerung. Substantielle Verbesserungen für die Kinder, für die Eltern und für die Erzieherinnen und Erzieher bringt die vom Landtag Sachsen-Anhalt am 13.12.2012 verabschiedete Novelle des Kinderförderungsgesetzes. Zentrale Inhalte sind:

- die Einführung des Ganztagsanspruchs von bis zu zehn Stunden für alle Kinder ab dem 1. August 2013;
- die Entlastung von Mehrkind-Familien mit zwei oder mehreren Kindern bis zum Schuleintritt in einer Kindertageseinrichtung durch Begrenzung der Kostenbeiträge auf maximal 160 Prozent des Kostenbeitrages für das ältere Kind;
- die Verbesserung der Bedingungen für Kinder und für Erzieherinnen und Erzieher, bspw. wird der Personalschlüssel bei den drei Jahre alten Kindern bis zum Beginn der Schulpflicht beginnend ab dem 1. August 2013 von derzeit 1 zu 14,625 auf 1 zu 12,5 und der Personalschlüssel bei den Kindern unter drei Jahren ab dem 1. August 2015 von derzeit 1 zu 6,666 auf 1 zu 5,55 verbessert;
- das vollständig überarbeitete und ergänzte Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ als verbindliche Grundlage für die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen.

Das zusätzliche jährliche Finanzvolumen für diese Leistungen beträgt 53 Millionen Euro.

3.4.2 Ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Schulnetz sichern

Es ist ein langfristiges Ziel der Landesregierung, landesweit ein erreichbares und leistungsfähiges Bildungsangebot zu sichern und zu erhalten.

Bereits die seit 2008 geltende Schulentwicklungsplanungsverordnung ermöglicht flexible schulische Mindestgrößen für weiterführende Schulen. Neben einer schon länger praktizierten Differenzierung zwischen Einzel- und Mehrfachstandorten für Gymnasien, wurde diese Differenzierung auf die Sekundarschulen übertragen und zusätzlich die Möglichkeit eingeführt, in bestimmten dünn besiedelten ländlichen Regionen kleinere Sekundarschulen zu führen. Dieses

Modell ist geeignet, auch künftig auftretende demografisch bedingte Schwankungen der Schülerzahlen regional differenziert abzumildern und damit das Standortnetz dieser Schulformen zu stabilisieren.

Seit 2012 eröffnet das Schulgesetz bestehenden Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien die Möglichkeit, sich auf freiwilliger Basis in eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht den Erwerb aller Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen. Sie kann deswegen eine unterstützende Rolle bei der Gestaltung demografiefester Bildungsangebote insbesondere im ländlichen Raum sein.

Das sehr engmaschige Netz und die hohe Anzahl sehr kleiner bestandsgefährdeter Grundschulen in Sachsen-Anhalt ist mit Blick auf die zu erwartende Schülerzahlentwicklung nicht nachhaltig und macht im kommenden Planungszeitraum 2014/15 bis 2018/19 moderate Korrekturen unvermeidlich. Die Neufassung der Schulentwicklungsplanungsverordnung für 2014/15 bis 2018/19 reagiert darauf und hebt die erforderliche schulische Mindestgröße geringfügig an. Gleichzeitig werden die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes aufgegriffen und auch für die Grundschulen nach der Besiedlungsdichte differenzierte schulische Mindestgrößen ermöglicht. Diese Maßnahmen schränken den Grundsatz eines erreichbaren und leistungsfähigen Bildungsangebots nicht ein.

Die nachhaltige Sicherung des Schulnetzes unter den Bedingungen des demografischen Wandels wird durch die Schulbauförderung unterstützt. In Sachsen-Anhalt werden in der EU-Förderperiode 2007-2013 Mittel der Europäischen Union (EFRE und ELER) ergänzt von Landesmitteln und Eigenmitteln der Schulträger in die Sanierung von Schulen investiert. Die dafür entwickelten Richtlinien (EU-Schulbaurichtlinie, Stark III-ELER-Schulbaurichtlinie, Stark III-EFRE) enthalten Anforderungen an die nachhaltige Bestandssicherheit der ausgewählten Schulen und damit an deren Bedeutung für ein nachhaltig stabiles Schulnetz (Demografiecheck). Es ist vorgesehen, eine Schulbauförderung in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 fortzusetzen.

3.4.3 Hochschulen - Anziehungspunkt für junge Menschen

Die Zahl der hochschulzugangsberechtigten Schulabgänger ist demografisch bedingt im Land Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren stark zurückgegangen und hat sich nun auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Dieser Verlust von rund 40 Prozent „landeseigener“ Studienanfänger muss jedes Jahr durch Zuwanderung von Studienanfängern aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland ausgeglichen werden.

2008 hat die Kultusministerkonferenz für Sachsen-Anhalt langfristig etwa 6.200 Studienanfänger jährlich vorausberechnet. Die Hochschulen haben seit dem durch intensives Marketing die Attraktivität ihrer Studiengänge und der Ausbildungsbedingungen sichtbar gemacht. Dazu ist die Umsetzung des Hochschulpakts 2020 im Land Sachsen-Anhalt unter das Motto Studieren-Leben-Karriere gestellt worden. Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Hochschulen neben der wissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung junger Leute einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, gemeinsam mit ihren regionalen Partnern die Lebensqualität einer Region zu verbessern und insbesondere gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft jungen Leuten eine berufliche Perspektive vor Ort anzubieten. Dass diese Maßnahmen wirken, zeigen die aktuellen Studienanfängerzahlen und die in 2012 von der Kultusministerkonferenz neu berechnete Prognose. Derzeit werden für das Land Sachsen-Anhalt langfristig rund 8.800 Studienanfänger vorausberechnet, das entspricht dem Niveau des Jahres 2005. Von den 10.896 Studienanfängern im Jahr 2011 kamen zwei Drittel aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland.

Vor diesem Hintergrund hat sich der im Land seit 2004/2005 eingeschlagene Weg, in der Forschung die Förderung auf Schwerpunkte zu konzentrieren und klare abgegrenzte Profile für jede Hochschule herauszubilden, bewährt. Die Notwendigkeit für eine Weiterentwicklung der Hochschulstruktur in den nächsten Jahren ergibt sich aus den sich verändernden Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen. Neben der demografischen Entwicklung sind dies vor allem die Notwendigkeit zur Konsolidierung der Finanzen des Landes und der schärfer werdende Wettbewerb um Köpfe und Ressourcen zwischen den Hochschulen auf nationaler und internationaler Ebene. Im Dezember 2010 haben sich die Landesregierung und die Hochschulen des Landes in der Rahmenvereinbarung zu den Zielvereinbarungen 2011-2013 auf eine Weiterentwicklung der Hochschulstruktur bis 2020 und für die Zeit darüber hinaus verständigt.

Dabei sollte externe Expertise hinzugezogen werden. Mit dem Wissenschaftsrat ist die kompetenteste und renommierteste Organisation für Fragen der Wissenschaftsentwicklung in Deutschland gewonnen worden. Der Wissenschaftsrat begutachtet die Hochschulen entlang zweier Linien: Auf der Systemebene sollen hochschulpolitische Herausforderungen wie die Setzung von Anreizstrukturen, die Planung von Ausbildungskapazitäten im Kontext des demografischen Wandels, die Kooperationsmöglichkeiten der Hochschulen untereinander, zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen, adäquate Schwerpunktsetzungen und Leistungsdifferenzierung in der Forschung in den Blick genommen werden. Darüber hinaus

sollen einzelne Fächer in Bezug auf Forschung und ggf. Lehre betrachtet werden. Dabei soll es unter anderem um die Ingenieurwissenschaften, die Agrarwissenschaften und die Geisteswissenschaften, insbesondere die sog. „Kleinen Fächer“ gehen.

Die Empfehlungen werden für den Sommer 2013 erwartet, sie werden ein Eckpfeiler für die Verhandlungen zu den kommenden Zielvereinbarungen ab 2014 und den dort zu fixierenden Strukturentscheidungen sein.

Forschungseinrichtungen

Das Land Sachsen-Anhalt begann im Jahr 2004 im Rahmen der „Offensive Netzwerke wissenschaftlicher Exzellenz“ mit einer Neustrukturierung der Forschung im Rahmen von Schwerpunkten und Zentren der Hochschulen und der mit ihnen kooperierenden Forschungseinrichtungen. Es zeigen sich erste Erfolge, die durch die neuen Förderkonzepte und Organisationsformen der Spitzenforschung ermöglicht wurden. Die Forschungsförderung wurde außerhalb der regulären Hochschulbudgets auf Schwerpunkte, Kooperationsnetzwerke und Standortprofile konzentriert und die Hochschulen ermutigt, ihre Entwicklungskonzepte entsprechend auszurichten. Auf diese Weise kann wissenschaftliche Exzellenz entstehen und sich letztlich auch positiv auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft im Land auswirken.

Um die Leistungsfähigkeit der so entstandenen Strukturen, Kooperationsformen und Arbeitsweisen des Wissenschaftssystems auszuschöpfen, bedarf es einer mittelfristigen Planungssicherheit und größtmöglicher Flexibilität bei der Bewirtschaftung der verfügbaren Mittel. Die Landesregierung und die Hochschulen halten es daher für geboten, die begonnene Entwicklung und Stärkung von Forschungsschwerpunkten und -netzwerken fortzuführen und zu verstetigen. Durch die Fortsetzung des Rahmenvertrages Forschung und Innovation zwischen Landesregierung und Hochschulen wurden für fünf weitere Jahre ab 2011 verlässliche Rahmenbedingungen vereinbart.

Die Gründung des Wissenschaftszentrums Sachsen-Anhalt Lutherstadt Wittenberg e.V. ist Teil dieser Offensive in Sachsen-Anhalt. Neben seiner Funktion als Koordinierungsstelle für die Forschungsschwerpunkte initiiert ein Programmkomitee in regelmäßigen Abständen interdisziplinär angelegte Themenschwerpunkte an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und leistet Beiträge zur Zukunftsforschung und Strategieentwicklung Mitteldeutschlands als Modellregion.

Die bisherige, zum Teil sehr erfolgreiche Kooperation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes in Forschung, Nachwuchsförderung und Lehre, aber insbesondere bei der Bildung von Forschungsschwerpunkten zeigen, wie beide Seiten davon profitieren können. Diese Zusammenarbeit beruhte vor allem auf Kooperationsverträgen und gemeinsamen Berufungen. Noch mehr als bisher werden zukünftig Forschungseinrichtungen im Rahmen von langfristigen Partnerschaften direkter mit den Universitäten kooperieren. Zur Stärkung der strategischen Zusammenarbeit sind inzwischen drei interdisziplinäre wissenschaftliche Forschungszentren an den Universitäten in Kooperation mit den betreffenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen etabliert

Wissenschaftssystem

Das Wissenschaftssystem ist wettbewerbsfähig und hat trotz der Abwanderungstendenzen in vielen anderen Bereichen die Fähigkeit bewiesen, junge qualifizierte Menschen an die Wissenschaftseinrichtungen der Region zu ziehen. Daraus erwächst für das Wissenschaftssystem weiterhin eine hohe Verpflichtung, ein Motor des Strukturwandels zu bleiben. So kann und muss das Wissenschaftssystem den Innovationsprozess in den an der Spitze stehenden Wirtschaftszweigen vorantreiben.

Durch den Ausbau der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen haben das Land Sachsen-Anhalt und der Bund die Grundlagen für die öffentlich finanzierte Forschung gelegt. Wichtigste Träger der öffentlich geförderten Forschung sind die beiden Universitäten, die Kunsthochschule und die vier Fachhochschulen des Landes. Die Aufgabenstellung der Hochschulen verbindet Lehre, Forschung, Weiterbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Während die Grundlagenforschung insbesondere an den Universitäten angesiedelt ist, ist die Forschung an den Fachhochschulen anwendungsbezogen und eng mit dem Technologietransfer verbunden.

Die Forschung der Universitäten und Fachhochschulen wird durch eine Vielzahl an außeruniversitären Forschungseinrichtungen ergänzt. Hierzu zählen vor allem die in Sachsen-Anhalt angesiedelten fünf Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, drei Max-Planck-Institute, zwei Fraunhofer-Einrichtungen sowie zwei Helmholtz-Zentren. Sie widmen sich, entsprechend ihrem Profil, der Grundlagen- bzw. der anwendungsorientierten Forschung. Dabei kooperieren sie eng mit den Hochschulen des Landes.

Die Landesregierung forciert verstärkt, das Potenzial der Industrieforschung bzw. der industrienahen Forschung und Entwicklung in Sachsen-Anhalt durch Forschungsk Kooperation zwischen den Hochschulen, den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und der Industrieforschung zu stärken.

Mit der Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2013 wurden die Grundstrukturen des Innovationssystems des Landes beschrieben, Herausforderungen und Handlungsbedarfe aufgezeigt sowie entsprechende Handlungsempfehlungen und Maßnahmenkomplexe zur Umsetzung herausgearbeitet. Sie berücksichtigt langfristige Herausforderungen, wie die zunehmende internationale Arbeitsteilung, den demografischen Wandel und den Klimawandel gleichermaßen wie landespezifische strukturelle Besonderheiten der Wirtschaft. Bei der Umsetzung der Innovationsstrategie kann das Land auf beachtliche Erfolge verweisen. Zentrales Instrument zur Unterstützung von marktorientierten Innovationsprozessen ist die Förderung betrieblicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Dabei konzentriert sich Sachsen-Anhalt auf Vorhaben im produzierenden Gewerbe und für produktionsnahe Forschungsdienstleistungen.

An der Hochschule Anhalt (FH), der Hochschule Harz (FH), der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und der Hochschule Merseburg (FH) sind ca. 40 Prozent aller etwa 54.000 Studierenden des Landes immatrikuliert. Das Ziel der Landespolitik ist, diesen bundesweit hohen Wert weiterhin zu halten und damit einen Beitrag zur Konsolidierung der Fachkräftesituation der mittelständischen Wirtschaft der Region zu leisten.

An den Universitäten sind fünf Sonderforschungsbereiche /Transregio (SFB/TR) etabliert, an sechs weiteren SFB's/TR besteht eine maßgebliche Beteiligung. Des Weiteren gibt es fünf Graduiertenkollegs und mehrere DFG-Forschergruppen.

Die in diesen Programmen durch die DFG geförderte Grundlagenforschung stellt qualitativ als auch quantitativ einen herausragenden Beitrag dar. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind dabei in vielfältiger Weise beteiligt. Im Einklang mit EU und Bund ist die Politik des Landes darauf ausgerichtet, Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung enger miteinander zu verzahnen. Dem dient insbesondere die für die Grundlagenforschung an den Universitäten eingeforderte systematische Betrachtung eines späteren Anwendungsbezuges.

Die Hochschulforschung ist eng mit einem leistungsfähigen System von außerhochschulischen Forschungseinrichtungen wirksam vernetzt. Dabei wird das

Augenmerk darauf gelenkt, dass eine systematische Zusammenarbeit der vorhandenen Forschungspotenziale möglich wird.

Es wird ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie deren Umsetzung in Industrie und Wirtschaft angestrebt. Hierfür werden Strategien zum Wissens- und Technologietransfer entwickelt.

Die Einrichtungen der außeruniversitären Forschung in Sachsen-Anhalt konnten sich auch international behaupten und weiter profilieren. Hervorzuheben sind vor allem die Pflanzen- und Umweltforschung, Hirnforschung, Materialforschung, die Untersuchung dynamischer Modelle technischer Prozesse sowie die Forschung im Bereich von Virtual Reality und ökonomische Forschung. Bei den Geistes- und Sozialwissenschaften stehen vor allem ethnologische Fragestellungen sowie die Aufklärungsforschung im Mittelpunkt.

Die Leistungsfähigkeit der außerhochschulischen Forschung unterliegt durch funktionierende interne und externe Qualitätssicherungsverfahren einer regelmäßigen Bewertung.

In Sachsen-Anhalt sind fünf Institute der Leibniz-Gemeinschaft angesiedelt, die regelmäßig evaluiert werden. Dabei wurden überwiegend gute und sehr gute, in Teilen exzellente wissenschaftliche Arbeiten hervorgehoben, die sich u.a. in der nationalen wie internationalen beachtenswerten Sichtbarkeit ausdrückt. Die Institute sind auf weiteres Wachstum ausgerichtet. Das Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN) konnte gerade einen Neubau beziehen. Zur Stärkung der neurowissenschaftlichen Kompetenz in Magdeburg arbeitet das LIN gemeinsam mit der Otto-von-Guericke-Universität in dem Forschungszentrum Center of Behavioral Brain Sciences (CBBS). Mit dieser Kompetenzbündelung bietet der Standort hervorragende Voraussetzungen für die Hirnforschung und hat einen aktiven Beitrag dafür geleistet, dass ein Standort des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) in Magdeburg angesiedelt ist.

Der Standort Gatersleben mit dem Biopark und dem Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) entwickelt sich als sachsen-anhaltisches Kompetenzzentrum für die grüne Biotechnologie mit überregionaler Ausstrahlung und wird zunehmend zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Region.

Zudem sind in Sachsen-Anhalt mehrere Institute der Max-Planck-Gesellschaft ansässig. Dazu gehören:

- Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik Halle/Saale,
- Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme Magdeburg,
- Max-Planck-Forschungsstelle für Enzymologie der Proteinfaltung in Halle/Saale.

Darüber hinaus haben mehrere Institute der Fraunhofer-Gesellschaft ihren Sitz in Sachsen-Anhalt. Das Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung Magdeburg (IFF) hat in Deutschland innerhalb der FhG eine wichtige Koordinierungsfunktion für Logistikprozesse. Mit dem Virtual Development and Training Center (VDTC) verfügt es über ein einzigartiges Zentrum der Virtual Reality, um gemeinsam mit innovativen Dienstleistern und Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus eine virtuelle Entwicklungs-, Test- und Trainingsumgebung für die Entwicklung komplexer Maschinen, Anlagen und Systeme zu schaffen. Im Bereich der Entwicklung der Medizintechnik werden mit dem Fraunhofer-Innovationscluster VIDET (Virtual Development, Engineering and Training) für den regionalen Maschinen- und Anlagenbau Grundlagenforschung, angewandte Forschung und industrielle Nutzungsentwicklung mit dem Ziel verfolgt, Methoden und Werkzeuge auch für kleine und mittlere Unternehmen nutzbar zu gestalten. Das Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik Freiburg, Institutsteil Halle/Saale (IWM-H) ist originärer Mitbegründer des Fraunhofer-Pilotanlagenzentrums für Polymerforschung in Schkopau. Im Fraunhofer-Innovationscluster Polymertechnologie werden neue Kunststoffe und Kunststoffprodukte durch innovative Synthese- und Verarbeitungstechnologien für die Wirtschaft entwickelt. Das IWM-H verfügt über hervorragende Arbeitsbedingungen für Entwicklungen auf dem Gebiet der Photovoltaik.

Mit der Gründung des Fraunhofer Chemisch-biotechnologischen Prozesszentrums (CBP) unterstützen sowohl das Land Sachsen-Anhalt als auch der Bund gezielt kleine und mittlere Unternehmen, für die die Nutzung nachwachsender Rohstoffe in industriellen Dimensionen erhebliche finanzielle und technologische Herausforderungen darstellt.

Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle GmbH mit den Außenstellen in Halle/Saale, Bad Lauchstädt und Magdeburg baut seine Stellung als deutsches Kompetenzzentrum für die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt in genutzten und gestörten Landschaften international weiter aus. Landschaftsorientierte, natur- und geowissenschaftliche Forschungen sowie Umweltmedizin werden in interdisziplinären Forschungspro-

jekten auf nationaler und internationaler Ebene eng mit den sozialwissenschaftlichen Disziplinen Ökonomie, Soziologie und Umweltrecht verbunden. Mit dem Deutschen Biomassezentrum in Leipzig besteht eine enge Kooperation zu energie- und pflanzenrelevanten Fragestellungen.

In Magdeburg ist ein Standort des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE), das der Gemeinschaft der Helmholtz-Zentren angehört, angesiedelt. Kognitive Hirnforschung und Neuromodulation bei neuronalen Erkrankungen stehen im Mittelpunkt der Forschung. In einzigartiger Weise werden parallele Human-Tier-Modelle zur Etablierung von Stimulations- und Trainingsstrategien entwickelt. Dabei wirken Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf den Gebieten der Molekularbiologie, Zellphysiologie, Bildgebung, Psychologie und Klinik zusammen. Von Beginn an wurde eine enge Partnerschaft mit den am Standort vorhandenen Kompetenzen der Universität Magdeburg und des Leibniz-Instituts für Neurobiologie realisiert.

Technologieförderung und Technologietransfer

Sachsen-Anhalt verfügt über eine hinsichtlich der anwendungs- und transferorientierten Forschung leistungsfähige Fachhochschullandschaft. Kooperative Promotionen und angemeldete Patente sind ein Indiz dafür, dass die angewandte Forschung an den Fachhochschulen des Landes weiterhin erfolgreich betrieben wird. Um der besonderen Erwartung an die Fachhochschulen hinsichtlich der Unterstützung des Innovationsprozesses in der regionalen Wirtschaft gerecht zu werden, haben die vier Fachhochschulen des Landes ein Kompetenznetzwerk anwendungs- und transferorientierte Forschung (KAT) gegründet, das alle wesentlichen Funktionen des Wissens- und Technologietransfers wahrnimmt und projektbezogen einen besonders engen Kontakt mit den Unternehmen pflegt.

Neben der eher grundlagenorientierten Forschung in den Schwerpunkten gibt es zahlreiche Kooperationsprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft. Bereits seit 2007 existiert eine gemeinsame Richtlinie zur Förderung von Verbundprojekten zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen.

Von besonderer Bedeutung sind die Förderprogramme der Programmfamilie „Unternehmen Region“ des BMBF und die Förderung von Spitzenclustern. Sie ermöglichen die gezielte Forschung und Entwicklung von der Grundlagenforschung in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, über die anwendungsbezogene Forschung in industrienahen Forschungsinstitu-

ten und Unternehmen bis hin zur Produkt- und Verfahrensentwicklung in den Unternehmen selbst.

Im Rahmen des Programms Innovative regionale Wachstumskerne des BMBF werden in Sachsen-Anhalt drei Wachstumskernprojekte gefördert: „Thale PM - Thalenser Pulvermetallurgie“ (bis 2011), „WIGRATEC – Wirbelschichtbasierte Granulierttechnologie“ und „Innovative Braunkohlenintegration in Mitteldeutschland - ibi“.

Erfolgreich etablieren konnten sich die zwei Zentren für Innovationskompetenz (ZIK) am Standort Halle (Saale), die sich in den letzten Jahren zu einem Standort für Biowissenschaften und Biotechnologieunternehmen mit einer besonderen wissenschaftlichen Kompetenz in der Proteinforschung entwickelt haben.

Auf dem Gebiet des Wissens- und Technologietransfers (WTT) verfügt Sachsen-Anhalt sowohl auf der transferumsetzenden als auch der –vermittelnden Seite über zahlreiche Einrichtungen. Hierzu zählen öffentliche sowie privatrechtliche Forschungseinrichtungen, gemeinnützige Vereine und Kapitalgesellschaften, diverse Technologietransfermittler wie Technologie- und Gründerzentren, Technologietransferzentren und Freiberuflerinnen sowie Freiberufler. Aufgrund der Vielzahl von Transferpartnern bildet ihre zunehmende Vernetzung im Rahmen der Förderpolitik des Landes einen Schwerpunkt. So wird in der Projektförderung anteilig stärker auf die Förderung der Zusammenarbeit gesetzt. Parallel ist der Ausbau der industrieorientierten Forschungsinfrastruktur ein wichtiger Ansatzpunkt für Sachsen-Anhalt, die Innovationsfähigkeit der überwiegend kleineren Unternehmen zu stärken.

Insgesamt orientiert sich die Innovationsförderung noch stärker an der Erschließung zukunftsfähiger Wachstumspotenziale und an der Verbesserung der Beschäftigungswirksamkeit. Insgesamt wird in den kommenden Jahren Sachsen-Anhalt seine Förderstrategie zwingender auf eine engere Verzahnung und Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft sowie den Wissens- und Technologietransfer ausrichten.

Ein wesentlicher Vorteil besteht generell darin, dass zwecks Sicherung eines ganzheitlichen Förderansatzes eine ressortübergreifende und abgestimmte Programmstruktur zur Verfügung gestellt wird, die die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zugunsten der KMU förderseitig umfassender aufgreift. Durch die neue Ressortstruktur in Sachsen-

Anhalt mit der Bildung des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft wird dieser Prozess unterstützt.

Im Wesentlichen erfolgt die maßgebliche Unterstützung der KMU über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Ihre Förderschwerpunkte beziehen sich auf:

- einzelbetriebliche Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderungen (FuEul-Förderung);
- Förderungen von Verbundvorhaben der Wirtschaft in Verbindung mit Hochschulen des Landes;
- einzelbetriebliche Förderungen von Projekten des Wissens- und Technologietransfers;
- Zuwendungen zur Beschäftigung von Innovationsassistenten.

3.5 Familienfreundliches Sachsen-Anhalt

Der demografische Wandel rückt das Kinder- und Jugendalter und die Familienpolitik stärker in den gesamtdeutschen Fokus, erfordert die ganze Aufmerksamkeit und bringt neue Herausforderungen mit sich. Es sind nicht nur die Bereitstellung und Anpassung der Infrastrukturen sondern auch andere Rahmenbedingungen, die für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen und deren Familien sowie für den Zusammenhalt der Generationen, im ständigen Wandel sind. In Sachsen-Anhalt zeigen bspw. das neue Kinderförderungsgesetz, der Dialog zu den neuen Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes mit dem Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ bzw. das arbeitsmarktpolitische Programm „Familien stärken“ die Entwicklungsdynamik.

„Frühe Hilfen für Familien“

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetzes – BKiSchG) am 01.01.2012 bekommt auch die Umsetzung des Kinderschutzes in Sachsen-Anhalt unter der Schwerpunktsetzung „Frühe Hilfen“ neue Impulse. Ein wichtiges Element dabei ist die Einführung einer Bundesinitiative „Frühe Hilfen 2012 bis 2015“ und eines sich anschließenden Bundesfonds zur Förderung des Einsatzes von Familienhebammen, Netzwerken Frühen Hilfen und Ehrenamtlich-

keit. Die Konkretisierung der Umsetzung der Bundesinitiative wurde in einer zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Verwaltungsvereinbarung verankert. Hierdurch werden Maßnahmen im Bereich der „Frühen Hilfen“ auf- und ausgebaut sowie langfristig abgesichert, um für Familien frühzeitig die erforderliche Unterstützung und bei Bedarf weitere Hilfsangebote anzubieten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Familienfreundlichkeit wird daran gemessen, wie es berufstätigen Eltern gelingt, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hier unterstützt das Land mit Landesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds die Durchführung des Audit Beruf und Familie und des Audits familiengerechte Hochschule.

Insgesamt tragen 37 Unternehmen und Institutionen in Sachsen-Anhalt das Qualitätssiegel. Im Rahmen des Auditierungsprozesses sind generelle Schwerpunktthemen in Sachsen-Anhalt:

- Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle,
- familiengerechte Termin- und Vertretungsorganisation,
- Home-Office und Telearbeit,
- Mitarbeitergespräche und -befragungen,
- Gesundheitsmanagement,
- Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Feriencamp für Mitarbeiterkinder.

Als Querschnittsthema findet sich bei den Unternehmen die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität durch interne und externe Kommunikation (Mitarbeiterbindung und -gewinnung) wieder. Im Jahre 2012 erhielten bspw. drei familienfreundliche Arbeitgeber (GISA GmbH (IT-Dienstleister), Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH) aus Sachsen-Anhalt das Zertifikat. Hervorzuheben ist, dass sich immer mehr Unternehmen auch ohne Auditierung um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemühen und Eltern oder Pflegenden in ihrer Mitarbeiterschaft günstige Arbeitsbedingungen einräumen.

Familiengründung erleichtern

Sachsen-Anhalt unterstützt seit 2010 Paare mit unerfülltem Kinderwunsch bei der Finanzierung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion. Sachsen-Anhalt ist das erste Bundesland, das neben verheirateten Paaren auch nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften von Frau und Mann eine Unterstützung für die künstliche Befruchtung gewährt. In den drei medizinischen Reproduktionseinrichtungen in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2009 590 Versuche der künstlichen Befruchtung durchgeführt, knapp 400 davon waren erste Versuche. 2010 wurden 192 Anträge auf finanzielle Unterstützung der assistierten Reproduktion bewilligt, 2011 waren es 345 Anträge und 2012 waren es 347 Anträge.

Leben und Wohnen für „Alle“

Verbesserungen für das Leben in einer alternden Gesellschaft können Produkte, Umfelder, Programme und Dienstleistungen sein, die nicht nur für eine Zielgruppe relevant sind, sondern in ihrer universellen Gestaltung „Allen“ zugänglich sind. Maßnahmen, die bspw. zur seniorengerechten Gestaltung der Lebensumwelt beitragen, betreffen u. a. die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, die barrierefreie Gestaltung von Gehwegen und öffentlichen Gebäuden, sichere und komfortable Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, Wohnalternativen, die den Zusammenhalt im Quartier fördern und einfache, transparente Informations- und Beratungsangebote. Diese Angebote sind nicht nur für ältere Menschen nützlich, sondern dienen auch anderen, wie beispielsweise Familien mit Kindern. Leben und Wohnen für „Alle“ stellt einen ersten Ansatz dar, um den Alltag von Menschen durch die optimierte Nutzbarkeit von Produkten, Dienstleistungen, technischer wie sozialer Infrastruktur und Informationen zu erleichtern. Einzelhandelseinrichtungen, die bspw. das Qualitätszeichen "Generationenfreundliches Einkaufen" tragen, gestalten den Einkauf für Kunden jeden Alters, mit oder ohne Handicap so angenehm und barrierefrei wie möglich. Wesentliche Komponenten sind dabei die Einbeziehung aller Nutzenden im Planungsprozess und die Analyse der tatsächlichen Wünsche der Menschen. Dieser integrative Ansatz erhöht den Komfort für alle Menschen – oder anders formuliert: die so entwickelten Angebote sind für zehn Prozent der Menschen unentbehrlich, für 40 Prozent notwendig und für 100 Prozent komfortabel. Besondere Chancen ergeben sich hierbei für Sachsen-Anhalt als Wegbereiter, um die Gesellschaft nicht ausschließlich für Ältere auszurichten, so zeigen es auch die Ergebnisse der Demografiewerkstatt, die zum Thema „Leben und Wohnen im Alter“ im Herbst 2012 durchgeführt wurde.

Landesbündnis für Familien

Fester Bestandteil der Familienpolitik ist nach wie vor das Landesbündnis für Familien. Die Bündnispartner haben sich zum Ziel gesetzt, ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu gestalten. Sie werden regelmäßig über aktuelle familienpolitische Themen sowie über Aktivitäten der Bündnispartner mit einem Newsletter informiert und kommen zu Arbeitsgruppen oder zu einer jährlich stattfindenden Plenumsitzung zusammen.

3.6 Die Potenziale der Älteren nutzen und ihre Versorgung sichern

Mit dem „Seniorenpolitischen Programm „Aktiv und selbst bestimmt – Altenhilfe und Pflege bis zum Jahr 2020“ hat die Landesregierung einen Meilenstein in der Gestaltung der Seniorenpolitik in Sachsen-Anhalt gesetzt. 2011 wurden diese Leitlinien im Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik Sachsen-Anhalt“ fortgeschrieben und fünf Schwerpunkte gesetzt. Gesundheit als Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben, die Gestaltung altersgerechter Lebensräume, die Popularisierung selbstbestimmten Wohnens im Alter, Stärkung der Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements und Pflegestrukturen an aktuelle Herausforderung anzupassen.

Auch die Modellrechnung der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose bis 2030 geht von einer steigenden Zahl der über 65-Jährigen aus. Mehr als 80 Prozent dieser Altersgruppe werden in Gesundheit alt und nicht pflegebedürftig. Die meisten dieser Menschen wollen sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen und aktiv und selbstbestimmt älter werden. Die Zahl der engagierten Menschen im nachberuflichen Lebensabschnitt wird größer. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der engagierten Seniorinnen und Senioren von 18 auf 22 Prozent gestiegen.

Seniorenbeteiligung

Dies zeigt sich an den sichtbaren Aktivitäten der Seniorenvertretungen auf Gemeinde- und Kreisebene sowie auf Ebene des Landes mit der Landesseniorenvertretung. Die Gremien arbeiten sowohl vor Ort als auch auf Landesebene sehr aktiv am politischen Geschehen mit und initiieren bspw. Tagungen, Fortbildungen oder Seniorenmessen. Sie bringen sich öffentlichkeitswirksam, aktiv und qualifiziert in die politische Willensbildung ein. Der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt e.V. gelingt es zunehmend die Seniorenräte auf örtlicher

Ebene miteinander zu vernetzen und sie setzt sich, wie der Beschluss vom 23.11.2012 des siebten Seniorenforums zeigt, für die stärkere Einbindung der Seniorenvertretungen auf allen Ebenen ein.

Informieren und Sensibilisieren - Selbstbestimmtes Wohnen, bürgerschaftliches Engagement und Pflege als Einheit verstehen

Der Informationsaustausch über und die Sensibilisierung lokaler Akteure für die frühzeitige Beschäftigung mit der Gestaltung altersgerechter Lebensräume ist notwendig, um den Akteuren in Städten und Gemeinden Handlungsoptionen aufzuzeigen. Es gilt, das gemeinsame kreative Gestaltungspotential von lokalen Wohnungsunternehmen, Bürgern und Dienstleistungserbringern für Sachsen-Anhalt zugänglich zu machen. Mit dem Instrument der Demografie-Werkstatt wird unter anderem die Möglichkeit für diesen Austausch gegeben und darüber hinaus die Diskussion über Anforderungen und Lösungswege für eine selbstständige Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit angeregt. Das Ministerium für Arbeit und Soziales versteht sich dabei als Moderator für diesen Prozess. Im Rahmen des Projektes „Central European Ageing Platform for an Ageing Society“ (CE-Ageing Platform) wurde eine landesweite Demografie-Werkstatt am 21.11.2012 durchgeführt. Modelle des betreuten Wohnens und Projekte zur Förderung engagierter Nachbarschaften, die von den Wohnungsunternehmen und sozialen Diensten sowie durch lokale Kooperationen initiiert und unterstützt werden, wurden vorgestellt. Nicht zuletzt bot die Werkstatt eine Plattform zur Vorstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, sodass altersgerechtes Wohnen auch für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleiben kann. In den zentralen Angeboten des Ministeriums für Arbeit und Soziales wird den lokalen Akteuren empfohlen, eigene Veranstaltungen selbst zu gestalten, um eine optimale Verbreitung von Informationen zu gewährleisten.

Das Land hat in Projekte, die aktive und engagierte Nachbarschaften fördern, investiert. Zu nennen sind Sozial- und Familienpaten und Seniorenbegleiter oder Seniorenbegleiterinnen. Vor allem mit ehrenamtlicher Hilfe entstehen in den Quartieren Nachbarschaftszentren, die durch Angebote an die Bewohnerinnen und Bewohner für ein Miteinander im Quartier sorgen und die sich auch gezielt an Menschen wenden, die in ihren Wohnungen zu vereinsamen drohen. Diese Angebote tragen dazu bei, dass älteren Menschen länger in ihren Wohnungen verbleiben können und dort auch bei Pflegebedürftigkeit nicht ausziehen müssen.

Das Land ermutigt zudem, mobile Leistungen vor allem im ländlichen Raum anzubieten und zu fördern. So zeichnet die Landessenorenvertretung nach An-

regung durch die Landesregierung seniorenfreundliche Gewerbebetriebe aus, die entweder Fahrdienst für ältere Menschen zu Einkaufsmöglichkeiten bieten oder Waren bezahlbar nach Hause liefern. Das Land bemüht sich, solche Initiativen sichtbar werden zu lassen und klar zu stellen, dass sich diese Angebote auch für den Anbietenden lohnen.

Obwohl die Fragen nach seniorenrechtlichem Wohnraum, einer barrierefreien Infrastruktur und den Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Altern die älteren Menschen am meisten bewegen, ist der Anteil stationärer Wohnformen im Pflegefall relativ hoch. Sachsen-Anhalt verfügt noch über das Jahr 2025 hinaus über eine ausreichende Kapazität an neuen und modernen stationären Einrichtungen mit qualifiziertem Personal. Seit 2011 verfügt das Land über ein modernes Wohn- und Teilhabegesetz¹¹, das jeweils an dem Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner orientiert, einen Rahmen für die stationäre Betreuung schafft aber auch den Weg in selbstbestimmte ambulante Wohnformen öffnet.

3.7 Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft

Die zunehmende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft hat dazu geführt, dass die Strukturen, die die Engagementbereitschaft der Menschen fördern und aufgreifen sowie die Vermittlungen von Freiwilligen in geeignete Arbeitsfelder deutlich zugenommen haben. Eine Vielzahl neuer Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen sind entstanden. Das Land fördert mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und zwei überregional tätigen Freiwilligenagenturen Strukturen, die auch die Initiativen überall im Land begleiten, beraten, qualifizieren und unterstützen. Die landesweiten Akteure binden zudem bundes- und europaweite Projekte mit deren Fördermitteln für die Region und bringen den örtlichen Strukturen damit auch finanzielle Vorteile. Im Prozess des Aufbaus engagierter Nachbarschaften sind sie die führenden Träger.

Nach und nach wird auch den Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Landräten bewusst, dass sich insbesondere in den ländlichen Räumen vieles nur noch mit Hilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger bewältigen lässt. Der Gedanke, das Schicksal der eigenen Gemeinde selbst in die Hand zu nehmen, nimmt Gestalt an und motiviert die Menschen. Daher wendet sich die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Strukturen der Engagementförderung häufig an die

¹¹ Gesetz über Wohnformen und Teilhabe des Landes Sachsen-Anhalt (Wohn- und Teilhabegesetz)

Verantwortlichen in den Kommunen, um ihnen bisher ungewöhnliche Wege der Zusammenarbeit mit Engagierten aufzuzeigen.

Ehrenamt für selbstbestimmtes Leben auf dem Land

„Einen alten Baum verpflanzt man nicht...“ ist der Leitspruch des Projektes „Selbstbestimmtes Leben auf dem Land“. Ziel des Bundesprojektes ist es, niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung in den ländlichen Regionen zu schaffen. Neben der professionellen Pflegeunterstützung sind Unterstützungsangebote im Bereich des Ehrenamtes wichtig. Den Anfang machte die Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck im Landkreis Stendal mit der Durchführung eines Schulungsprogramms für soziale Betreuung im Ehrenamt.

Weitere Beispiele aus dem Bereich Engagement sind:

Engagement-Lotsen

Mit dem Projekt "Engagement-Lotsen" sind Menschen weitergebildet und eingesetzt worden, um das bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil oder Wohnquartier von Halle-Neustadt, Magdeburg-Reform und Bitterfeld-Wolfen zu beleben.

Engagement-Werkstätten

Das Land hatte im Jahr 2011, das als „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeiten“ begangen wurde, u. a. die Engagement-Werkstätten in elf Landkreisen und Städten durchgeführt. Sie wurden von den eigens ernannten Engagementbotschafterinnen und -botschaftern begleitet.

Jugendengagement

Der Jugendengagementwettbewerb „Freistil - Jugend engagiert in Sachsen-Anhalt“ 2012/2013 stand unter dem Motto „Zeig was du machst!“. Junge Leute im Alter von 14 bis 27 Jahren, die sich für andere einsetzen, waren dazu aufgerufen, sich mit ihren Projekten, am Wettbewerb zu beteiligen. Der 16. Jugendkongress - "Deine Chance was umzusetzen!" und die Preisverleihung im März 2013 gehörten zum Rahmen des Wettbewerbs, an dem sich 1.400 Jugendliche mit 109 Bewerbungen aus Sachsen-Anhalt beteiligten.

Wege zum Engagement über Freiwilligendienste

Die Jugendfreiwilligendienste bieten jungen Menschen bis zum Alter von 27 Jahren die Möglichkeiten sich zu engagieren. Bspw. können junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr in Pflegeeinrichtungen und bei anderen sozialen Diensten in Sachsen-Anhalt durchführen. Sie übernehmen Verantwortung für ein soziales Miteinander und erhalten neues Wissen für engagierte Lebenswege.

3.8 Die Daseinsvorsorge demografiefest gestalten

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr beschäftigt sich mit der Bestandsaufnahme der räumlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt und dem Aufzeigen von Entwicklungstendenzen. Um signifikante Aussagen über die Versorgung in den einzelnen Landkreisen treffen zu können, hat das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr in den Jahren 2010 und 2011 eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in den Landkreisen Sachsen-Anhalts durchgeführt. Der Auftrag wurde durch die IWD market research GmbH bearbeitet und in zwei Wellen 2010 und 2011 durchgeführt. Bei der Umfrage wurde nicht der tatsächliche Versorgungsstand abgefragt, sondern die gefühlte Versorgung der Bevölkerung hinterfragt. Die Ergebnisse zeigen auf, wie gut oder schlecht sich die Bevölkerung im ländlichen Raum versorgt fühlt.

Spezifische Inhalte der Befragung waren:

- Waren des täglichen Bedarfs (Entfernung, Nahverkehrssituation, Mobilität)
- Einkaufsverhalten (Selbstversorgung, Gruppenkäufe)
- Möglichkeiten von Post-, Banknutzung
- Medizinische Versorgung: Arzt, Krankenhaus, Apotheke, Pflegedienst, Notfallversorgung
- Bildung: Grundschule, Sekundarschule, Bildungseinrichtungen generell
- Kinderbetreuung: Kindergarten
- Sport & Freizeit: Sportstätten, Freizeitangebote, Gastronomie
- Mobilität: ÖPNV Anbindung zum nächstgelegenen Mittelzentrum
- Notfall: Polizei, Feuerwehr
- Alternativversorgungsmöglichkeiten: Bauernhof, Versandhandel, fliegende Händler
- Bedarf an einem „Dorfladen“

- Akzeptanz und Bereitschaft strukturelle Verbesserungen persönlich zu unterstützen
- Drogerieartikel wurden in der Befragung nicht eigens erfasst.

Die allgemeine Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Einkaufsmöglichkeiten an ihrem Wohnort wird durchaus unterschiedlich eingeschätzt. So schwankt die Zufriedenheit im Jerichower Land (55,9 % gut und sehr gut) und dem Landkreis Wittenberg (85,4 %). Unterscheidet man noch nach ländlichen und städtischen Räumen so vergrößern sich die Unterschiede weiter. Die Menschen in den ländlichen Bereichen der Landkreise Salzwedel, Jerichower Land und Salzwedel fühlen sich besonders schlecht an ihren Wohnorten versorgt. Die eher städtisch geprägten Räume schneiden durchweg deutlich besser ab und erreichen Zufriedenheitswerte zwischen 59 % im Jerichower Land und 94 % im Altmarkkreis Salzwedel. Die Umfrageergebnisse können im Downloadbereich auf www.demografie.sachsen-anhalt.de heruntergeladen werden.

Der Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan 2010 ist das strategische Instrument der Landesregierung zur Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt. Ziel der Landesentwicklung ist dabei, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes Sachsen-Anhalt und insbesondere auch in den dünn besiedelten ländlichen Regionen zu erreichen und zu erhalten.

Der Landesentwicklungsplan setzt für dieses landespolitische Ziel den Rahmen für alle betroffenen Fachplanungen wie Bildung und Kultur, Kinder und Jugendliche, Gesundheit, Pflege, Betreuung, Sport und Dienstleistungen. Das Land steht dabei in der Verantwortung, dass die mit Steuergeldern finanzierten Leistungen der Daseinsvorsorge sowohl gut erreichbar (mit PKW und ÖPNV) durch die Bevölkerung genutzt werden können, als auch dafür, dass diese tragfähig und damit bezahlbar und sparsam erbracht werden können.

Das wesentliche raumordnerische Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge sind die Zentralen Orte. Von der Stabilisierung und Entwicklung der überörtlichen Versorgungsfunktionen, die die Zentralen Orte wahrzunehmen haben, hängt die qualitäts- und quantitätsgerechte Versorgung der Bevölkerung in den überwiegenden Bereichen der Daseinsvorsorge ab.

Im Landesentwicklungsplan 2010 sind die Ober- und Mittelzentren bestimmt, die für die Versorgung der Bevölkerung aller Landesteile insbesondere für die Hochschul- und Berufsausbildung, für spezialisierte Gesundheitsbehandlungen

in Kliniken und Krankenhäusern und für hochwertige Kultur- und Sportveranstaltungen (Theater und Museen, Sportstadien u. a.) verantwortlich sind.

In den Regionalen Entwicklungsplänen sind in Anpassung an die zukünftigen Herausforderungen an eine flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung im Land die Grundzentren zu überprüfen und neu zu bestimmen.

Mit der Gemeindegebietsreform im Jahr 2010 hat sich die Zahl der Gemeinden auf 219 verringert; ehemalige selbständige Gemeinden sind jetzt Ortsteile großer Verwaltungseinheiten.

Zentraler Ort ist gemäß Landesplanungsgesetz jeweils ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil als zentrales Siedlungsgebiet einer Gemeinde einschließlich seiner Erweiterungen im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Zur sachgerechten Festlegung der Zentralen Orte im Landesentwicklungsplan und in den Regionalen Entwicklungsplänen sind statistische Daten zur Bevölkerungsentwicklung der Ortsteile erforderlich, die durch die Raumbewertung zur Verfügung gestellt werden sollten.

Die Fortschreibung der jährlichen Bevölkerungsstatistik beruht auf einem bundeseinheitlichen Programm, das alle Bundesländer anwenden. Die vier Komponenten Geborene, Gestorbene, Zuzüge und Fortzüge werden über das Programm zahlenmäßig für jede Gemeinde erfasst und an das jeweilige Statistische Landesamt weitergeleitet. Diese Zahlen werden auf Basis der Daten der letzten Volkszählung im jeweiligen Statistischen Landesamt fortgeschrieben bzw. aufgerechnet. Das Ergebnis bildet die amtliche Bevölkerungszahl der jeweiligen Gemeinde. Eine Erfassung und Ausweisung der Bevölkerung auf Ortsteilebene erfolgt nicht. Die Beobachtung der Entwicklung der Bevölkerung in den Ortsteilen ist daher mit amtlichen Statistiken nicht mehr möglich.

Hilfsweise wird deshalb in einem Projekt im Bereich Raumbewertung und Geodateninformation an zwei Gemeinden – Gardelegen und Möckern - exemplarisch die Erfassung der Ortsteile über die Einwohnermeldestellen der jeweiligen Gemeinde erprobt. Unter Beachtung der vier Komponenten Geburten, Sterbefälle, Zuzüge und Fortzüge werden die Daten aus dem Melderegister für das Gemeindegebiet nach Ortsteilen, Geschlecht und in Altersgruppen erfasst, anonymisiert und aggregiert. Darüber hinaus sollen die Wanderungen über die Landesgrenze Sachsen-Anhalts, nach Geschlecht und Lebensphasen ermittelt werden. Die Ortsteildaten können mit WEB-Diensten für andere Bereiche bereitgestellt werden. Teil des Projektes ist auch die Entwicklung von Anwendungsszenarien für die örtlichen Planungen der Kommunen. Diese Referenzlösung soll dann auf alle Gemeinden im Land übertragen werden.

3.8.1 Trinkwasserversorgung demografiefest machen

Der zurückgehende Wasserverbrauch stellt eine finanzielle und betriebswirtschaftliche Herausforderung dar. Nur bei Berücksichtigung der Kenntnisse über den demografiebedingt zu erwartenden Verbrauchsrückgang und der Auswirkung der anstehenden Sanierungs- und Neuinvestitionen auf die Gebührenentwicklung lassen sich ineffiziente Investitionen verhindern.

Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahlen und der Alterung der Bevölkerung ist ein stark gesunkener Verbrauch an Trinkwasser zu verzeichnen. Am Beispiel der Trinkwasserversorgung Magdeburg (TWM) wurde in der Demografie-Allianz aufgezeigt, dass neue Wege gefunden werden müssen, wenn der Verteuerung des Trinkwassers und einer Kostenexplosion vorgebeugt werden soll.

Beispiel Region Magdeburg:

Der Abgabepreis der TWM für ihre Kunden beträgt im Jahr 2012 0,61 EUR/m³, 85 Prozent davon sind Fixkosten. Es ist davon auszugehen, dass eine Preiserhöhung allein aufgrund der Inflation bei stabilen Mengen von etwa 1,5 Prozent p. a. eintreten wird. Unter Ausschöpfung aller Kostensenkungspotentiale wird das Preisniveau 2025 bei +21,3 Prozent, d. h. 0,74 EUR/m³ liegen.

Der für das Versorgungsgebiet der TWM durch die Bevölkerungsentwicklung prognostizierte Bedarfsrückgang verursacht eine Mehrbelastung des Wasserpreises von 10,4 Cent/m³, so dass von einem Gesamtabgabepreis von 0,84 EUR/m³ auszugehen ist. Der Endverbraucherpreis ist etwa dreimal so hoch wie der Bereitstellungspreis der TWM, so dass der Kubikmeter Trinkwasser für den Endkunden im Jahr 2025 durchschnittlich 2,52 EUR kosten würde. Bei einem gleichen Netzdurchlauf an Trinkwasser im Jahr 2025 wie heute, würde unter Einberechnung der Bevölkerungsentwicklung eine Spülmenge von 5,9 Mio m³ im Verantwortungsbereich der TWM notwendig. Auf die verbleibende Bevölkerung müssten etwa 15 Mio. EUR umgelegt werden. Da die Entwicklung der Bevölkerung im Gesamtgebiet sehr unterschiedlich ist und damit die Aufwendungen für den Erhalt der Trinkwasserqualität sehr unterschiedlich sein werden, wäre eine Differenzierung der Umlage je nach Betroffenheit der Bevölkerungsentwicklung denkbar.

Dieser Entwicklung kann entgegengesteuert werden, wenn diese beschriebenen Spülmengen in Industrie, Gewerbe und Landschaft dazu genutzt werden, vorhandene Eigenversorgungsanlagen ganz oder teilweise abzulösen.

Gemäß dem Handlungskonzept für eine „Nachhaltige Bevölkerungspolitik 2010“ sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen so geändert werden, dass eine Mengendegression der Gebühren möglich ist. Das wird sich stabilisierend auf die Gebühren der Privathaushalte auswirken. Gemeinsam mit den beteiligten Fachressorts wird an einer nachhaltigen Lösung gearbeitet, um insbesondere im gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Bereich Unternehmen Anreize zu geben, sich an die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung anzuschließen.

3.8.2 Medizinische Versorgung

Die Aussichten auf ein im Durchschnitt längeres und aktives Leben setzen u. a. funktionale Strukturen der medizinischen Versorgung voraus. Ambulante und stationäre Strukturen vernetzen sich zunehmend und Forschung im Bereich der Medizin leistet einen wichtigen Beitrag, wie das Beispiel zur Senkung der Herz-Sterblichkeit zeigen wird.

Mit dem am 01.01.2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV Versorgungsstrukturgesetz) hat der Gesetzgeber den Ländern verbesserte Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der medizinischen Versorgung eingeräumt. Sachsen-Anhalt hat in der Umsetzung u. a. dazu einen Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz erarbeitet. Es ist vorgesehen ein Gemeinsames Landesgremium zu schaffen, welches Empfehlungen zu sektorübergreifenden Fragen der medizinischen Versorgung im Land abgeben kann. Damit wird eine neue Qualität der Beteiligung geschaffen, um u. a. die Aspekte der demografischen Entwicklung in dem Themenfeld zu berücksichtigen.

Stationäre Gesundheitsversorgung

Die Herausforderung wird in den kommenden Jahren besonders anspruchsvoll für den Prozess der Krankenhausplanung. Die demografische Entwicklung und die Morbiditätsentwicklung sind in diesem Prozess Hauptprüfkriterien. Das Ziel der Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt besteht insbesondere in der Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit stationären Leistungen. Die Planungsziele formuliert der Krankenhausplan in Form eines flächendeckenden, gegliederten Systems qualitativ leistungsfähiger Krankenhäuser nach Standorten und Fachrichtungen als abgestuftes funktionelles Netz in Versorgungsstufen. Als Umsetzungsweg wird die Kooperation zwischen Kran-

kenhäusern zur Abstimmung ihrer Leistungsangebote, die auch zu Leistungsabgrenzungen führen können, gesehen.

Im Jahre 2010 wurden die Rahmenvorgaben für die Versorgungs- und Qualitätsziele in der Krankenhausplanung für Sachsen-Anhalt überarbeitet. Zum 01.01.2011 trat der daraufhin überarbeitete Krankenhausplan in Kraft. Aktuell erfolgt entsprechend dem Krankenhausgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die erneute Überprüfung und Überarbeitung der Rahmenvorgaben sowie des Krankenhausplanes. Dies soll bis Mitte 2013 zum Abschluss gebracht werden.

Qualifikation nichtärztlicher Praxisassistentinnen zur Sicherstellung der Primärversorgung für die Zukunft

Seit dem 01.07.2009 besteht nach der bundesweit geltenden Delegationsvereinbarung die Möglichkeit, dass besonders qualifizierte Praxisassistentinnen im Auftrag des Arztes delegierbare Leistungen in Abwesenheit des Arztes in der Häuslichkeit der Patientinnen und Patienten, in Alten- oder Pflegeheimen und in anderen beschützten Einrichtungen erbringen können. Hierfür können je Sitzung 17 Euro für den ersten Patienten bzw. 12,50 Euro für jeden weiteren Patienten berechnet werden.

Von 2009 bis 2011 hat das Land Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds für qualifizierte Berufsbilder im Gesundheitssektor erhalten und für das Projekt „Zukunft Praxisassistentenz“ eingesetzt. Insgesamt konnten 60 Teilnehmerinnen die Qualifizierung abschließen. Sie haben ihre Tätigkeit in den entsprechenden Praxen aufgenommen und stärken die hausärztliche Versorgung in Sachsen-Anhalt. Die AOK Sachsen-Anhalt und weitere Kassen haben zudem Regelungen getroffen, wonach der Einsatz einer nichtärztlichen Praxisassistentin auch in anderen Regionen als die, die konkret unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht sind, förderfähig ist. In Sachsen-Anhalt gibt es insgesamt über 300 Praxisassistentinnen, die inzwischen eine entsprechende Ausbildung absolviert haben. Das Interesse, der Bedarf sowie die Akzeptanz durch die Ärzteschaft sind demnach in kurzer Zeit erheblich gestiegen.

Aus Sicht des Landes sollte mit dem Einsatz von Praxisassistentinnen nicht das Ende der Entwicklung erreicht sein, sondern insbesondere die Hausärzteschaft durch Einbeziehung anderer Gesundheitsberufe „auf Augenhöhe“ weiter entlastet werden. So würde die Implementierung eines Modellvorhabens im Land begrüßt werden, mit dem Pflegekräften im Sinne der geltenden Heilkundeübertragungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses die selbstständige Ausübung von Heilkunde ermöglicht wird.

Stipendien für Medizinstudierende

Das Ministerium für Arbeit und Soziales vergibt bis Ende 2013 zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt und der AOK Sachsen-Anhalt Stipendien an Medizinstudierende. Voraussetzung ist, dass diese sich für eine bestimmte Zeit nach der ärztlichen Weiterbildung zur vertragsärztlichen Tätigkeit – vornehmlich im Bereich der hausärztlichen Versorgung – in Sachsen-Anhalt verpflichten. Studierende ab dem vierten Studienjahr, mit dem Ziel der späteren hausärztlichen Tätigkeit, können ein monatliches Stipendium erhalten. Als Gegenleistung müssen sich die Stipendiaten verpflichten, nach der fachärztlichen Weiterbildung zwei bzw. drei Jahre im Land vertragsärztlich tätig zu sein. An 25 Medizinstudierende sind seit Juli 2010 Stipendien vergeben worden. Da nun die ersten Studierenden ihr Studium abschließen und ihre Facharztausbildung absolvieren, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden, wie viele Ärztinnen und Ärzte für eine ambulante vertragsärztliche Tätigkeit gewonnen werden können.

Vernetze Versorgungszentren

Das Land hat sich mit finanziellen Mitteln an dem Aufbau von Filialpraxen in der Altmark beteiligt, die einen Beitrag zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung dort leisten, wo Praxen nicht nachbesetzt werden konnten. Im Rahmen des Modells „Vernetztes Versorgungszentrum“ sind inzwischen vier Filialpraxen eingerichtet worden, um die Versorgung an Orten mit überdurchschnittlichem Versorgungsbedarf sicherzustellen. Die Filialpraxen werden von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt als Eigeneinrichtungen betreut:

Gardelegen Ortsteil Letzlingen (eingerrichtet am 16.09.2010) - Es handelt sich um eine durchschnittliche Hausarztpraxis, die im Ort und im Einzugsbereich akzeptiert ist. Die Fallzahlen sind ansteigend und das Leistungsangebot wird weiter ausgebaut werden.

Schönhausen (Elbe) (eingerrichtet am 17.12.2010) - Die Praxis hat sich etabliert. Die diabetologische Kompetenz wird weiter entwickelt, da die Nachfrage in der Region besteht.

Kalbe (Milde) (eingerrichtet am 15.03.2011) - Die Fallzahlen sind seit Eröffnung der Filialpraxis angestiegen, die Praxis entlastet, insbesondere im Falle der Urlaubs- und Krankheitsvertretung, die am Ort tätigen Hausärzte und ergänzt deren Leistungsspektrum. Die Alterstruktur der Ärzteschaft am Ort spricht dafür, dass die Inanspruchnahme der Filialpraxis weiter ansteigen wird.

Hansestadt Seehausen (Altmark) (eingerrichtet am 26.09.2011) - Die neueste Praxis startete zunochst in den sehr beengten provisorischen Räumlichkeiten und verfügt heute über neue Räume als abgeschlossene Praxis. Ein eigener Wartebereich und mehr Behandlungsmöglichkeiten sind verfügbar. Eine fach-arztlische Erweiterung wird derzeit geprüft.

Für alle vier Standorte wurden vorher trotz vieler Maßnahmen keine Ärzte oder Ärztinnen gefunden. Eine der Vorgangerpraxen war mehrere Jahre vakant. Insofern konnten durch die Eigeneinrichtungen Versorgungsstandorte im ländlichen Raum erhalten werden.

Epidemiologisches Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt

Die Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist in Sachsen-Anhalt verglichen mit dem Bundesdurchschnitt höher. Dies hat demografische Gründe, kann aber auch mit Ineffizienzen bei der Versorgung bzw. an Schnittstellen zwischen ambulanter, präklinischer und stationärer Versorgung verbunden sein. Auf Initiative der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt arbeiten Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales, des Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft, der Selbstverwaltung und der gesetzlichen Krankenversicherungen sowie der medizinischen Fakultäten an einem Konzept zur Reduzierung der Herz-Kreislauf - Sterblichkeit. In einem ersten Schritt entsteht ein Herzinfarktregister, welches relevante Daten zur Herzgesundheit, zu Risikofaktoren und zur Versorgung enthält. Am 16. Januar 2013 startete das Projekt Herzinfarktregister. Mögliche Unter- und Fehlversorgungen von Herz-Kreislauf-Patienten können perspektivisch auf einer sicheren Datengrundlage aufgezeigt und untersucht werden. Daneben zählen die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung sowie eine bedarfsgerechte (präklinische) medizinische Versorgung zu den zentralen Stellschrauben bei der Senkung der Herz-Kreislauf-Sterblichkeit. Telematik und Telemedizin können zudem in dünn besiedelten, strukturschwachen Gebieten eine rasche Diagnostik und eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung unterstützen, indem Diagnosedaten an geeignete Versorgungseinrichtungen geleitet werden und so möglichst wenig wichtige Zeit zwischen einem Herzinfarkt und dem Beginn der therapeutischen Intervention verstreicht.

3.8.3 Barrierefreie Umwelt gestalten – Stärkere Erschließung des Potenzials von Menschen mit Behinderungen

Im Januar 2013 wurde der Landesaktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen für das Land Sachsen-Anhalt von der

Landesregierung beschlossen. Es handelt sich um ein Positionspapier, das neben bereits realisierten Projekten auch Zielmarken für die Umsetzung von Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen enthält.

Ziel des Aktionsplanes ist es, dass Menschen mit Behinderungen, wie alle anderen auch, ohne Abstriche aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Beschrieben wird der Weg in eine inklusive Gesellschaft, ein Handlungsansatz, der künftig noch tiefgreifender alle Politik- und Gesellschaftsbereiche durchziehen wird. Es stellt neben bereits realisierten Projekten auch Zielmarken für die Umsetzung von Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. Der Landesaktionsplan ist gegliedert in neun Lebensbereiche, die für das Recht auf Gleichstellung und Teilhabe in der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind:

- Barrierefreiheit, Kommunikation, Information und unabhängige Lebensführung,
- Bildung und lebenslanges Lernen,
- Arbeit und Beschäftigung,
- Gesundheit, Habilitation, Rehabilitation und Pflege,
- Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben,
- Sport, Kultur und Tourismus,
- Frauen und Mädchen,
- Kinder und Jugendliche und
- Bewusstseinsbildung.

Für jedes Handlungsfeld werden aus den Vorgaben der Behindertenrechtskonvention und anhand einer Bestandsaufnahme Zielstellungen und Handlungsbedarfe abgeleitet. An der Umsetzung wirken alle Ressorts mit.

Ein Beispiel zur stärkeren Erschließung des Potenzials von Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung und Bewusstseinsbildung ist „Pro Engagement“. Das ist ein Ehrenpreis des Landes, den Unternehmen erhalten, die in besonderem Maße Menschen mit Behinderungen erfolgreich und dauerhaft beschäftigen und so beispielgebend zur inklusiven Gesellschaft beitragen. 2012 gab es drei Preisträger, Kelles Klädener Suppenmanu-

faktur, System-Instandhaltung und Service GmbH und das Unternehmen Linke GmbH. Der nächste Wettbewerb wird 2014 stattfinden.

Gleitender Übergang vom Erwerbsleben in das Rentendasein

Potentiale zur Fachkräftesicherung sind gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in das Rentendasein. Die Möglichkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung bieten Hinzuverdienste oder die flexible Inanspruchnahme von Teilrenten.

Für den Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung gibt es bereits seit 1992 die Möglichkeit eines Teilrentenbezuges und damit eines gleitenden Überganges vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Vor Erreichen der Regelaltersgrenze ist für Rentnerinnen und Rentner ab Januar 2013 ein Hinzuverdienst von monatlich 450 Euro zulässig, wobei der Betrag pro Kalenderjahr zweimal überschritten werden darf. Die bei der Teilrente geltenden Hinzuverdienste sind abhängig vom Durchschnittsverdienst der letzten drei Kalenderjahre vor Rentenbeginn und der Form der Rente (Mindesthinzuverdienst (Ost): 1/3-Rente=879,21 Euro, 1/2-Rente=681,88 Euro und 2/3-Rente=466,55 Euro).

Demografiekomponente für Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung

Zum ersten Mal findet sich der Demografiebegriff auch in der Regelung der gesetzlichen Rentenversicherung in der geplanten Rechtsänderung im § 287 b des Sechsten Buches zum Sozialgesetzbuch wider. Es ist beabsichtigt, die jährlichen Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung für Leistungen zur Teilhabe entsprechend einer festgelegten Demografiekomponente fortzuschreiben.

3.8.4 Brand- und Katastrophenschutz

Zum 31.12.2011 sind im Einsatzdienst der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt 36.742 Aktive, davon 35.433 Ehrenamtliche in 1.633 Ortsfeuerwehren tätig. Der Rückgang der Mitgliederzahlen im Vergleich zum Bezug des Handlungskonzeptes fällt etwas geringer aus als der allgemeine Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt. Hinzugekommen zu den damals angeführten Gründen sind Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels wie Freizeitverhalten, Abwesenheit vom Wohnort aus beruflichen und schulischen Gründen, die Verweildauer im Ehrenamt sowie eine rückläufige Bereitschaft, Führungsaufgaben wahrzunehmen. Die Zahl der Einsatzkräfte geht auch bundesweit jährlich um mehr als ein Prozent zurück.

Da eine Erhöhung der Einsatzkräftezahl gegenwärtig nicht realisierbar erscheint, ist auf die Haltekraft in der Freiwilligen Feuerwehr und die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft ein besonderes Augenmerk zu legen. Dieses muss hauptsächlich durch verbesserte Dienstorganisation, Personalmanagement und Stabilisierung von Mannschaftsstärken und Ausrüstungen erfolgen. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt ist die Spezialisierung von Ortsfeuerwehren auf bestimmte Fähigkeiten. Zielstellung ist dabei die Aufrechterhaltung der flächendeckenden Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt.

Die im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die Aufgabe „Brandschutz und Hilfeleistung“ werden durch zentrale Beschaffungsmaßnahmen noch effizienter eingesetzt.

Die Anzahl der Kinderfeuerwehren im Land Sachsen-Anhalt und deren Mitglieder steigen gegenwärtig wieder an. Die Mitgliederzahlen in der Jugendfeuerwehr haben sich stabilisiert.

Auch zukünftig sind wesentliche Grundsätze bei der Organisation der Feuerwehren zu beachten:

- Jede Feuerwehr muss über die Kernkompetenz und Grundausrüstung für den Ersteinsatz verfügen.
- Die flächendeckende Leistungsfähigkeit der Feuerwehr ist durch die Gemeinden sicherzustellen. Eine Spezialisierung von Ortsfeuerwehren und deren Zusammenarbeit ist notwendig.

- Aufgrund einer gemeindespezifischen Risikoanalyse ist in allen Gemeinden eine mittel- und langfristige Brandschutzbedarfsplanung aufzustellen und fortzuschreiben.

Die Vorgaben zu Einsatzstärke und zu den mindestens zu besetzenden Funktionen in einer Feuerwehr sind in Abhängigkeit von den vorhandenen und zu erwartenden spezifischen Risiken zu sehen. Sie dienen der Sicherung der Leistungsfähigkeit einer jeden Feuerwehr.

Im Jahr 2012 wurde das Projekt FEUERWEHR 2020 begonnen und mit Vorschlägen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Feuerwehren abgeschlossen. Mit fünf Regionalkonferenzen im Jahr 2013 soll die Umsetzung von Vorschlägen mit den Trägern des Brandschutzes und der Feuerwehrbasis diskutiert werden.

3.8.5 Breitbandausbau und Geodateninfrastruktur

In den vergangenen Jahren haben sich nicht nur die Anforderungen an die baulichen Infrastrukturen, sondern vor allem die Anforderungen an die Kommunikationsinfrastruktur weiter entwickelt. Eine moderne Breitbandinfrastruktur zur Nutzung des Internets ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung der Bevölkerung und somit ein Schlüsselement für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das Internet ist zu einem Bindeglied zwischen Mensch, Wirtschaft und Verwaltung geworden. Die Schaffung einer zuverlässigen, erschwinglichen und hochwertigen Breitbandinfrastruktur ermöglicht die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in ländlichen Gebieten. Vor allem ist es ein Stück Lebensqualität fernab von städtischen Räumen und Zentralen Orten sowie ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde. Auch land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, mittelständische Firmen, Klein- und Handwerksbetriebe sowie die öffentlichen Verwaltungen sind wegen stark wachsender Anforderungen immer mehr auf moderne Möglichkeiten zur Nutzung des Internets angewiesen, um im regionalen und globalen Wettbewerb zu bestehen und die Zukunftsfähigkeit auch ländlicher Regionen zu sichern.

Unterstützend kann hier die Bereitstellung von raumbezogenen digitalen Geodaten wirken. Mit ihnen können anwendungsneutral Topographien, Grundstücke und Gebäude dargestellt werden. Sie bieten eine unerlässliche Grundlage für eine Vielzahl von Fachanwendungen und Entscheidungen. Insbesondere für Standortanalysen, statistische Auswertungen, im Immobilienbereich und bei katasterrechtlichen Fragen finden sie Anwendung.

Im Mai 2009 hat die Landesregierung eine Breitbandstrategie für Sachsen-Anhalt verabschiedet mit dem Ziel, die Zahl der schnellen Internetverbindungen im Land signifikant zu verbessern. Die Zwischenbilanz fällt positiv aus. Bisher wurden knapp 30 Mio. Euro Fördergeld investiert, damit kommen potentiell rund 600 Orts- bzw. Stadtteile mit rund 320.000 Einwohnern und 18.000 Unternehmen bzw. Gewerbetreibenden zusätzlich in den Genuss schnellen Internets. Sie verfügen nunmehr über eine Anschlussmöglichkeit mit einer Downloadgeschwindigkeit von mindestens 2 Mbit/sec. (Grundversorgung).

Die meisten Anschlüsse in den geförderten Gebieten können jedoch höhere Bandbreiten übertragen, so dass auch Anwendungen wie Filmdownload oder Internet-TV eingeschränkt möglich sind. Ende 2012 wurde die Grundversorgung in Sachsen-Anhalt von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen flächendeckend erreicht.

Nach der Herstellung der Grundversorgung hat sich die Landesregierung neue Ziele gesteckt: Bis zum Jahr 2020 sollen alle Unternehmen und Gewerbetreibenden, alle öffentlichen Institutionen, alle Schulen und alle Privathaushalte über einen schnellen Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/sec. Übertragungsgeschwindigkeit verfügen. Denn die Bandbreitenbedarfe und die Zahl der Internetnutzer wachsen schnell, und darauf stellt sich Sachsen-Anhalt mit seiner Breitbandausbau-Politik ein. Das Ziel ist ehrgeizig (aktuell liegt die Quote von Anschlüssen ab 50 Mbit/sec. landesweit noch bei ca. 10 Prozent), aber erreichbar.

Daten und Fakten zum Stand des Breitbandausbaus in Sachsen-Anhalt im Überblick (Stand Ende 2012):

- vom Land bereitgestelltes Fördergeld (GAK¹², Konjunkturpaket II, ELER): knapp 30 Mio. EUR, dazu kommen ca. 4 Mio. EUR von den Kommunen,
- neu erschlossen mit schnellem Internet im Rahmen der Landesförderung: Orts- bzw. Stadtteile: ca. 600, Einwohner: rd. 320.000, Gewerbetreibende, Freiberufler, Unternehmen: 18.000,
- Versorgungsgrad Grundversorgung (oberhalb 2 Mbit/sec. Downloadgeschwindigkeit): nahezu flächendeckend erreicht,
- Versorgungsgrad mit mittelschnellen Anschlüssen (oberhalb 16 Mbit/sec.): ca. 40 Prozent der Haushalte, insbesondere in den Städten,

¹² Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes

- Versorgungsgrad Hochleistungsnetze (oberhalb 50 Mbit/sec.): ca. 10 Prozent der Haushalte.
- Was läuft ab 2013? Die Pläne zur Fortsetzung des Breitbandausbaus in Kürze:
- Förderung von Hochleistungsanschlüssen über Gelder aus dem Europäischen Strukturfonds EFRE und dem ELER,
- Nutzung von Synergien, etwa durch Mitverlegung von Leerrohren bei Straßenbaumaßnahmen,
- verbesserte Planung von Ausbaumaßnahmen durch den neuen Breitbandatlas Sachsen-Anhalt,
- „Verzahnung“ des Projektes ITN-XT (Landesnetz/„Kommunalnetz“) und der Breitbandnetze, um Synergien zu heben,
- Integration der Breitbandversorgung der Schulen in das Programm STARK III,
- Umsetzung des Ausbaus ggf. in neuen kommunalen Strukturen (Zweckverband Altmark).

4 Länderübergreifende Zusammenarbeit

4.1 Zusammenarbeit auf Bundesebene

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsklausur am 17. und 18. November 2009 auf Schloss Meseberg den Beschluss zum „Sozialen Fortschritt – Demografischer Wandel gemeinsam gestalten“ gefasst. Mit diesem Beschluss wurde u. a. der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer aufgefordert, ein Handlungskonzept „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ mit den ostdeutschen Ländern zur Verringerung von Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen bis zum Jahr 2011 zu entwickeln und abzustimmen. In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe beim Bundesministerium des Inneren konnten die ostdeutschen Länder ihre Erfahrungen im Umgang und mit der Gestaltung des demografischen Wandels einbringen. Vertreter der Stabsstelle für demografische Entwicklung und Prognosen (MLV) und ein Vertreter der Staatskanzlei haben Sachsen-Anhalt in der Arbeitsgruppe vertreten. Das Handlungskonzept „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ wurde im Sommer 2011 durch die Bundesregierung verabschiedet; es war die Vorarbeit für eine gesamtdeutsche Demografiestrategie der Bundesregierung.

Parallel zum Handlungskonzept für die ostdeutschen Bundesländer hat das Bundesministerium des Inneren an einer Demografiestrategie für Gesamtdeutschland „Jedes Alter zählt“ gearbeitet. In die Erarbeitung der Demografiestrategie waren die Länder nicht einbezogen. Im April 2012 hat die Bundeskanzlerin in Berlin die „Demografiestrategie der Bundesregierung – Jedes Alter zählt“ vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Lebensbereiche, in denen die Menschen von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders betroffen sind. Diese Handlungsfelder sind:

- Familie als Gemeinschaft stärken,
- Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten,
- Selbstbestimmtes Leben im Alter,
- Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern,

- Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern,
- Handlungsfähigkeit des Staates.

Zur Umsetzung von konkreten Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern sollen Gespräche mit den Ländern, Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft geführt und ein breiter Dialogprozess angestoßen werden. Für den ebenenübergreifenden Austausch wurden auf dem ersten Demografie Gipfel der Bundesregierung am 4. Oktober 2012 in Berlin Arbeitsgruppen zu den einzelnen Handlungsfeldern gebildet. In der Arbeitsgruppe „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“ ist Sachsen-Anhalt durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vertreten. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales werden die Sitzungen vorbereitet und begleitet. Auf regelmäßig stattfindenden Sitzungen wird über die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen berichtet. Mit einer Nachberufung im März 2013 ist Sachsen-Anhalt nun auch in der Arbeitsgruppe „Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik“ durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vertreten. Bis zum Frühjahr 2013 sollen erste Lösungsvorschläge aus den Arbeitsgruppen vorgelegt werden, die dann am 14. Mai 2013 auf dem 2. Demografie Gipfel der Bundesregierung in Berlin vorgestellt werden.

Im Rahmen der Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ wurden durch das Bundesministerium des Inneren die Demografieseiten des Bundes „Politik für alle Generationen“ www.politik-fuer-alle-generationen.de ins Leben gerufen. Im November 2012 wurde das neue Demografieportal den Ländern vorgestellt. Der Bund sieht das Portal als Gemeinschaftsprojekt von Bund und Ländern. Das Portal soll zu einem Ort der Transparenz, der Information und des Erfahrungsaustausches für eine Demografiepolitik für ganz Deutschland ausgebaut werden. Seit Ende Januar 2013 gibt es auf der Startseite das Aktionsfeld „Aus den Ländern“. Hier sind die Demografieportale bzw. Themenseiten zur Demografie der jeweiligen Länder dargestellt und verlinkt. Bis Mai 2013 wird ein neues „Servicemodul“ auf den Internetseiten zur Verfügung gestellt, in dem Arbeitshilfen und Best-Practice-Beispiele zu verschiedenen Themenbereichen angeboten werden. Zur besseren Vermarktung des Themas Demografie erhält das Demografieportal ein eigenes Logo, das ab März 2013 Anwendung finden wird.

Insgesamt ist die Demografiestrategie sehr allgemein formuliert, so dass auf ostdeutsche Besonderheiten oder Entwicklungen nicht eingegangen wird. Aus diesem Grund haben sich die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder am 24. April 2012 in Berlin verständigt, eine gemeinsame Positionierung und Stellungnahme aller ostdeutschen Bundesländer zu formulieren, um die ostdeut-

schen Interessen bei der Umsetzung der Demografiestrategie stärker einzubringen. Unter dem Gesichtspunkt der Operationalisierung wurde die Demografiestrategie mit den anderen ostdeutschen Bundesländern und den anderen Fachressorts in Sachsen-Anhalt ausgewertet und ein Beschlussvorschlag in die Ministerpräsidentenkonferenz Ost eingebracht. Im Ergebnis der Sitzung der Regierungschefs am 13. September 2012 wurde ein Beschluss zur stärkeren Einbeziehung der ostdeutschen Belange in die gesamtdeutsche Demografiestrategie gefasst. Insbesondere

- die weitere wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Regionen mit der dafür notwendigen Infrastrukturausstattung,
- eine stärker differenziertere räumliche Betrachtung, um die stark abweichende Entwicklung einzelner Regionen und Städte mit ihrer einhergehenden Finanzschwäche adäquat abzubilden,
- die Konkretisierung der Handlungsansätze in der Demografiestrategie im Hinblick auf andere Familien- und kleinteiligere Betriebsstrukturen in Ostdeutschland

stehen im Mittelpunkt des Beschlusses. Darüber hinaus wurde ein umfassendes Papier mit Schwerpunktthemen der ostdeutschen Bundesländer zur Diskussion in den einzelnen Arbeitsgruppen der Bundesstrategie angefertigt.

In Vorbereitung der einzelnen Sitzungen der Arbeitsgruppen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung finden Abstimmungen zwischen den ostdeutschen Bundesländern auf Arbeitsebene statt. So können Themen, wie die Abgrenzung der vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete in Ostdeutschland fachlich abgestimmt in den Dialogprozess eingebracht werden. Ausgewählte Themen werden auch im Rahmen des „Mitteldeutschen Demografie-Dialoges“ diskutiert und abgestimmt.

4.2 Der Mitteldeutsche Demografie-Dialog

Die drei Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen befinden sich in einem beispiellosen demografischen Veränderungsprozess. Im Februar 2011 haben die für Demografie zuständigen Minister vereinbart, in einen intensiven Erfahrungsaustausch zu den Aktivitäten in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bei der Gestaltung des demografischen Wandels zu treten. In Fortsetzung der guten Zusammenarbeit aus dem Modellvorhaben der Raumordnung „Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ sollen besonders praxisnahe

Beispiele bekannt gemacht werden. Mit einer gemeinsamen „Erfurter Erklärung“ einigte sich die Ministerrunde auf folgende Eckpunkte einer dauerhaften Zusammenarbeit der drei Bundesländer. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. „Im Rahmen eines „Mitteldeutschen Demografie Dialogs“ beabsichtigen wir, uns regelmäßig auf Ministerebene über Entwicklungen und Konsequenzen des demografischen Wandels zu verständigen.
2. Wir wollen einen intensiven Erfahrungsaustausch der drei mitteldeutschen Länder auf allen Verwaltungsebenen in Gang setzen, um das Potenzial für gemeinsame Lösungsansätze systematisch zu erhöhen. Wir können gegenseitig von gelungenen Beispielen verantwortungsvoller Demografiepolitik oder bürgerschaftlichen Engagements lernen.
3. Besonders die Kommunen sind aufgefordert, in einen länderübergreifenden Erfahrungsaustausch einzutreten. Gerade in Regionen an den Landesgrenzen sollten gemeinsame Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels (weiter)entwickelt werden.
4. Der Schwerpunkt verantwortungsvoller Demografiepolitik muss auf den ländlichen Raum gelegt werden. Dort ist es besonders dringlich, mit innovativen und tragfähigen Lösungen den Folgen einer abnehmenden und älter werdenden Gesellschaft zu begegnen. Erfolgreiche Konzepte können als Best-Practice-Beispiele für andere Regionen Vorbild sein.
5. Der demografische Wandel darf nicht zum Substanzverzehr im ländlichen Raum führen. Familien und Unternehmen sind gerade dort auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen.
6. In den nächsten Jahren gilt es, den Abwanderungstrend nicht nur zu stoppen, sondern Mitteldeutschland zur Zukunftsregion zu machen. Dazu wollen wir gemeinsam die in unseren Ländern bereits bestehenden Aktivitäten zum Halten, Werben und Rückholen optimieren,

um den zu erwartenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft befriedigen zu können.

7. Die Herausforderung des demografischen Wandels betrifft nicht nur Politik und Verwaltung, sondern die gesamte Gesellschaft. Deshalb bedarf es der Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen strategischer Allianzen, um die demografische Herausforderung erfolgreich zu gestalten.
8. Der Begriff „demografischer Wandel“ ist vielfach negativ besetzt und behindert damit die offensive Auseinandersetzung mit der Thematik. Die mitteldeutschen Demografieminister sind sich daher einig, dass der öffentliche Diskurs stärker die Chancen der Modernisierung in den Blick nehmen und die Bürgerinnen und Bürger in den Dialog einbeziehen muss.
9. Der demografische Wandel ist kein isoliertes Phänomen der neuen Länder, sondern hat längst weite Teile Deutschlands und Euopas erfasst. Vor diesem Hintergrund werden die drei mitteldeutschen Länder sich intensiv in die laufende Erarbeitung von Demografiestrategien des Bundes und der EU einbringen und ihre spezifischen Interessen gemeinsam artikulieren. Die Länder werden gemeinsam mit dem Bund diese wichtige Zukunftsaufgabe nach Kräften wahrnehmen und ihre vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit dem demografischen Wandel einbringen.
10. Die Herausforderung des demografischen Wandels trifft die Ziel-1-Regionen der EU in besonderer Weise und stellt im europäischen Vergleich einen schweren und dauerhaften Nachteil dar, der bei der zukünftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik als wichtiger Faktor ausdrücklich Berücksichtigung finden muss. Die drei mitteldeutschen Länder werden ihre europapolitischen Aktivitäten und Projekte bündeln und eine abgestimmte strategische Zusammenarbeit pflegen.“

In Umsetzung des Beschlusses verständigten sich die drei Länder darauf, gute Beispiele auf kommunaler Ebene vorzustellen und gemeinsam nach neuen Lösungswegen zu suchen. Aus diesen guten Beispielen wurde das länderübergreifende Projekt „Innovationspartnerschaft: Städtenetzwerk Demografie“ entwickelt. Zu den Städten gehören das Städtenetz Demografie Hettstedt-Lutherstadt Eisleben-Sangerhausen, der Oberzentrale Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda aus Sachsen und das „Städtedreieck am Saalebogen“ Bad Blankenburg-Rudolstadt-Saalfeld aus Thüringen. Im Rahmen des Projektes sollen auf kommunaler Ebene im länderübergreifenden Erfahrungsaustausch Handlungsempfehlungen für die Gestaltung des demografischen Wandels zu bestimmten Schwerpunktthemen, wie Sicherung der Daseinsvorsorge, Mobilität und Familienfreundlichkeit herausgearbeitet werden. Das Projekt soll ausgehend von den bisherigen Aktivitäten in den Orten aufzeigen, welche Entwicklungen mit welchen Maßnahmen aus kommunaler Perspektive zukunftsfähig sind. Darüber hinaus sollen gemeinsam weitergehende innovative Lösungen erarbeitet werden.

In dem Städtenetzwerk in Sachsen-Anhalt wird unter dem Schwerpunkt Familienfreundlichkeit das Thema „Jugend im demografischen Wandel“ bearbeitet. Dazu wurden in allen drei Städten Ideen-Werkstätten mit Jugendlichen durchgeführt. Über spielerisch diskutierte Szenarien wurden gemeinsam mit den Jugendlichen Projektideen erarbeitet. In Hettstedt standen z. B. der Spielplatz in der Innenstadt, eine Imagekampagne „Eine Stadt für junge Leute“, ein Kinder- und Jugendparlament, die Gestaltung öffentlicher Räume durch und für die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Als ein vorläufiges Ergebnis von hoher Wertschätzung ist die Beteiligung und aktive Einbringung von Jugendlichen in die Gestaltung ihrer Heimat anzusehen. Die Auftaktveranstaltung zum Projekt fand am 19. September 2012 in Sangerhausen unter der aktiven Einbeziehung einer gymnasialen Oberstufe statt. 12 Schüler haben den demografischen Wandel als Theaterstück anschaulich dargestellt. Im Frühjahr 2013 wird in Thüringen über den Umsetzungsstand des Projektes berichtet und im Herbst 2013 findet die Abschlussveranstaltung in Sachsen statt. Thüringen und Sachsen bringen jeweils ihre inhaltlichen Schwerpunkte, wie Mobilität und Sicherung der Daseinsvorsorge in die länderübergreifende Zusammenarbeit ein.

Ein regelmäßiger Austausch des mitteldeutschen Städtenetzwerkes ist Ausdruck einer aktiven Demografiepolitik in den Ländern und beteiligten Kommunen. Insbesondere die Abstimmungen und die Zusammenarbeit der drei Länder in Vorbereitung der Arbeitsgruppensitzungen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung sind sehr wertvoll für alle Beteiligten. Nur durch das

gemeinsame Herangehen können die spezifischen Belange der ostdeutschen Bundesländer ihre Aufmerksamkeit in der Demografiepolitik auf Bundesebene erfahren.

5 Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

In einer Zeit wachsender grenzüberschreitender Vernetzung und globalem Wettbewerb um die besten Köpfe und besten Standortbedingungen kommt der Wahrnehmung der Interessen Sachsens-Anhalts auf europäischer Ebene eine hohe Bedeutung zu.

So stand der 2. Demografie-Kongress am 10. und 11. Oktober 2012 in Magdeburg unter dem Motto „Sachsen-Anhalt 2030 – Gemeinsam Zukunft gestalten“. Mit Hilfe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurden die Teilnehmer des Kongresses sensibilisiert, die EU-Strukturfonds als Mittel zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und damit zur Schaffung von mehr und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen zu nutzen. Der Kongress wurde begleitet von einem Jugendwettbewerb „Deine Vision Sachsen-Anhalt 2030“. Junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahre waren aufgerufen, ihre Visionen zur Gestaltung ihrer Heimat Sachsen-Anhalt einzureichen. Die Preisträger erhielten für ihre Ideen einen iPod-Touch, Sachsen-Anhalt-Tickets des Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt und unter dem Motto „Politik ganz nah“ hatte ein Jugendlicher die Möglichkeit, den Landesentwicklungsminister einen Tag lang zu begleiten.

Am zweiten Kongresstag hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, auf Exkursionen wahlweise nach Aschersleben oder Bitterfeld-Wolfen mit einer Führung durch den P-D Chemiepark Bitterfeld-Wolfen die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Die geführten Touren informierten unter anderem über die wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen dieser Städte. Die meisten Teilnehmer lernten auf diese Weise ihr Land von einer ganz anderen Seite kennen und schätzen.

Für Sachsen-Anhalt ist es von großer Bedeutung, im Zusammenwirken mit gleichgesinnten Regionen in Europa und auch im Zusammenspiel mit den ostdeutschen Ländern, die spezifischen Probleme und Herausforderungen Ostdeutschlands in die künftige Ausgestaltung der EU-Politiken und EU-Förderpolitiken einzubringen. Daher setzt sich die Landesregierung auch für die besondere Berücksichtigung demografischer Probleme in den künftigen EU-Strukturfondsverordnungen und in den Programmplanungsdokumenten zur Vorbereitung der Förderperiode 2014 bis 2020 ein. Als Berichterstatter in der Ministerpräsidentenkonferenz, in verschiedenen Fachministerkonferenzen, im Bundesrat und im Ausschuss der Regionen initiierten Landesvertreter Anträge

und Beschlüsse, die für Sachsen-Anhalt und alle ostdeutschen Länder u. a. eine angemessene Mittelausstattung in Höhe von zwei Dritteln der derzeitigen Zuweisungen und einen ausreichenden Gestaltungsspielraum forderten, um innovative Lösungsansätze für demografische Probleme zu entwickeln und umsetzen zu können.

Die Stabsstelle für demografische Entwicklung und Prognosen im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und das Ministerium für Arbeit und Soziales haben dazu in den vergangenen Jahren verschiedene Demografieprojekte in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern initiiert.

Im Vordergrund der Projektarbeit stand und steht immer, mit anderen europäischen Partnern Erfahrungen und Informationen auszutauschen, voneinander zu lernen und zu partizipieren. Über das Central Europe Programm INTERREG IVB wurden mit anderen europäischen Partnern seit 2010 verschiedene Projekte erarbeitet und durchgeführt. Voneinander Lernen und gegenseitig unterstützen bedeutet aber auch, sich auf unterschiedliche Mentalitäten, Herangehensweisen, regionaltypische Besonderheiten und bürokratische Hierarchien der anderen Länder einzulassen. Damit umzugehen ist auch ein neuer Lernprozess für die Landesverwaltung.

5.1 Das Projekt YURA

Ein Schwerpunkt in der transnationalen Zusammenarbeit im Bereich Demografie ist das Projekt „YURA“ (Entwicklung und Umsetzung ganzheitlicher Jugendstrategien für Regionen mit Abwanderungsproblemen). Im Rahmen des Programms INTERREG IV B, Priorität 4 (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Anziehungskraft von Städten und Regionen), Handlungsfeld 4.2 (Umgang mit den territorialen Auswirkungen des demografischen und sozialen Wandels auf die Stadt- und Regionalentwicklung) wurde dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr als Lead-Partner der Zuschlag im Jahr 2010 für die Durchführung erteilt.

Ein Hauptziel des YURA-Projektes ist die Entwicklung transnationaler, innovativer Ansätze und ganzheitlicher Strategien der Vermeidung von Abwanderungen. Ein besonderes Augenmerk des Projektes liegt auf der Verbesserung der Kooperation zwischen Schulen, Jugendakteuren und Unternehmen in den betroffenen Regionen. YURA möchte aktiv zur Verminderung der Abwanderung von Jugendlichen und zur Sicherung von Fachkräften für die in den Regionen ansässigen Unternehmen beitragen.

Die Projektpartner initiierten Kooperationen mit örtlichen Schulen und Firmen und entwickelten innovative Bildungsangebote für Jugendliche – von der Haupt- und Realschule bis zur Berufsschule und dem Gymnasium. Die Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen wurden dabei von regionalen Bildungseinrichtungen und politischen Entscheidungsträgern fachlich begleitet.

Ende 2011 wurden dann im Rahmen eines mehrtägigen transnationalen Seminars Jugendliche aus allen beteiligten Regionen nach Sachsen-Anhalt eingeladen. Unter dem Motto „Meine Region – Meine Zukunft“ haben die Jugendlichen ihre Wünsche und Erwartungen für ihre Zukunft an die verantwortlichen Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft formuliert. Die Abschlussveranstaltung fand am 10. November 2011 unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsident Detlef Gürth im Landtag von Sachsen-Anhalt statt.

Darüber hinaus veranstaltete das MLV im Rahmen des Projektes am 11. Juli 2011 in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Brüssel ein transnationales Forum. Neben Dr. Schnellhardt (MdEP) erörterten mehrere Vertreter der EU-Kommission die Themen Kohäsionspolitik nach 2013 und Demografie in Europa mit den Projektpartnern.

YURA hat aufgezeigt, welche Maßnahmen aus Sicht der Jugendlichen erforderlich sind, um ländliche Regionen attraktiv und lebenswert zu gestalten. Das Projekt hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, dass die Belange Jugendlicher in den politischen Gremien mehr Gehör finden und dass die verantwortlichen Akteure stärker interdisziplinär zusammenarbeiten. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat deshalb im Dezember 2012 die Erarbeitung einer landesweiten Jugendstrategie in Auftrag gegeben.

5.2 Das Projekt SEMIGRA

Unter der Lead-Partnerschaft des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr wurde ein transnationaler Projektantrag zum Thema „**S**elctive **M**igration and unbalanced Sex **R**atio in Rural Regions (SEMIGRA)“ für das ESPON-Programm durch das Programmsekretariat in Luxemburg genehmigt, dessen Projektabschluss im Mai 2012 erfolgte. Das Hauptanliegen der ESPON Priorität 2 ist das Aufzeigen politischer Handlungsempfehlungen. Das European Spatial Planning Observation Network (ESPON) ist ein europäischer Zusammenschluss zur Beobachtung der Raumentwicklung in Europa. Teilnehmer im ESPON sind die 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie die Nachbarländer Schweiz,

Norwegen, Liechtenstein und Island. Es ist Teil der Strukturfonds 2007-2013, Ziel 3 "Europäische territoriale Zusammenarbeit".

Im Rahmen des SEMIGRA-Projektes wurden Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in den hiervon betroffenen Regionen Sachsen-Anhalts wissenschaftlich untersucht. Die sich daraus ergebenden Gefahren und Chancen sind auszuloten, um neuartige Konzepte zu entwerfen und der Kommunal- und Regionalpolitik zur Verfügung zu stellen.

Im Kern geht es um die Abwanderung junger Leute, insbesondere junger Frauen: Von den demografischen Problemen im Osten Deutschlands heben sich die Frauendefizite in der Altersgruppe 15 bis 29 Jahre infolge der überproportionalen Verluste durch Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen dieser Altersgruppe besonders hervor. Aufgrund der mangelnden Rück- und Zuwanderung (siehe dazu das Projekt RE-TURN) haben sich die Frauendefizite in einigen Regionen Sachsen-Anhalts besonders verschärft. Unter den am stärksten betroffenen Altersgruppen entwickeln sich in ausgewählten Teilräumen sozial stark abgegrenzte "Männergesellschaften".

Eine wesentliche Erkenntnis des SEMIGRA-Projektes ist, dass sich in Sachsen-Anhalt eine regelrechte „Abwanderungskultur“ bei jungen Leuten entwickelt hat. Abwanderung wird zu einem Aspekt des Übergangs zum Erwachsenenlebens, der nicht nur akzeptiert wird, sondern von den jungen Menschen nahezu erwartet und vom Elternhaus schon frühzeitig vermittelt wird.

Die aus SEMIGRA abgeleiteten Empfehlungen und Handlungsfelder werden u. a. in dem INTERREG-Projekt „WOMEN“ aufgegriffen.

Detaillierte Projektergebnisse lassen sich der im Oktober 2012 veröffentlichten deutschsprachigen Broschüre entnehmen. Diese kann über die Stabsstelle für demografische Entwicklung und Prognosen oder im Internet unter www.demografie.sachsen-anhalt.de bezogen werden.

5.3 Das Projekt WOMEN

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr hat als Leadpartner zum 01. Juli 2012 ein weiteres INTERREG IVb Projekt bewilligt bekommen, das unter dem Namen WOMEN die „Entwicklung und Umsetzung einer transnationalen Strategie gegen die Abwanderung junger gut gebildeter Frauen“ zum Ziel hat. Inhaltlich setzt es an den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen aus dem bereits abgeschlossenen SEMIGRA-Projekt an. Die Abwanderung junger

Frauen aus ländlichen Räumen kann zu einem erheblichen Ungleichgewicht zwischen jungen Frauen und jungen Männern führen, was zu einem regelrechten „Frauenmangel“ bzw. „Männerüberschuss“ führt. Dies droht die ökonomischen, demografischen und sozialen Probleme weiter zu verschärfen. Nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern auch viele andere Regionen in Europa sind hiervon betroffen. WOMEN soll deshalb gemeinsam mit jungen Frauen und Männern, der Wirtschaft und Politik Aktionen und Aktivitäten initiieren, die hier ansetzen und geschlechterorientierte Maßnahmen entwickeln.

Dazu gehört beispielsweise die Auslobung eines transnationalen Best Practice-Wettbewerbs mit der Prämierung junger Vertreterinnen aus den beteiligten Partnerregionen mit Auszeichnung in mehreren Kategorien (bspw. familienfreundliches Unternehmen, innovativste Existenzgründerin). Im Anschluss soll eine Imagekampagne konzipiert und umgesetzt werden, bei der positive Beispiele herausgestellt werden (u. a. auch Preisträger des transnationalen Wettbewerbs). Ein weiterer Baustein stellt die Sensibilisierung von Unternehmen dar, die durch Demografie-Manager in Form eines Coachings erreicht werden soll.

Die Auftaktveranstaltung fand am 29./30. Oktober 2012 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Berlin statt. Im Rahmen der Open-Days wird WOMEN im Herbst 2014 in Brüssel vorgestellt werden.

5.4 Das Projekt Re-Turn

Das Ministerium für Arbeit und Soziales als Projektpartner in dem transnationalen Projekt Re-Turn (Regions benefitting from returning migrants) hat erstmals das Thema Rückwanderung im europäischen Kontext betrachtet. Was bewegt die Menschen zu einer Rückkehr in ihre Heimat, wer kehrt zurück bzw. welche Maßnahmen zur Unterstützung sind erforderlich, um Zuwanderung durch Rückwanderung zu erhöhen? Wie können die Kompetenzen der Rückwandernden für die Regionalentwicklung nutzbar gemacht werden? In sechs europäischen Pilotregionen, darunter im Landkreis Harz, werden dazu Maßnahmen erarbeitet und erprobt. Eine wissenschaftliche Untersuchung der Wanderungsbewegungen sowie Befragungen von Rückwanderungswilligen ergänzen die Projektaktivitäten.

Aktivitäten in Sachsen-Anhalt

Das Potential der Zuwanderung durch Rückwanderung zu erschließen, ist für die ostdeutschen Länder ein wichtiges demografisches Handlungsfeld. Schätzungsweise leben 1,5 Millionen Ostdeutsche in Westdeutschland. Die im Rahmen von Re-Turn durchgeführte Befragung zeigt eine Rückkehrbereitschaft von 74,3 Prozent.

Für Sachsen-Anhalt liegt der thematische Schwerpunkt auf der Erarbeitung und Pilotierung regionaler Strategien zur Stärkung der Zu- und Rückwanderung sowie der Verbesserung der Willkommenskultur vor Ort. Prioritäres Ziel ist dabei, die Ressourcen und Chancen für Zu- und Rückwanderung zu erkennen und zu nutzen. In der Pilotregion Landkreis Harz soll eine stärkere Bewusstseinsbildung bei Akteuren in Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft herbeigeführt werden. Eine regionale Willkommensagentur im Landkreis Harz, die im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales umgesetzt wird, soll interessierten Zu- und Rückwandernden Informationen und Dienstleistungen aus der Region zur Verfügung stellen. Das Angebot umfasst u. a. die Nutzung einer Internetplattform mit relevanten Informationen über die Region sowie die Möglichkeit der persönlichen Beratung.

5.5 Das Projekt CE-Ageing

Im Rahmen des Projektes CE-Ageing Platform (Central European Platform for an Ageing Society) arbeitet das Ministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam mit anderen europäischen Partnern an der Erstellung einer „Central Europe Ageing Strategy“. Die Strategie wird der Europäischen Kommission zum Projektende übergeben. Der Entwurf dieser europäischen Strategie weist die Handlungsfelder Beschäftigungsfähigkeit, Migration, Familienfreundlichkeit und gesundes Altern aus. Es wird dabei zwischen unterschiedlichen Herausforderungen und Handlungserfordernissen in urbanen und ländlichen Regionen mit höherem sowie geringerem Entwicklungsbedarf unterschieden. Die Erarbeitung der Strategie als projektübergreifendes Ziel wird begleitet durch regionale Pilotmaßnahmen und Konzepte der Projektpartner. Dementsprechend wird ein differenziertes Portfolio an Best Practice Beispielen erarbeitet und umgesetzt.

Aktivitäten in Sachsen-Anhalt

Das Ministerium für Arbeit und Soziales untersucht im Rahmen des Projektes die Auswirkungen des wachsenden Anteils älterer Menschen in ländlichen Gebieten bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtbevölkerung. Anknüpfend an

das seniorenpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt werden Handlungsfelder identifiziert, die für die Lebensqualität insbesondere älterer Menschen in ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts bedeutsam sind. Kernelement des Beitrages Sachsen-Anhalts ist das Setzen von Impulsen zur positiven Gestaltung des Älterwerdens in ländlichen Räumen.

Im Rahmen des CE-Ageing Projekts werden mehrere Demografie-Werkstätten durchgeführt, um für einzelne Themenbereiche zu sensibilisieren und den Informationsaustausch anzuregen. Zuletzt wurde mit der Demografie-Werkstatt „Leben und Wohnen im Alter“ im November 2012 ein Austausch über alternative Wohnformen für das Leben im Alter mit Schwerpunkt auf bürgerschaftlichem Engagement angeregt und gleichzeitig die zukünftige Entwicklung diskutiert.

Weitere Schwerpunkte bestehen in der Durchführung einer Befragung von lokalen Akteuren und Bürgern in einer Beispielregion in Sachsen-Anhalt, in der Handlungsfelder identifiziert werden sollen, die für die Befragten für ihr eigenes Älterwerden relevant sind. Ein weiteres Mittel zur Sensibilisierung für Herausforderungen ist die Visualisierung der Lebensbedingungen älterer Menschen im ländlichen Raum im Rahmen eines Filmprojekts. Beide Vorhaben sollen Aufschluss über regionalspezifische Herausforderungen geben. Die Ergebnisse aus Sachsen-Anhalt werden im Rahmen des CE-Ageing Netzwerks in die „Central Europe Ageing Strategy“ einfließen.

6 Schlussfolgerungen

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Sachsen-Anhalts ist ein zentrales Ziel der Landesentwicklung. Wie kann das unter den Bedingungen einer raschen Alterung, selektiver Wanderungen und regional sehr unterschiedlicher Schrumpfung der Bevölkerung gewährleistet und vor allem dauerhaft gesichert werden?

Das Handlungskonzept bildet die Grundlage für eine nachhaltige Demografiepolitik der Landesregierung. Die Gestaltung und Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und Projektideen liegt in der Verantwortung vieler Akteure. Erfolgreich werden wir sein, wenn wir den demografischen Wandel als Herausforderung und Chance für Neues und für Veränderungen annehmen, ihn offen kommunizieren, viele Akteure einbeziehen und verantwortungsvoll mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgehen. Dabei müssen wir die Generationengerechtigkeit, das Miteinander von Alt und Jung besonders in den Blick nehmen. Mehr Lebensqualität im Alter anstreben, aber auch Perspektiven für junge Leute aufzeigen. Um junge Leute in Sachsen-Anhalt zu halten und sie für das Land zu begeistern, müssen ihnen mehr Chancen und Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung und Mitverantwortung gegeben werden. Eine Initiative für und mit der Jugend wäre eine gute Basis für eine breite Beteiligung junger Menschen an politischen und sozialen Prozessen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie im Kontext der EU-Jugendstrategie.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die kommunale Entwicklung durch stärkere Einbeziehung der Bevölkerung und Akteure vor Ort bei Gestaltung der gemeindlichen und lokalen Entwicklung. Durch lokale Aktionsgruppen können langfristige Potenziale einer Gemeinde bzw. Region gebündelt und aufgezeigt werden. Durch eine kommunikative Steuerung und Abstimmung eines gemeindlichen Entwicklungsprozesses kann langfristig eine nachhaltige Entwicklung im Infrastrukturbereich der Region erreicht und die Effizienz investiver Maßnahmen erhöht werden. So wird aus der Gemeindegebietsreform eine große Chance für die Zukunft Sachsen-Anhalts.

Hierzu hat die Landesregierung zehn Modellkommunen ausgewählt, eine interministerielle Koordinierung gesichert und eine wissenschaftliche Begleitung hinzugezogen, um gemeinsam mit den ausgewählten Städten und Gemeinden, dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Landkreistag dieses kommunale

Neuland zu betreten. Die Modellkommunen werden Wege aufzeigen, wie die gemeindliche Entwicklung unter den Bedingungen des demografischen Wandels erfolgreich gestaltet werden kann. Die übrigen Städte und Gemeinden des Landes können dann in der neuen EU-Förderperiode von diesem Modellprojekt profitieren und haben die Möglichkeit, mit finanzieller Unterstützung von MLV und MLU auch ihrerseits Integrierte Gemeindeentwicklungskonzepte (IGEK) zu erarbeiten und eine zielgerichtete Entwicklung und langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge zu betreiben.

Damit dieses Modellvorhaben und auch viele andere Initiativen und Projekte im Land bekannt werden und zur Nachahmung anregen, muss der Erfahrungsaustausch weiter verbessert werden. Schon jetzt gibt es dazu vielfältige Möglichkeiten, etwa im Rahmen von Kongressen und Veranstaltungen, über Workshops und Fortbildungsmaßnahmen, aber auch über das „Demografie-Portal“ des MLV oder über den Newsletter „DEMOGRAF“. Damit der Erfahrungsaustausch noch besser gelingt, müssen die Bürgerinnen und Bürger, die Kammern und Verbände, Unternehmen und Vereine noch stärker für diesen Gestaltungsprozess interessiert werden. Die Gründung der Demografie-Allianz bietet dazu eine hervorragende Plattform, um diesen intensiven gesellschaftlichen Dialog über Fragen und Probleme des demografischen Wandels zu führen und gemeinsam nach Antworten zu suchen. Für diese komplexe Aufgabe muss die breit aufgestellte Allianz stärker genutzt werden. Dabei sollen auch die vielfältigen Erfahrungen aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland einfließen.

Bei all diesen vielschichtigen Veränderungs- und Anpassungsprozessen gilt es, die Bürgerschaft transparent und offen zu beteiligen und bei der Zukunftsgestaltung mitzunehmen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt wissen, dass der demografische Wandel stattfindet und von niemandem aufgehalten werden kann; aber sie wissen auch, dass dieser Wandel gestaltet werden kann und muss, damit die Zukunft gelingt. Dieser Kommunikationsaufgabe stellen sich Landtag und Landesregierung in Sachsen-Anhalt.

Die Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen ist kein Almosen, sondern ständiger Auftrag des Grundgesetzes. Was heißt das? Das heißt, dass der Staat den Menschen unabhängig davon, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben, eine Grundversorgung garantieren muss: Strom, Wasser, Abwasser-

entsorgung, Straßenanbindung und Zugang zu ÖPNV, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen einschließlich Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Zugang zu privaten und kommunalen Dienstleistungen wie der medizinischen Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung, Lebensmittelversorgung, Bank- und Postdienstleistungen, Telefon und den Zugang zum Internet.

Diese Grundversorgung ist in der Regel nicht in unmittelbarer räumlicher Nähe vorzuhalten, sondern der Zugang zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist zu gewährleisten und zwar in zumutbarer Entfernung. Damit erhält die Sicherung der Mobilität eine strategische Schlüsselfunktion bei der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Die Menschen eines abgelegenen Dorfes erwarten gar nicht, dass alle Segnungen der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft vor ihrer Haustüre zu finden sind, aber sie haben ein Recht darauf, dass sie mit dem PKW, dem Fahrrad oder dem ÖPNV die Errungenschaften der Moderne erreichen können. Dass sie dafür einen gewissen Zeitaufwand auf sich nehmen müssen, ist durch die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ durchaus gedeckt.

Eine wesentliche Rolle bei der erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels spielen nicht zuletzt die Unternehmen im Lande. Es sind überwiegend die Unternehmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und maßgeblich das Lohnniveau einer Region bestimmen. Die starke Abwanderung in den 90er Jahren hatte vor allem ihre Ursache in einem gravierenden Mangel an Arbeitsplätzen in den neuen Ländern nach dem weitgehenden Zusammenbruch der staatlich gelenkten Kombinate. Seitdem hat Sachsen-Anhalt wahre Gründerjahre erlebt, die einen neuen selbstbewussten Mittelstand und viele neue Arbeitsplätze hervorgebracht haben. Diesen Weg müssen wir unbeirrt weitergehen, denn vor allem attraktive Arbeitsplätze mit marktgerechten Löhnen, mit Aufstiegschancen in einem relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld schaffen es, junge, gut ausgebildete Menschen im Sachsen-Anhalt zu halten und eine stärkere Zuwanderung ins Land zu erreichen.

In den nächsten Jahren kommen die starken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre nach und nach ins Rentenalter. Gleichzeitig wachsen nur relativ kleine Jahrgänge nach. Diese gegenläufige demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt könnte die weitere wirtschaftliche Entwicklung bremsen und die Aufhol-

anstrengungen des Landes zunichte machen. Mittelfristig kann der Fachkräftemangel zu einem echten Flaschenhals der Landesentwicklung werden. Deshalb ist die Landesregierung schon jetzt dabei, die Weichen zu stellen. Initiativen wie PFIFF, das EU-Projekt YURA und vieles andere mehr tragen dazu bei, dass vor allem junge Menschen ihre deutlich gewachsenen beruflichen Perspektiven in ihrer Heimat Sachsen-Anhalt erkennen und wahrnehmen. Der leergefegte Ausbildungsmarkt zeigt, dass die Jugend schon jetzt gute Entwicklungsmöglichkeiten im Land besitzt und deshalb nicht mehr abwandern muss. Hier müssen alle Verantwortlichen noch mehr aufklären und die Chancen aufzeigen, damit ungewollte Abwanderung vermieden wird.

Über die Bleibeperspektiven hinaus geht es bei der Vermeidung des Fachkräftemangels auch um die Erschließung des riesigen Potenzials an früheren Einwohnern Sachsen-Anhalts, die in den letzten Jahrzehnten das Land verlassen haben. Viele dieser Menschen haben eine enge Beziehung zum Land und wünschen sich oftmals eine Rückkehr in ihre Heimat. Die medial stark beachteten Aktivitäten des Ministerpräsidenten geben die Richtung vor und zeigen der gesamten Republik, dass Sachsen-Anhalt heute nicht mehr das Auswandererland von einst ist, sondern sich als selbstbewusstes Aufsteigerland versteht.

Neben den Aspekten Bleiben und Rückkehren muss auch zunehmend die Zuwanderung aus dem In- und Ausland in den Blick genommen werden. Sachsen-Anhalt hat eine hervorragende Infrastruktur, lebens- und lebenswerte Städte und Dörfer mit einer reichen Geschichte und vielfältigen Kultur, fruchtbare Böden und wunderschöne Landschaften. Diese Lebensqualität bieten viele Regionen dieser Welt nicht. Wenn der Fachkräftemangel akut wird und die Arbeitslosigkeit weiter spürbar zurückgeht, dann kann Sachsen-Anhalt zu einem Zielort der Zuwanderung z.B. aus Südeuropa werden. Allerdings müssen die Unternehmen, die Politik und Institutionen, die Kommunen sowie letztlich die Bürgerinnen und Bürger diese Zuwanderung wollen und die dafür nötigen Voraussetzungen schaffen. Nur wenn die Zuwanderung auf eine aufnahmebereite Gesellschaft trifft, die die Zuwandernden als Bereicherung und Stärkung empfindet, wird die Integration dieser Menschen gelingen. Deshalb ist die Schaffung einer Willkommenskultur auf allen relevanten Feldern Stück für Stück zu etablieren. Erste vielversprechende Ansätze dazu hat die Landesregierung bereits geleistet.

Natürlich werden Rückwanderung und Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt langfristig die demografischen Probleme des Landes nicht alleine lösen können. Unserer Gesellschaft muss es vielmehr gelingen, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Kinderwünsche und auch die Realisierung der Kinderwünsche sind in Deutschland besonders gering ausgeprägt. Hier sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erforderlich, um ein kinder- und familienfreundliches Klima zu schaffen. Vor allen Dingen dürfen Kinder nicht mehr länger einer der wichtigsten Gründe für Armut sein. Die Gesellschaft muss den Bedürfnissen von Eltern und ihren Kindern ausreichend Rechnung tragen, dann werden sich auch wieder mehr Paare Kinder wünschen und mehr Paare diese Wünsche umsetzen. Nur auf diesem Weg wird Sachsen-Anhalt eine langfristige demografische Zukunft haben. Alleine auf die Zuwanderung von qualifizierten jungen Menschen aus anderen Regionen der Welt zu setzen, wäre sehr riskant.

Die gesellschaftliche und demografische Umbruchsituation des jungen Bundeslandes Sachsen-Anhalt ist nicht zu Ende. Aber es gibt viele Anzeichen, die auf eine Stabilisierung des Landes hinweisen.

So hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in den letzten Jahren wieder zugenommen. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Die Geburtenzahlen haben sich auf niedrigem Niveau stabilisiert und die Geburtenrate übertrifft seit 2009 die der alten Bundesländer mit leicht steigender Tendenz.

An den Hochschulen des Landes sind mehr als 50.000 Studierende eingeschrieben, von denen fast die Hälfte ihr Abitur in anderen Ländern oder im Ausland erworben hat. Auch die Rückwanderung ehemaliger Landeskinder verstärkt sich, so dass in der Summe der Entwicklungsfaktoren ein deutlich schrumpfender Abwanderungssaldo festzustellen ist.

Wir wollen im Wettbewerb mit den anderen Regionen in Deutschland und Europa mithalten. Wir wollen, dass mindestens genauso viele junge Menschen nach Sachsen-Anhalt ziehen wie umgekehrt. Wir wollen, dass wir als Land mit großer Geschichte auch eine gute Zukunft haben. Dafür haben wir viele Potenziale im Land. Die neue Marketingkampagne „Dafür stehen wir früher auf“ unterstützt diesen Prozess ganz wesentlich. Man denkt z.B. an unsere vielen historischen Städte, die im Jahr 2010 bei der IBA die Erfolge des Stadtumbaus einem internationalen Publikum gezeigt haben und den City to City Barcelona FAD Award als große internationale Auszeichnung erhielten. Darauf können wir alle stolz sein.

Ähnliches gilt für die grundlegende Erneuerung der Infrastruktur, für den Neuaufbau unserer Wirtschaft und vieles mehr. Es gibt also bei allen objektiven Problemen auch viele Gründe für einen gesunden Optimismus.

Literaturverzeichnis

LEIBERT, TIM (2011), IfL Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig, Die demographische Entwicklung Sachsen-Anhalts 1990-2011 in lokaler, regionaler und nationaler Perspektive

BASTIN, Sonja, Michaela KREYENFELD & Christine SCHNOR (2012): Diversität von Familienformen in Ost- und Westdeutschland (= MPIDR Working Paper WP 2012-001). Rostock

URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2012-001.pdf>

BONGAARTS, John (2008): What can fertility indicators tell us about pronatalist policy options? In: *Vienna Yearbook of Population Research* 2008, S. 39-55

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2012): Arbeitsmarktmonitor: Arbeitsagenturen in Deutschland – Strukturindikatoren.

URL: <https://arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de/information/maps/arbeitsagenturen/2011/>

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (2012): Interaktive Regionalprofile.

URL: <http://78.46.82.146/regionalprofil/>

CARLSON, Elwood & Rasmus HOFFMANN (2011): The State Socialist Mortality Syndrome. In: *Population Research and Policy Review* 30, Heft 3, S. 355-379

URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2012-001.pdf>

CASTIGLIONI, Maria und Gianpiero DALLA ZUANNA (2007): Marital and Reproductive Behavior in Italy After 1990: Bridging the Gap with Western Europe? Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New York im März 2007

DIEHL, Katharina (2008): Mögliche Faktoren für die rasche Reduktion der ostdeutschen Übersterblichkeit nach der Wiedervereinigung: Warum leben Ostdeutsche seit der Wiedervereinigung länger? In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33, Heft 1, S. 89-109

GANS, Paul (2008): Klare regionale Unterschiede der Lebenserwartung. In: *Nationalatlas aktuell* 11 (10/2008) [15.10.2008].

URL: http://aktuell.nationalatlas.de/Lebenserwartung.11_10-2008.0.html

GANS, Paul (2011): Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt

GEISLER, Esther & Michaela KREYENFELD (2012): How Policy Matters: Germany's Parental Leave Benefit Reform and Fathers' Behaviour 1999-2009 (= MPIDR Working Paper WP 2012-021). Rostock

GENERATIONS AND GENDER PROGRAMME (2012): Generations and Gender Contextual Database.

URL: <http://www.ggp-i.org/contextual-database.html>

GOLDSTEIN, Joshua & Michaela KREYENFELD (2011): East Germany Overtakes West Germany: Recent Trends in Order-Specific Fertility Dynamics (= MPIDR Working Paper WP 2010-033, Revised July 2011). Rostock

URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2010-033.pdf>

GRIGORIEV, Pavel, Vladimir SHKOLNIKOV, Evgueni ANDREEV, Domantas JASILIONIS, Dmitri JDANOV, France MESLÉ & Jacques VALLIN (2010): Mortality in Belarus, Lithuania, and

Russia: Divergence in recent trends and possible explanations. In: *European Journal of Population* 26, S. 245-274

- HAUNSTEIN, Stefan, Giulia MONTANARI & Karin WIEST (2012):** Wohnstandortentscheidungen in der Region Halle/Leipzig: Charakteristische Standortprofile und Nachfragergruppen am Beispiel von fünf Quartieren. In: *Statistischer Quartalsbericht des Amts für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig*, Heft II/2012 (im Druck)
- KABISCH, Sigrun, Annett STEINFÜHRER & Annegret HAASE (2012):** Reurbanisierung aus sozio-demographischer Perspektive: Haushalte und Quartierswandel in der inneren Stadt. In: **BRAKE, Klaus & Günter HERFERT (Hg.):** Reurbanisierung: Materialität und Diskurs in Deutschland, S. 113-129. Wiesbaden
- KONIETZKA, Dirk und Michaela KREYENFELD (2007):** Mehr Kinder pro Frau in Ost- als in Westdeutschland. Warum die Diskussion zum Zusammenhang von Kinderkrippen und Geburtenrate verkürzt ist. In: *Demographische Forschung aus Erster Hand*, Heft 2/2007, S. 4
- HERFERT, Günter (2008):** Bevölkerungsentwicklung – Wachsende Polarisierung in Ostdeutschland. In: *Nationalatlas aktuell 2 (02/2008)* [29.02.2008].
URL: <http://aktuell.nationalatlas.de/Bevoelkerungsentwicklung-Ostdeutschland . 2 02-20080.0.html>
- KETZMERICK, Thomas (2009):** Arbeitsmarkteinstieg und regionale Mobilität ostdeutscher Jugendlicher. In: **PANKE, Martina & Ulrich SCHNAUDER (Hg.):** Randbedingungen. Jugend – Prekäres Leben – Politische Bildung. Flecken Zechlin
- KREYENFELD, Michaela (2000):** Employment Careers and the Timing of First Births in East Germany (= MPIDR Working Paper WP 2000-004). Rostock
- LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2010):** Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg
URL: http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/BibliothekPolitik_und_Verwaltung/Bibliothek_MBV/PDF/Raumordnung/LEP_LSA_2010.pdf
- LEIBERT, Tim (2011):** „Männerproletariat“ - schiffbrüchig im „Ozean von Armut und Demenz“? Die Geschlechterproportionen als Indikator für die sozioökonomische Marginalisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands. In: *Statistischer Quartalsbericht des Amts für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig*, Heft IV/2011, S. 20-28.
URL: http://www.leipzig.de/imperia/md/content/12_statistik-und-wahlen/lz_qb_114.pdf
- LEIBERT, Tim & Sebastian LENTZ (2011):** Die demographische Entwicklung Sachsen-Anhalts im europäischen Vergleich 2000 – 2025. Auswertung und Interpretation der Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt und der EUROPOP 2008 von EUROSTAT. Leipzig
- LUY, Marc (2004):** Verschiedene Aspekte der Sterblichkeitsentwicklung in Deutschland von 1950 bis 2000. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29, Heft 1, S. 3-62
- LUY, Marc & Olga PÖTZSCH (2010):** Schätzung der tempobereinigten Geburtenziffer für West- und Ostdeutschland, 1955-2008. In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, Heft 3, S. 569-604
- MAI, Ralf (2004):** Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Ostdeutschland: Struktur, Entwicklung und die Ost-West-Lücke seit der Wiedervereinigung. In: **SCHOLZ, Rembrandt & Jürgen FLÖTHMANN (Hg.):** Lebenserwartung und Mortalität (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 111). Wiesbaden
- MAI, Ralf (2006):** Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* Heft 5/2006, S. 355-369

- SCHWEIKART, Jürgen & Nicole UEBERSCHÄR (2010):** Deutliche regionale Unterschiede bei Suiziden. In: *Nationalatlas aktuell* 1 (01/2010) [27.01.2010].
URL: http://aktuell.nationalatlas.de/Suizidsterbefaelle.1_01-2010.0.html
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012):** Regionaldatenbank Deutschland.
URL: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2011a):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Wiesbaden
URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.pdf?__blob=publicationFile
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2012a):** Einbürgerungen 2011. Wiesbaden
URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Einbuengerungen2010210117004.pdf?__blob=publicationFile
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2012b):** Ausländische Bevölkerung: Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Wiesbaden
URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200117004.pdf?__blob=publicationFile
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2012c):** Todesursachen in Deutschland 2010. Wiesbaden
URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Todesursachen/Todesursachen2120400107004.pdf?__blob=publicationFile
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2012d):** GENESIS-Online Datenbank
URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2012e):** zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren.
URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2012):** 12. August - Internationaler Tag der Jugend: „Hotel Mama“ beliebt bei jungen Männern (=Medieninformation 165/2012). Kamenz
URL: http://www.statistik.sachsen.de/download/200_MI2012/mi16512.pdf
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2007):** Ergebnisse des Mikrozensus 2005: Haushalte und Familien. Halle (Saale)
URL: http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A113_j_2005.pdf
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2009):** Bevölkerung der Gemeinden nach Kreisen 1964-2007. Halle (Saale)
URL: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A103_1964_-_2007.pdf
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2011a):** Ergebnisse des Mikrozensus 2010: Ergebnisse nach Kreisen. Halle (Saale)
URL: http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A113_j_2005.pdf
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2011b):** Wanderungen und Wanderungsströme: Jahr 2010. Halle (Saale)
URL: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A301_j_2010.pdf

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2011c): Bevölkerung und Natürliche Bevölkerungsbewegung 1990-2010. Halle (Saale)

URL: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A108_j_2010.pdf

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2012a): Ergebnisse des Mikrozensus 2011: Haushalte und Familien. Halle (Saale)

URL: http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A113_j_2011.pdf

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2012b): Pendlerströme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stichtag 30.06.2011. Halle (Saale)

URL: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6A606_j_2011.pdf

FRIEDRICH, KLAUS UND PASTERNAK, PEER (2012): Demografischer Wandel als Querschnittsaufgabe, Fallstudien der Expertenplattform "Demografischer Wandel" beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt

MINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR SACHSEN-ANHALT (2010): Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ 2010

OPASCHOWSKI, HORST. W., (2005): Besser leben – schöner wohnen, Leben in der Stadt der Zukunft; Bundeszentrale für politische Bildung

BIRG, HERWIG (2005), Die demographische Zeitenwende, Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa; Verlag C. H. Beck

Realisierte und/oder geplante Aktivitäten zur Fachkräftesicherung der Pakt-Partner auf strategischer Ebene

Alle Pakt-Partner wurden im Juli 2012 gebeten, entsprechende von Ihnen realisierte oder geplante Aktivitäten zur Erreichung der Pakt-Ziele wie auch eine Einschätzung zu etwaigen Ergebnissen und Wirkungen herauszustellen. Dabei zielte die Abfrage in Abgrenzung zur *Bestandsanalyse bestehender Unterstützungsstrukturen der Pakt-Partner* insbesondere auf Veränderungen in der strategischen Ausrichtung von Strukturen und Geschäftspolitik. Das kann beispielsweise eine (inhaltliche) Schwerpunktverlagerung und Weiterentwicklung in der Ausrichtung, eine verstärkte und fokussiertere Außendarstellung auf die Thematik Fachkräftesicherung, die bessere Verzahnung und Anbindung an andere Unterstützungsstrukturen sowie durchaus auch die Einführung eines neuen Angebots sein.

Entsprechende Zuarbeiten der Pakt-Partner wurden inhaltlich unverändert übernommen. Die aufgeführten Aktivitäten liegen ausschließlich im Verantwortungsbereich der jeweiligen Pakt-Partner und veranschaulichen die vielfältigen Anstrengungen, die Thematik Fachkräftesicherung im Sinne des Pakts voranzubringen.

Die Aktivitäten werden den jeweiligen Pakt-Partnern, die in alphabetischer Reihenfolge dargestellt sind, zugeordnet:

1. Allgemeiner Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt (AVW),
2. Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V. (AWSA),
3. Bundesagentur für Arbeit (BA),
4. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),
5. Handwerkskammer Halle (HWK HAL),
6. IHK Halle-Dessau (IHK HAL-DE),
7. IHK Magdeburg (IHK MD),
8. Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (MK),
9. Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (MS),
10. Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt (MW),
11. Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (STK).

1. Allgemeiner Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
1.	AVW JuniorNetzwerk	<p>Mit dem AVW JuniorNetzwerk fördern wir Impulse für das unternehmerische Handeln durch Geschäftskontakte, Erfahrungsaustausch, Betriebsbesichtigungen, Zusammenarbeit mit Institutionen, Fachvorträge, Gesprächskreise und Diskussionen. Junge Unternehmer kommunizieren mit Auszubildenden, Studenten und Absolventen mit dem Ziel der Fachkräftegewinnung.</p> <p>Junge Unternehmer haben die Möglichkeit ihre Visionen zu erweitern, gemeinsame Wege zu gehen und unternehmerische Standpunkte auszutauschen.</p> <p>Voneinander profitieren, den Zugriff auf externes Know-how nutzen und den Horizont erweitern, das ist das Ziel des JuniorNetzwerkes.</p>	Seit seiner Gründung im Jahr 2008 mit 30 jungen Unternehmen und Unternehmerinnen gehören dem Netzwerk heute 130 Teilnehmer an.
2.	AVW-Jungunternehmerpreis 2011	<p><u>Auslobung des 5. AVW-Unternehmerpreises</u></p> <p>Das Engagement junger Unternehmer in Sachsen-Anhalt zu fördern, sie für unser Land zu begeistern und Kreativität anzuerkennen, das ist das Ziel unseres Verbandes und gleichzeitig des AVW-Unternehmerpreises</p> <p>Im Jahr 2011 erhielten Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen und beispielgebenden Wegen bei der Gewinnung junger Fachkräfte den Preis.</p> <p>Der Schwerpunkt des Preises 2011 wurde auf „Innovative Wege zur Gewinnung junger Fachkräfte“ gesetzt. Unterstützung der Initiativen des Ministerpräsidenten, Dr. Reiner Haseloff, der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und zahlreicher Akteure zur Fachkräftesicherung. Für den Jungunternehmerpreis 2011 hatten sich Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, der Nahrungsgüterindustrie, Dienstleister sowie das privatwirtschaftliche Kinder- und Jugendhilfzentrum Groß Börnecke beworben.</p>	<p>Preis Mertik Maxitrol GmbH & Co. KG</p> <p>Preis Stendaler Landbäckerei</p> <p>Preis Gollmann Kommissioniersystem GmbH</p>
3.	Qualifizierung eines Demografie-Lotsen	Demografie-Lotse des Mittelstandes in Sachsen-Anhalt für die „Initiative neue Qualität der Arbeit“ im Einsatz	
4.	Projektunterstützung	Unterstützung diverser Projekte zur Fachkräftesicherung in Form der Bereitstellung von Netzwerken	
5.	Fachkräftetransfer in KMU	Zusammenarbeit mit den Transferzentren der Universitäten und Fachhochschulen des Landes sowie Unterstützung des Projekts „Transfergutscheine“.	
6.	Duales Studium	Unterstützung des Dualen Studiums in deren Beiräten als Impulsgeber.	
7.	Transfer über Verbandsmedien	Information der Mitglieder zum Fachkräftesicherungspakt über Verbandsmedien	

2.Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.

Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
8.	Bundesinitiative für berufsbegleitende Bildung „weiter bilden“	<p>Die AWSA unterstützt mit ihren tarifgebundenen Branchenverbänden die Initiative.</p> <p>Der VME e. V. beauftragte das BWSA einen Antrag auf Basis der ESF-Richtlinie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten zu stellen. Das BWSA wurde von weiteren Tarifvertragspartnern beauftragt diese Richtlinie zu bedienen. Neben dem BWSA gibt es weitere 5 Projektträger mit insgesamt 8 laufenden Projekten. Weitere 5 Projekte sind von der Steuerungsgruppe positiv votiert.</p> <p>http://www.initiative-weiterbilden.de/standderumsetzung.html</p> <p>http://www.initiative-weiterbilden.de/zurfoerderungempfohleneprojekte.html</p> <p><u>Ziele</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung des Qualifikationsniveaus und die kontinuierliche Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die sich beständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen, • Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen, • Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Beschäftigten und Unternehmen. <p><u>Handlungsfelder:</u></p> <p><i>Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Beratungsstrukturen, • Ermittlung von betrieblichem Qualifizierungsbedarf, • Transfer bewährter Instrumente und Verfahren in der Praxis, • Kooperation in der Weiterbildung, • Stärkung der Qualität und des Erfahrungsaustauschs. <p><i>Weiterbildungsmaßnahmen im Betrieb</i></p> <p>Maßnahmen, die der Fortsetzung, Wiederaufnahme oder Ergänzung organisierten Lernens außerhalb der Bildungsgänge der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Erstausbildung dienen.</p>	<p>Weiterbildungsaktivitäten haben sich erhöht</p> <p><u>Reflexionsworkshops durch die Regiestelle</u></p> <p>Um die Projekte im Rahmen des Monitorings bei der Umsetzung zu begleiten und zu unterstützen, werden regelmäßige Reflexionsworkshops angeboten, die sich unterschiedlichen Schwerpunkten widmen. Die Veranstaltungen bieten die Möglichkeit, Strategien und Instrumente der Arbeit zu reflektieren, sich mit anderen Projekten zu vernetzen und neue Ideen für die Projektarbeit zu gewinnen. Zusätzlich können konkrete Fragen zu aktuellen Bedarfslagen der Projektumsetzung diskutiert werden.</p> <p>http://www.initiative-weiterbilden.de/reflexionsworkshops.html</p>
9.	Berufsorientierungsmesse „KickStart – in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen“	<p>Zum vierten Mal findet in Magdeburg die Messe „KickStart – in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen“ auf dem Gelände der MESSE MAGDEBURG statt.</p> <p>Die „KickStart“ ist eine Initiative des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalt e. V.; des Landesverbandes Metall-, Elektroindustrie und industrienaher Dienstleistungen Sachsen-Anhalt e. V., des Verbandes der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e. V. und des Arbeitgeberverbandes Nordostchemie e. V. gemeinsam mit dem Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt e. V. und der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT Sachsen-Anhalt.</p> <p>Die KickStart ist</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine fachspezifische Berufsorientierungsmesse für technische und naturwissenschaftliche Berufe, <p>seit 2009 eine erfolgreiche Plattform für das Zusammentreffen von regionalen Unternehmen und Jugendlichen.</p>	<p><u>Regionale</u> Industrieunternehmen werben für Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt und bieten Ausbildungsplätze zur Nachwuchssicherung und damit zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs an. Studenten werden Praktika und Abschlussarbeiten angeboten</p>

10.	Duales Studium	Duale Studiengänge sind für Unternehmen ein wichtiges Instrument der frühzeitigen Fachkräftesicherung für anspruchsvolle Zielpositionen. Deshalb engagieren sich auch die Unternehmen aus Sachsen-Anhalt verstärkt für diese Form der akademischen Bildung und erhalten Unterstützungen von ihren Branchenverbänden. http://www.vme.org .	
-----	----------------	---	--

3. Bundesagentur für Arbeit

Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungsstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
11.	Verstärkter Ausbau des Dienstleistungsangebotes „Arbeitsmarktberatung/Qualifizierungsberatung für Unternehmen“	<p>Ziel der Qualifizierungsberatung ist die Sensibilisierung von hauptsächlich KMU für die demografische Entwicklung. Sie soll nachhaltige Veränderungsprozesse in der Personalentwicklung bewirken und die Qualifizierungsbereitschaft der Unternehmen erhöhen.</p> <p>Dazu wurde in den letzten Monaten in den Agenturen für Arbeit eine entsprechende Struktur geschaffen und das Dienstleistungsangebot für Unternehmen ausgebaut. Darüber hinaus wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und der Förderservice GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bezüglich der Qualifizierungsberatung geschlossen.</p> <p>Im Juni 2012 fand eine Schulung von BA-Mitarbeiter zur Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes S-A durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt statt.</p>	<p>Im Rahmen der Pilotierung der Qualifizierungsberatung in einer Agentur für Arbeit in Sachsen-Anhalt wurde eruiert, dass ca. 50 Prozent der angesprochenen Unternehmen das Angebot angenommen haben und verstärkt in Weiterbildung investieren wollen.</p>
12.	Veränderung Beratungskonzeption	<p>Die individuelle Beratung jedes einzelnen Kunden erfordert eine ständige Weiterentwicklung der Beratungskompetenz der Vermittler und Berater. Mit der flächendeckenden Einführung und Verstetigung der Beratungskonzeption in den Agenturen konnte bereits abgeschlossen werden. Die Einführung in den als „gemeinsame Einrichtungen“ organisierten Jobcentern wird sukzessive erfolgen.</p> <p>Die Ausrichtung auf ein stärkenorientiertes Profiling kann in beiden Rechtskreisen durch eine Kompetenzfeststellung (K-DL) des Psychologischen Beratungsservice unterstützt werden. Derzeit läuft die Einführung der sogenannten K-DL in beiden Rechtskreisen.</p> <p>Mit gezielter und an den Bedürfnissen des Einzelnen angepasster Beratung, lassen sich die Unterstützungsbedarfe individuell ermitteln und gemeinsam umsetzen. Die Vermittlungsfähigkeit des einzelnen Bewerbers kann somit erhöht werden.</p>	

13.	Strategische Neuausrichtung der Förderungspolitik	<p>Die Förderung der beruflichen Weiterbildung stellt auch mit der Gesetzesänderung zum 01.04.2012 (Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011) einen Schwerpunkt in der Förderung von Arbeitssuchenden/ Beschäftigten dar. Den Arbeitsagenturen und Jobcentern stehen hierfür ausreichend Mittel zur Verfügung.</p> <p>Die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (IFlaS) bietet Ungelernten und Wiederungelernten, Berufsrückkehrern und Berufsrückkehrerinnen, Wiedereinsteigern und Wiedereinsteigerinnen, die Möglichkeit des Erwerbs eines Berufsabschlusses bzw. der Teilnahme an einer abschlussorientierten Teilqualifikation. Derzeit werden verschiedene Berufsbilder in modularer Ausbildungsform evaluiert.</p> <p>Die Bildungszielplanung der Agenturen und Jobcenter richtet sich an den Fachkräftebedarfen und an den Potentialen der gemeldeten Bewerber aus. Das Ziel besteht sowohl in einer nachhaltigen Integration des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt als auch der weiteren Sicherstellung der Fachkräftebedarfe in den Regionen.</p> <p>Über das Programm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU)“ stehen den Agenturen zusätzliche Mittel zur Verfügung. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen können hier bei der Qualifizierung ihrer Mitarbeiter unterstützt werden.</p>	
-----	---	--	--

4. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
14.	Auftrag zur Erstellung des Index Gute Arbeit für Sachsen-Anhalt	Der DGB Index „Gute Arbeit“ bildet die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bezug auf deren Bewertung von Arbeits- und Einkommensbedingungen im Land – auch relativ zum ost-, west- und gesamtdeutschen Durchschnitt – ab und liefert damit wichtig Anhaltspunkte zu Handlungsfeldern für eine erfolgreiche Bewältigung des demografischen Wandels durch die Wirtschaft.	
15.	Berücksichtigung des Demographieaspektes in Tarifverhandlungen	<p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und Belegschaft annehmen, • gleitenden Übergang in Ruhestand ermöglichen mithilfe Langzeitkonten, Altersteilzeit, Teilrente, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, tariflicher Altersvorsorge. <p>Beispielsweise umgesetzt im Demographietarifvertrag der IG BCE.</p>	

5. Handwerkskammer Halle (Saale)			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungsstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
16.	Information und Sensibilisierung der Handwerksbetriebe	Die weitere Sensibilisierung und verstärkte Information der Betriebe zum demografischen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen für die Unternehmen mit Blick auf Fachkräftegewinnung stellt einen Schwerpunkt der Aktivitäten dar. Dazu gehört die Erstellung von neuem Informationsmaterial für Handwerksfirmen, wie die Flyer „Lehrstellen- und Praktikumsbörse der Handwerkskammer Halle“ oder „Wie finde ich einen Lehrling? Tipps zur erfolgreichen Mitarbeiter- bzw. Nachwuchssuche, verschiedene Infoblätter, z.B. „Tipps zur Nachwuchsgewinnung für Unternehmen“. Weiterhin werden regelmäßig Printmedien zur Information von Handwerksbetrieben genutzt. Die Artikel in der Deutschen Handwerkerzeitung oder der HWK aktuell zum demografischen Wandel sind dabei auch mit dem Aufruf an die Betriebe verbunden, verstärkt eigene Anstrengungen zu unternehmen. Zusätzlich sind auf der Homepage der Handwerkskammer umfangreichen Daten und Fakten zu diesem Thema online jederzeit abrufbar.	Bei den regelmäßig stattfindenden Kontakten mit Handwerksfirmen zeigt sich, dass die Sensibilisierung für die Herausforderungen des demografischen Wandels gestiegen ist. Im Fazit bleibt aber der Punkt bestehen, dass es weitere Anstrengungen in diesem Bereich braucht.
17.	Ausbildungcoaching und Vermittlung	Ein wichtiges Ziel ist die passgenaue, bessere Vermittlung von, auch erwerbslosen, Jugendlichen in eine Ausbildung, mit Blick auf das mittelfristige Ziel einer Übernahme in Arbeit. Dies trägt dem Anliegen der Verringerung der Arbeitslosigkeit in dieser Zielgruppe Rechnung. Die HWK Halle setzt für diesen Punkt für das Matching zwischen Betrieb und Auszubildenden zur passgenauen Vermittlung zusätzlich zwei Spezialisten ein, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technik sowie dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Darüber hinaus werden diese durch zwei Coachs unterstützt, welche die Betriebe und Auszubildende zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen unterstützen (gefördert vom Land Sachsen-Anhalt und Europäischen Sozialfonds).	Die Betriebe reagieren positiv auf dieses Angebot. Im Ergebnis wurden mehrere hundert Unternehmen kontaktiert und zahlreiche Personen konnten erfolgreich in eine Ausbildung vermittelt werden.
18.	Lehrstellen- und Praktikumsbörse	Die Absolvierung eines Praktikums kann für Erwerbslose eine wichtige Möglichkeit sein, in einem Betrieb einen positiven persönlichen Eindruck zu hinterlassen und so die Chance auf eine Einstellung zu erhöhen. Für unqualifizierte junge Arbeitslose ist der Erwerb einer Ausbildung ein entscheidender Schritt in Richtung einer Beschäftigung. Diesem Hintergrund trägt die Lehrstellen- und Praktikumsbörse der Handwerkskammer Rechnung und hat die Aktivitäten in diesem Jahr verstärkt. Entsprechende Vordrucke wurden überarbeitet und über Informations- und Werbemittel wie Flyer oder Infoblätter eine intensivierte Publikmachung bei den Handwerksunternehmen betrieben. Ergänzend wird seit kurzem auch das Mittel der telefonischen Direktansprache von geeigneten Betrieben genutzt, wobei die Serviceleistung der Börse angeboten wird. Mittelfristiges Ziel bleibt, Informationsdefizite bei den Unternehmen abzubauen und die Eigeninitiative der Firmen zu fördern.	Dass die Unternehmen im Kammerbezirk insbesondere ihre Werbung um zukünftige Fachkräfte intensivieren, zeigt sich hauptsächlich bei den Eintragungen der freien Ausbildungsplätze in die Lehrstellenbörse der HWK Halle, in der Anfang August 2012 über 250 freie Ausbildungsstellen eingetragen sind. Aber auch die angebotenen Praktikumsplätze werden durch die Unternehmen mehr und mehr über die Praktikumsbörse der HWK Halle genutzt und eingetragen. Damit zeigt sich, dass dieses Internetangebot der HWK Halle zukünftig immer mehr eine wesentliche Rolle spielen wird.
19.	Konferenzen und Veranstaltungen	Der Austausch von Erfahrungen und Informationen, sowie die Kontaktpflege mit Partnern aus der Wirtschaft oder öffentlichen Institutionen kann eine steigende Bedeutung zugeschrieben werden. Vor diesen Hintergrund fand die aktive Teilnahme von Vertretern der Handwerkskammer an relevanten überregionalen Konferenzen wie Fachkräfte BINDEN – Fachkräfte FINDEN! oder „Unternehmen machen MINT“ statt.	Das Ziel mit Vertretern der Wirtschaft und anderen öffentlichen Institutionen Kontakte zu knüpfen, ist aktiv verfolgt wurden. Verbunden wurde dies mit dem Angebot von Beratung und Information. So wurden verschiedene Informationsmaterialien verteilt, Beratungs- und Informationsgespräche geführt.

20.	Projekt „Beate“ im BTZ der HWK Halle Standort Wittenberg	Ziel: Arbeitslose Frauen jeglichen Alters mit Berufsabschluss und über 1 Jahr Arbeitslosigkeit in Arbeit zu vermitteln	
21.	bedarfsgerechte, modulare Qualifizierung von Arbeitssuchenden an den Standorten des BTZ der HWK Halle	Ziel: Vermittlung in den Arbeitsmarkt	
22.	Personal- und Dienstleistungszentrum der HWK Halle.	Ziel: Unterstützung von Unternehmen	
23.	Personal- und Dienstleistungszentrum der HWK Halle.	Ziel: Abgleich von Arbeitsplatzanforderungen und persönlichen Eigenschaften mit Hilfe von Kompetenzfeststellungsverfahren und Profilinginstrumenten	
24.	Projekt „Demografieorientierte Personalentwicklung für Handwerksunternehmen“ im BTZ der HWK Halle	Ziele: <ul style="list-style-type: none"> • Personalverantwortliche sensibilisieren, • Durchführung von 13 Seminaren, • Erstellung von 60 Personalentwicklungskonzeptionen. 	17 Seminare durchgeführt
25.	Bereitstellung des Bildungsangebotes des BTZ der HWK Halle.	Ziele: Bereitstellung eines bedarfsgerechten, differenzierten und leicht zugänglichen Bildungsangebotes unter http://www.hwkhalle.de/cgi-bin/Bildungsangebot/overview_n.pl	
26.	u.a. Durchführung der Meisterausbildung im Handwerk, Seminare zu Themen der Existenzgründung im BTZ der HWK Halle.	Ziele: strategische Kompetenzentwicklung, lebenslanges Lernen	
27.	Fachkräftesicherung durch Gewinnung von spanischen Fachkräften und Eruiierung der Bedarfe der Unternehmen im Kammerbezirk der HWK Halle.	Kontaktaufnahme mit spanischer Kammer für Industrie und Handel, die spanische Fachkräfte dauerhaft oder für ein Praktikum nach Deutschland vermittelt. Dazu erfolgte eine Interessenabfrage der Fachkräftebedarfe und Bereitschaft der Unternehmen, diese mittels spanischen Personals abzudecken.	Erste positive Rückläufe von 5 Firmen mit einem Fachkräftebedarf von ca. 2 bis 3 spanischen Fachkräften und darüber hinaus besteht die Bereitschaft zur Einstellung ausländischer Fachkräfte

6.IHK Halle-Dessau			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
28.	Qualifizierte Schulpartnerschaften (QSP)	<p>Im Rahmen der Qualifizierten Schulpartnerschaften unterstützt die IHK Halle-Dessau das Zustandekommen von langfristigen Partnerschaften zwischen allgemeinbildenden Schulen und Ausbildungsunternehmen der Region.</p> <p>Innerhalb des Projektes ergeben sich unterschiedliche Formen der Schulpartnerschaften, zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • projektbezogene Zusammenarbeit (z. B. Sponsoring, Wettbewerbe, Schülerfirma), • Unterstützung der Schule bei schulischen Aktivitäten (Messen, Tag der offenen Tür), • Lernort Betrieb: Betrieb als Ort für Lehrerfortbildung, • thematische Elternabende zur Berufsorientierung. <p>Für Unternehmen ergeben sich aus diesen Partnerschaften folgende Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Schülerpraktika, • frühzeitige Kontaktaufnahme zu zukünftigen Auszubildenden, • Bekanntmachung und Werbung für eigene Branche und Berufe, <p>Bindung geeigneter Schüler durch zeitigen Abschluss der Ausbildungsverträge.</p>	<p>In zwei Runden wurden – jeweils abgestimmt mit dem Landesverwaltungsamt – alle Sekundarschulen des IHK-Bezirks angeschrieben und über die Möglichkeiten und Ziele von QSP informiert. Die Rückmeldungen zeigten, dass in den Schulen zum Teil eine Überforderung an Angeboten zur Berufsorientierung dazu führt, dass Angebote kaum noch gezielt geprüft werden. Bei der anschließenden direkten Ansprache der Beteiligten wurden wir mehrfach darauf hingewiesen, dass es sehr viele Angebote an die Schulen gibt, die jedoch unstrukturiert offeriert und durchgeführt werden.</p>
29.	Berufswahlpass	<p>Die IHK Halle-Dessau setzt sich aktiv für die Nutzung des Berufswahlpasses ein. Der ab dem Schuljahr 2013 flächendeckend an den Sekundarschulen eingeführte Berufswahlpass bietet Unternehmen die Möglichkeit, den Weg der beruflichen Orientierung eines Jugendlichen detailliert nachvollziehen zu können. Alle Ausbildungsberater stellen den Berufswahlpass in den Unternehmen vor und beraten die Unternehmen zur aktiven Mitgestaltung dieses Instruments.</p>	<p>Der Berufswahlpass ist auf Seiten der Ausbildungsbetriebe nahezu unbekannt und sollte dementsprechend medial aktiver beworben werden.</p>
30.	IHK-Lehrstellenbörse	<p>Die IHK Halle-Dessau stellt ihren Mitgliedsunternehmen eine kostenlose Internetplattform zum Anbieten von Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Die Ausbildungsunternehmen stellen dort selbständig ihre Ausbildungsplatzangebote ein.</p>	<p>Für das Ausbildungsjahr 2012 haben 171 Ausbildungsunternehmen 277 Ausbildungsplätze in 78 Ausbildungsberufen angeboten. Monatlich erfolgen durchschnittlich 5400 Seitenzugriffe.</p>
31.	Zeitschrift AZUBI gesucht	<p>Zweimal jährlich beteiligt sich IHK Halle-Dessau an der Herausgabe der Zeitschrift „AZUBI gesucht“. In der Zeitschrift stellen Auszubildende ihre Ausbildungsberufe vor und geben Tipps. Die Zeitschrift enthält einen umfangreichen Teil mit Ausbildungsplatzangeboten.</p>	<p>Die 16.000 Exemplare werden an alle Schulabsolventen im südlichen Sachsen-Anhalt verteilt.</p>
32.	Stipendieninitiative (www.ingenieuregesucht.de)	<p>Gemeinsam mit der IHK Magdeburg unterstützt die IHK Halle-Dessau seit 2008 mit ihrer Stipendieninitiative Unternehmen bei der Suche nach qualifiziertem Nachwuchs. Angesprochen sind (potentielle) Studierende, die ein Stipendium suchen und Unternehmer, die Nachwuchskräfte über die Vergabe eines Stipendiums gewinnen wollen. Die kostenfreie Internetplattform unter www.ingenieuregesucht.de ermöglicht es, zueinander zu finden. Unternehmen können in das Portal ihre freien Stipendienangebote einstellen und die Jugendlichen haben die Möglichkeit, selbst nach freien Plätzen zu suchen.</p>	<p>Über die Stipendieninitiative wurden 2011 mehr als 90 Stipendien von circa 50 beteiligten Unternehmen bereitgestellt.</p>

33.	Haus der kleinen Forscher	Seit Mai 2009 ermöglicht die IHK Halle-Dessau als Netzwerkpartner Kindertagesstätten im Süden Sachsen Anhalts die Teilnahme am „Haus der kleinen Forscher“. Ziel ist es, das Interesse und die Neugierde von drei- bis sechsjährigen Mädchen und Jungen an Naturwissenschaften und Technik zu wecken. Die IHK vermittelt unter anderem den Kontakt zur Initiative, organisiert die Workshops und prüft die Unterlagen für die Auszeichnung der Kindergärten.	Gegenwärtig beteiligen sich beim Netzwerk IHK Halle-Dessau ca. 300 Kitas. Seit Beginn im Jahr 2009 haben ca. 1.300 Erzieherinnen und Erzieher verschiedene Workshopthemen besucht und insgesamt 46 Kitas wurden bisher mit dem Titel „Haus der kleinen Forscher“ ausgezeichnet.
34.	Begabtenförderung	Die IHK Halle-Dessau vergibt im Auftrag der Stiftung Begabtenförderung der Bundesregierung jährlich Weiterbildungsstipendien an Berufsausbildungsabsolventen mit überdurchschnittlichen Leistungen. Gefördert werden u. a. berufliche Weiterbildung, berufsbegleitende Studiengänge, Sprachausbildung im In- und/oder Ausland, Weiterbildung zur Persönlichkeitsentwicklung oder Aufstiegsfortbildung. Die Möglichkeiten sind außerordentlich vielfältig.	Seit 1993 konnten so im IHK-Bezirk Halle-Dessau fast 800 talentierte junge Fachkräfte in dieses Förderprogramm aufgenommen und gezielt in ihrer beruflichen, fachübergreifenden und persönlichen Weiterbildung gefördert werden.

7.IHK Magdeburg			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
35.	Neugestaltung der IHK-Lehrstellenbörse	Die IHK-Lehrstellenbörse wurde völlig umgestaltet und ermöglicht nunmehr <ul style="list-style-type: none"> • überregionale Suche, • zusätzliche Informationen für Schüler und Unternehmer, • das Einstellen von Ausbildungsplatzangeboten und -gesuchen. 	Steigende Zahlen von Lehrstellenangeboten und Zugriffen
36.	IHK-Stipendieninitiative	Fortsetzung der Initiative mit überarbeiteter Internetseite www.ingenieuregesucht.de sowie Schaffung medialer Öffentlichkeit durch <ul style="list-style-type: none"> • Werbefilm und Radio und Großplakataktion. 	<ul style="list-style-type: none"> • Steigende Zahl von vergebenen Stipendien, • mehr Nachfragen von Studierenden, • mehr angebotene Stipendien.
37.	Weiterbildungsberatung	Spezielles Beratungsangebot in der IHK unter Einbeziehung aller Weiterbildungsanbieter, verbunden mit der qualitativen Weiterentwicklung der Beratungsdatenbank WIS.	Stark gestiegene Zahlen in der Beratung.
38.	IHK-Aktionstag „IHK Die Weiterbildung“	Seit 2011 jährliche Weiterbildungsmesse mit allen Anbietern der IHK-Aufstiegsfortbildung im IHK-Bezirk, die auf Information und Beratung für Bildungsinteressierte und Personalverantwortliche der Unternehmen zielt.	<ul style="list-style-type: none"> • Großes Publikumsinteresse, • Teilnahme fast aller Bildungsanbieter, • wird auch zukünftig fortgesetzt.
39.	Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse	Die IHK'n haben zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse die IHK-FOSA gegründet. Diese ermöglicht: <ul style="list-style-type: none"> • hohe Effektivität und Fachkompetenz, • effiziente und schnelle Auftragsbearbeitung, • Erstberatung in der IHK. 	Läuft an, Nachfragen steigen.

8. Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
40.	Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Längeres gemeinsames Lernen, • individuelle und bedarfsgerechte Förderung für einen den Möglichkeiten entsprechenden Schulabschluss, • verbesserte vertikale Durchlässigkeit. 	<p>Mit dem Gesetz zur Änderung schul-, besoldungs- und personalvertretungsrechtlicher Vorschriften vom 5. Dezember 2012 (GVBl. LSA S. 560) wurde die neue Schulform Gemeinschaftsschule Sachsen-Anhalt im Schulgesetz verankert. Zurzeit werden die untergesetzlichen Regelungen erarbeitet. Es ist davon auszugehen, dass mit dem Schuljahr 2013/2014 die ersten Gemeinschaftsschulen den Betrieb aufnehmen werden.</p>
41.	Fortführung des Projektes „Produktives Lernen“ in der Sekundarschule	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung des Schulerfolges durch praxisorientiertes Lernen, • Übernahme von Maßnahmeteilen in die Sekundarschule. 	<p>Besonderes Lernangebot für abschlussgefährdete Jugendliche möglichst in jeder Region des Landes; Implementierung der positiven Modellversuchsergebnisse in das Regelschulsystem der Sekundarschule; ESF-finanzierte Maßnahme (derzeit im Verfahren der Neuprogrammierung für die neue Förderperiode)</p>
42.	Ausbau des Angebots an Ganztagschulen	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, • pädagogisch ganzheitliche Gestaltung des Schultages, • zeitliche Rhythmisierung des Schultages. 	<p>Schuljährlich neue Genehmigungen von Ganztagschulen entsprechend den Anträgen im Rahmen vorhandener Ressourcen in der offenen Form; Wechsel von der offenen in die gebundene Form</p>
43.	Lerncamps	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erreichen der Versetzung oder des angestrebten Abschlusses für ca. 60 % der Zielgruppe, • Motivierung versetzungs- bzw. abschlussgefährdeter Schülerinnen und Schüler zur Eröffnung neuer Bildungschancen, <p>gezielte Verbindung von Schulleistung, Lernmethodik und Persönlichkeitsstärkung.</p>	<p>Erstmals in den Winterferien 2012/13 geplante ESF-finanzierte Maßnahme für zunächst 60, im Jahr darauf 120 Schülerinnen und Schüler mit Vor- und Nachbereitungsmaßnahme. Die Maßnahme unterstützt multiprofessionelles Arbeiten (Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Jugendleiter), Lebensbezug (projektbezogenes Lernen) und die Öffnung von Schule.</p>

44.	Fortsetzung des ESF-Programms für Schulerfolg	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung von Schulversagen, Senkung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss. 	<p>Förderung von</p> <ul style="list-style-type: none"> • regionalen Netzwerken gegen Schulversagen in den Landkreisen und kreisfreien Städten, • sozialpädagogischen Projekten der bedarfsorientierten Schulsozialarbeit an Schulen aller Schulformen, • bildungsbezogenen Angeboten zur Vermeidung von Schulversagen, • der fachlichen Unterstützung, Beratung und Begleitung der Beratung. <p>Diese Maßnahmen sind mithilfe des ESF finanziert. Eine Weiterführung der Programme in der neuen Förderperiode wird durch MK angestrebt.</p>
45.	Qualitätsverbesserung des Unterrichts	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung des Schulerfolgs durch qualitätssichernde Maßnahmen wie zentrale Leistungserhebungen, externe Evaluation, <p>Einführung eines Qualitätsmanagements (QQM) an berufsbildenden Schulen (u. a. zur Steigerung von Schülerleistungen, Lehr- und Lernbedingungen, Professionalität der Lehrkräfte).</p>	<p>Fortlaufend</p> <p>Abschluss der Implementierung an allen berufsbildenden Schulen bis 2015</p>
46.	Unterstützung der Infrastruktur für (niederschwelliges) Qualifizierungsangebot der Erwachsenenbildung	<p>Folgende Zielstellungen sind mit dieser Maßnahme verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Bildungsbeteiligung an der Erwachsenenbildung durch Unterstützung einer flächendeckenden pluralen Infrastruktur, <p>Entwicklung neuer Förderformate und Fördermodalitäten angesichts des demografischen Wandels</p>	<p>Hinweis auf die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten des Erwachsenenbildungsgesetzes und des Bildungsfreistellungsgesetzes</p> <p>Beantragung einer Fördermaßnahme in der aktuellen ESF-Periode zur Senkung der funktionalen Analphabetenquote.</p>

9. Ministerium für Arbeit und Soziales			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
47.	Infokampagne zur verstärkten Umsetzung der Richtlinienförderung zur Qualifizierung von Beschäftigten (Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG)	<p>Mit Hilfe einer multimedialen Öffentlichkeitskampagne (Flyer, Plakate, Einleger in Kammerzeitschriften, Einbeziehung von Promotoren, Radiowerbung) sollen folgende Ziele erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung von Unternehmen für eine vorausschauende Fachkräftesicherung, • Erhöhung der Antragsaktivitäten und der Antragsvolumina – stärkere Einbindung von Qualifikationsmaßnahmen in Personalentwicklungskonzepte, <p>Erhöhung des Anteils älterer Arbeitnehmer/-innen und von Frauen an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen.</p>	
48.	Kooperationsvereinbarung zur besseren Abstimmung und Vernetzung der Projekte der Landesregierung zur Personal- und Organisationsentwicklung (insb. KMU-Network, PFIFF, WiWeiter)	<p>Stk, MW und MS haben sich vereinbart, die Wirksamkeit des Engagements der Landesregierung im Bereich der Fachkräftesicherung und dessen öffentliche Wahrnehmung durch eine enge Abstimmung der Ressortaktivitäten zu erhöhen.</p> <p>Zu einer stärkeren und abgestimmten Wahrnehmung sollen eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame Öffentlichkeitsveranstaltungen beitragen.</p> <p>Die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung soll auch die Abstimmung mit anderen Akteuren im Fachkräftesicherungspakt erleichtern.</p>	
49.	Landesweite Umsetzung des Programms „Familien stärken – Perspektiven eröffnen	<p>Das neue Arbeitsmarktprogramm des Landes für mehr Beschäftigung von alleinerziehenden Arbeitslosen und Arbeitslosen in jungen Familien soll zum 01.09.2012 starten. Das Programm reiht sich ein in die laufenden Aktivitäten zur Bekämpfung von Hilfebedürftigkeit und Armutsgefährdung. Insbesondere junge Familien mit Kindern, in denen Arbeitslosigkeit zur Normalität des Alltags gehört sind angesprochen.</p> <p>Folgende Zielstellungen werden verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • jede im Programm betreute Familie soll mindestens einen Verdiener haben, • die Familien sollen im Interesse der Kinder vom Jugend- und Sozialamt begleitet werden, • „Familienintegrationscoaches“ unterbreiten den jungen Familien ein ganzheitliches, individuelles Unterstützungsangebot, damit diese ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, • Über den „Coach“ werden notwendige Verbindungen zu Kommune, Jobcentern, Kammern und Unternehmen geknüpft und damit unterschiedliche Unterstützungsangebote sinnvoll verzahnt, • Der „Coach“ begleitet und unterstützt die Personen über einen längeren Zeitraum, • Berufliche Erprobung in Unternehmen mit dem Ziel einer Festanstellung. <p>Es liegen Anträge für das Projekt von 13 Landkreisen und kreisfreien Städten vor.</p> <p>Der Start soll am 01.09.2012 sein.</p>	

50.	Landesweite Ausschreibung des Förderprogramms PHOENIX – Individuelle Hilfen zur Arbeitsmarktintegration für behinderte Menschen oder gesundheitlich eingeschränkte Personen	<p>Die Ausschreibung wurde durchgeführt. Die Zuschlagserteilung ist erfolgt. Ausführungsfrist: 03.09.2012 – 02.09.2014</p> <p>Ziel der Förderung: Verbesserung der Integrationschancen, Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt</p> <p>Zielgruppe/geplante TN: arbeitslose Personen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigung mit erstem Wohnsitz in Sachsen-Anhalt</p> <p>Methodischer Ansatz: Projektteilnahme mit Potentialanalyse, sozialer und fachlicher Qualifizierung (auch am Arbeitsplatz), langfristiger beruflicher Begleitung am Arbeitsplatz, sozialpädagogischer und ergotherapeutischer Begleitung</p>	
51.	Landesweite Ausschreibung von Unterstützungsprojekten für besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes (junge Arbeitslose, Berufsrückkehrerinnen, etc.)	<p>GAJL – Maßnahmen</p> <p>Die Vergabeunterlagen sind erstellt worden und werden im Rahmen der Ausschreibung am 08.08.2012 veröffentlicht.</p> <p>Ziel der Förderung: Eingliederung in dauerhafte reguläre Beschäftigung.</p> <p>Zielgruppe/geplante TN: arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung und arbeitslose Jugendliche zwischen 20 und unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss.</p> <p>Methodischer Ansatz: Projektteilnahme mit Beratungs- und Orientierungsangeboten, Akquise von potenziellen Arbeitgebenden, Praktika in Unternehmen, in denen Aussicht auf anschließende Einstellung besteht, Qualifizierung, wenn ein konkreter individueller Bedarf besteht, sowie fachlicher und sozialpädagogischer Betreuung</p> <p>Praktikumsmaßnahmen</p> <p>Die Ausschreibung wurde durchgeführt, die Angebotsfrist endete am 21.05.2012. Ausführungsfrist: 01.11.2012 – 31.03.2014.</p> <p>Ziel der Förderung: Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt</p> <p>Zielgruppe/geplante TN: Menschen mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslose, Personen ab dem vollendetem 50. Lebensjahr, Alleinerziehende, Berufsrückkehrerinnen/ Berufsrückkehrer und Nichtleistungsempfangende</p> <p>Methodischer Ansatz: Projektteilnahme mit teilnehmerbezogener Beratung und Orientierung, Teilnahme an Praktika bei einstellungswilligen Arbeitgebern mit fachlicher Begleitung, fachlicher und sozialer Qualifizierung, die auf die Verbesserung der Integrationschancen ausgerichtet sind und sozialpädagogischer Betreuung der Teilnehmer.</p>	
52.	Durchführung von Ideenwettbewerben im Rahmen der Richtlinie Einzelprojekte	<p>Zur Jahresmitte 2012 wurde nochmals zur Einreichung von Projektideen in der Richtlinie Einzelprojekte aufgerufen. Für Modellprojekte zur Personal- und Organisationsentwicklung in KMU wurden dabei folgende Schwerpunktsetzungen vorgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Generationenmanagement – Förderung älterer Arbeitnehmer/-innen und • Unternehmensattraktivität und Entwicklung von Personal- und Qualitätsmanagementstrukturen – insbesondere in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. <p>Zu diesen Themen wurden rund 35 Projektideen eingereicht, die nun in der zweiten Jahreshälfte 2012 ausgewertet werden müssen. Voraussichtlicher Beginnstermin der Projekte ist das 1. Halbjahr 2013.</p>	

53.	Kooperationsvereinbarung mit der Region Valencia / Beteiligung an der Fachkräftemesse FORO Employment in Valencia	<p>Der Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt hat am 18.04.12 mit der Ministerin für Bildung, Ausbildung und Beschäftigung der Region Valencia ein „Gemeinsames Protokoll über die Zusammenarbeit“ unterschrieben, in dem u. a. eine enge Zusammenarbeit zum Austausch von Fachkräften insbesondere im Ingenieur- und Gesundheitswesen und eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsausbildung vereinbart wurde. Dieser Prozess der Zusammenarbeit soll weiter vertieft und weiter entwickelt werden.</p> <p>In diesem Sinne hat sich das Land Sachsen-Anhalt u. a. mit den Projekten PFIFF und KMU-Network an der Fachkräftemesse FORO Employment in Valencia beteiligt und dort um junge Fachkräfte insb. aus dem Bereich der Ingenieurwissenschaften über berufliche Perspektiven in Sachsen-Anhalt informiert. Die dabei erhaltenen Bewerbungen und Interessenbekundungen von spanischen Fachkräften werden nun im Rahmen der genannten Projekte ausgewertet und weiter betreut, mit dem Ziel, spanische Fachkräfte für Unternehmen in Sachsen-Anhalt zu gewinnen.</p>	
-----	---	--	--

10. Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
54.	Network KMU / Einsatz von Regiocoaches	<p>Network-KMU ist ein Beratungs- und Finanzierungshilfenetzwerk mit zurzeit 68 Netzwerkpartnern in der Wirtschaft. Es verfolgt das Ziel, die Unternehmen bei unterschiedlichen Problemstellungen zu unterstützen.</p> <p>Aufgrund der demografische Entwicklung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels in der Wirtschaft steht die Sicherung des Fachkräftebedarfs immer mehr im Fokus. Das MW hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die Unternehmen bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs zu unterstützen. Das bereits bestehende Projekt Network-KMU ist daher um entsprechendes Beratungsangebot für Unternehmen mit folgenden Zielstellungen erweitert worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Unternehmen bei der Ermittlung der Fachkräftebedarfe, • Unterstützung der Unternehmen bei der Erarbeitung von Personalentwicklungskonzeptionen, • Unterstützung der Unternehmen bei der Akquirierung des erforderlichen Personals, • Durchführung von themenspezifischen Workshops zur Sensibilisierung von Unternehmen, • Aufbau von regionalen Unternehmensnetzwerken zur Fachkräftesicherung. <p>In den 5 Planungsregionen des Landes werden jeweils bis zu 2 Berater eingesetzt, die die Unternehmen unterstützen. Das kostenlose Beratungsangebot erfolgt in enger Kooperation mit den regionalen Wirtschaftsförderern, den Agenturen für Arbeit sowie dem Fachkräfteportal PFIFF und den Transferzentren an den Hochschulen des Landes.</p>	
55.	Duale Studiengänge	<p>In der Rahmenvereinbarung zu den Zielvereinbarungen 2011-2013 zwischen der Landesregierung und den Hochschulen in Sachsen-Anhalt (21.12.2010) ist festgeschrieben, dass die Hochschulen im Zusammenwirken mit der Wirtschaft duale Studienangebote ausbauen. Das Land hat ein Portal „duales Studium“ eingerichtet, um Unternehmen und Interessenten die benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Folgende Hochschulen haben duale Studienangebote in technischen und betriebswirtschaftlichen Fachrichtungen eingerichtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, • Hochschule Magdeburg-Stendal, • Hochschule Merseburg, • Hochschule Anhalt, • Hochschule Harz <p>Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.</p>	
56.	Stiftungsprofessuren	<p>Stiftungsprofessuren sind ein Ausdruck einer besonders engen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft und befriedigen insbesondere die Nachfrage nach speziellen Studienangeboten und Fachkräften. Andererseits werden den Hochschulen Spielräume eröffnet, sich neue Forschungsgebiete zu erschließen und das vorhandene Forschungsprofil zu ergänzen. Im Zeitraum 2007 – 2012 wurden im Land Sachsen-Anhalt 11 Stiftungsprofessuren eingerichtet.</p>	

57.	Weiterbildungsangebote für beruflich Qualifizierte	Die allgemeinen Weiterbildungsangebote der Hochschulen stehen allen Interessierten offen. Der Anteil beruflich Qualifizierter in weiterbildenden Studienangeboten liegt aktuell bei ca. 1%. Diese Zielgruppe wird aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren für die Hochschulen an Bedeutung gewinnen. Vor allem in Bezug auf den Fachkräftesicherungspakt müssen sich die Hochschulen für diese Zielgruppe öffnen, in dem sie nachfrageorientierte berufsbegleitende Bachelor-Studienangebote und flexible Studienangebote / Lernformen entwickeln sowie außerhochschulische Qualifikationen anrechnen.	
58.	Transfergutscheine	Ziel der Transfergutscheine ist zum Einen, Studierenden die Möglichkeit zu geben, Kontakte in die regionale Wirtschaft aufzunehmen und berufliche Erfahrungen an konkreten Praxisaufgaben zu sammeln und sich als potentielle Fachkräfte zu empfehlen. Zum Anderen bieten sie Unternehmen die Chance, durch diese Kooperation auf das Wissen der Hochschulen zurückzugreifen und in betriebliche Lösungen umzusetzen sowie frühzeitig Kontakt zu potentiellen Fachkräften herzustellen und diese für das Unternehmen zu gewinnen. Die bisherige Zwischenbilanz der Beantragungen stimmt optimistisch, dass die Transfergutscheine bis zum Jahresende voraussichtlich vollständig in Anspruch genommen werden und somit das Ziel der engeren Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft erreicht werden kann.	Es wurden 623 Transfergutscheine mit einem Wert von je 400 Euro an die Universitäten, die Kunsthochschule und die Fachhochschulen des Landes Sachsen-Anhalt ausgegeben. Die Transfergutscheine dienen zwar nicht unmittelbar der Bindung von Fachkräften – es ist davon auszugehen, dass aus einer „lockeren“ Verbindung eine berufliche Bindung entsteht. Belastbare Zahlen diesbezüglich liegen bisher nicht vor.
59.	Richtlinie ego.-KONZEPT Projekte „Gründerkids“, „futurego“, „Sommerakademie“ (Auswahl)	<u>Schulische und außerschulische Gründungsausbildung, Gründungskultur</u> Ziel der Förderstrategie ist die Etablierung einer Kultur unternehmerischer Selbständigkeit an Schulen. Neben ökonomischen Zusammenhängen werden Schlüsselqualifikationen, die den Schülern den Übergang ins Erwerbsleben erleichtern sollen, vermittelt. Eigeninitiative, Kreativität, Teamfähigkeit, soziale Kompetenzen und die Übernahme von Verantwortung sind nicht nur notwendige Qualitäten für den werdenden Unternehmer, sondern auch Fähigkeiten, die Unternehmen von den zukünftigen Fachkräften erwarten.	Zunehmende unternehmerische Aktivitäten an den Schulen, verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Anstieg der Schülerfirmenzahlen von 35 auf 115 mit weiter steigender Tendenz.
60.	Richtlinie ego.-KONZEPT Projekte „Hochschul-Gründernetzwerk Sachsen-Anhalt Süd“, „TEGSAS“, „ego.-BUSINESS“ (Auswahl)	<u>Realisierung von Gründungspotenzialen in Sachsen-Anhalt – Gründungsförderung und die Etablierung von Gründungsstrukturen als Modell gegen die Abwanderung hochqualifizierter und junger Menschen</u> Die Gründungsförderung kann damit auch einen Beitrag gegen den demografischen Wandel leisten, denn die Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehören zu den wenigen Einrichtungen des Landes, die junge Menschen nach Sachsen-Anhalt ziehen. Hier gilt es anzusetzen und nach dem Studium Perspektiven im Land zu eröffnen. Ziel für die kommende Strukturperiode ist, die Hochschulen als gründungsprofiliertere Hochschulen zu positionieren, das Potenzial an technologieorientierten und wissensbasierten Gründungen am Hochschulstandort nachhaltig zu erschließen und mehr Verständnis für unternehmerisches Denken und Handeln unter Studierenden und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu entwickeln.	Beginnende Etablierung einer Gründungskultur an Hochschulen unter Haltung ausgebildeter Fachkräfte am Standort. 1412 Teilnehmer aus den Hochschul-Gründernetzwerken bearbeiten 382 Gründungsprojekte bzw. haben die Gründung vollzogen

11. Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt			
Nr.	Name der Aktivität	Konkretisierung der Aktivität (Ziele, Umsetzungsstand, Planungen, Inhalt der Aktivität)	Ergebnisse, Erfahrungen, Sonstiges
61.	Fachkräftesicherungsportal (http://www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de)	<p>Das Fachkräftesicherungsportal ist ein Internetportal, in dem über die Thematik Fachkräftesicherung (Situation, Prognose, Unterstützungsstrukturen, Instrumente auf übergeordneter Ebene wie Pakt, Aktivitäten) informiert wird. Das Portal ist im April 2012 online gegangen und im Landesportal Sachsen-Anhalt eingebunden.</p> <p>Folgende Zielstellungen sind mit dem Fachkräftesicherungsportal verbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung zielgruppenspezifischer Informationen (Fachkräfte, Unternehmen) zum Thema hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Zielgruppenspezifische Auswirkungen des demografischen Wandels/ Sensibilisierung, • Instrumente/ Unterstützungsangebote sowie entsprechende Ansprechpartner, • Zielgruppenspezifische Handlungsfelder. - Sensibilisierung für die Relevanz und Komplexität des Themas, - Herstellung von Transparenz zum Umgang mit dem Thema hinsichtlich: <ul style="list-style-type: none"> • Fachkräftesicherungsstrategie im Land/ Fachkräftesicherungspakt sowie beteiligte Akteure, • Fundierung der dort herausgestellten Ziele/ Handlungsfelder, • Aktivitäten im Bereich der Fachkräftesicherung (Instrumente, Arbeitsschwerpunkte), • Ergebnisse/ Wirkungen der Aktivitäten. 	<p>Das Fachkräftesicherungsportal wird, unter Einbindung der Pakt-Partner, weiterentwickelt und inhaltlich vertieft.</p> <p>Darüber hinaus: Die Zugriffszahlen haben sich stabilisiert und die Staatskanzlei verweist in Anfragen bzgl. der Thematik Fachkräftesicherung konsequent auf das Portal.</p>
62.	Rückkehreroffensive des Ministerpräsidenten/ Landesmarketing	<p>Die Rückkehreroffensive kombiniert die direkte Ansprache und Information von Rückkehrinteressierten in Städten bisher in Süddeutschland wie auch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Dabei verfolgt die Staatskanzlei insbesondere folgende Zielstellungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Präsentation des Landes als moderner und lebenswerter Standort, • Sensibilisierung von Fachkräften sowie indirekt durch Öffentlichkeitswirksamkeit auch von hiesigen Unternehmen auf die sich verändernden Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt infolge des demografischen Wandels, • Sensibilisierung von Fachkräften auf in Sachsen-Anhalt bestehende Unterstützungsstrukturen für eine Rückkehr sowie entsprechender Informationsangebote im Land. <p>Wenn auch gewünscht, so stellt das zeitnahe Rückholen von Fachkräften als direkte Folge der Rückkehreraktivitäten keine prioritäre Zielstellung dar. Vielmehr werden die Rückkehreraktivitäten als eine Investition in die Zukunft gesehen, um zukünftig gezielt Fachkräfte ansprechen zu können, für die Wirkungen des demografischen Wandels und die damit verbundenen Beschäftigungschancen zu sensibilisieren sowie Sachsen-Anhalt als attraktiven Lebensstandort bereits heute herauszustellen.</p> <p>Die Rückkehreroffensive des Ministerpräsidenten soll fortgesetzt werden.</p>	<p>Es wurden öffentlichkeitswirksame Aktivitäten durch den Ministerpräsidenten/ die Staatskanzlei realisiert, wie z. B. die Ansprache und Information von Rückkehrinteressierten in den Städten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mannheim (07.12.11), • Stuttgart (08.12.11), • Ulm (09.12.11), • Freiburg im Breisgau (10.12.11), • Stuttgart (16.04.2012) im Rahmen eines Bürgergesprächs. <p>Die Aktivitäten stießen auf positive Resonanz.</p>

63.	Aktivitäten zur Sensibilisierung auf das Fachkräftesicherungsthema	<p>Der Ministerpräsident und die Staatskanzlei treten als Multiplikatoren für die Themenstellung im Sinne der im Pakt verabredeten Ziele auf, z. B. im Rahmen von:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Diversen Reden, Vorträgen und Gesprächen, • Begleitung entsprechender Initiativen zur Fachkräftesicherung, • Artikel in diversen Medien, • Beantwortung von an die Staatskanzlei herangetragenen Schreiben, • Sensibilisierung hinsichtlich Fachkräftesicherung in diversen Gremien auf Landes- und Bundesebene. 	
64.	Einrichtung einer Koordinierungsstelle Fachkräftesicherung	<p>Die Staatskanzlei verantwortet die Koordinierung der Fachkräftesicherungspolitik der Landesregierung. Hierzu zählen beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Organisation und inhaltliche Vorbereitung der Koordinierungsgruppensitzungen und des Sachsen-Anhalt-Forums sowie Aktualisierung des Indikatorensystems, • Koordinierung und inhaltliche Begleitung der jeweiligen Aktivitäten im Bereich der Fachkräftesicherung innerhalb und außerhalb des Pakts, • Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für die Thematik, • Erfolgskontrolle bspw. mithilfe des Indikatorensystems und Berichterlegung zu Entwicklung bei der Fachkräftesicherung, • Stellungnahmen zur Fachkräftesicherung im Sinne der Pakt-Ziele. 	